

Das Parlament

Berlin, 23. Dezember 2019

www.das-parlament.de

69. Jahrgang | Nr. 52-1 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Höferlin leitet Digitalausschuss

Manuel Höferlin (FDP) ist neuer Vorsitzender des Ausschusses Digitale Agenda. Der IT-Unternehmer aus Rheinland-Pfalz sitzt seit 2017 für die Liberalen im Bundestag. Nach seiner Wahl in der vergangenen Woche folgt er auf den bisherigen Vorsitzenden Jimmy Schulz (FDP), der Ende November verstorben war. Zu seinen Schwerpunkten zählt Höferlin den „Einsatz für digitale Bürgerrechte“ und die „Verteidigung des freien Internets“. Der Ausschuss Digitale Agenda befasst sich mit aktuellen netzpolitischen Themen. In dem Gremium sollen die verschiedenen Aspekte der Digitalisierung und Vernetzung fachübergreifend diskutiert und entscheidende Weichen für den digitalen Wandel gestellt werden. Der Ausschuss sieht sich als wichtiger Impulsgeber für die parlamentarische Arbeit. *ste/ahel*

ZAHL DER WOCHE

52

Ordner hatte Verkehrsminister Andi Scheuer (CSU) dem Bundestag zur Aufklärung der Maut-Affäre überlassen. Einen Teil der Dokumente hat sein Ministerium nun als „VS – Vertraulich“ klassifiziert. Sie sind nur noch in der Geheimdienststelle von Abgeordneten und sicherheitsüberprüften Mitarbeitern einsehbar.

ZITAT DER WOCHE

»Nicht das, was ich mir unter AfD-Politik vorstelle.«

Lars Herrmann nach seinem Austritt aus der AfD und der Fraktion im Bundestag über den Kurs des Thüringer AfD-Landesvorsitzenden Björn Höcke

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK
Justiz Opposition kritisiert Plan zur Passwörterausgabe Seite 4

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Umwelt Bundestag und Bundesrat geben grünes Licht für das Klimapakete Seite 7

EUROPA UND DIE WELT
Großbritannien Premier Boris Johnson drückt beim Brexit aufs Tempo Seite 8

KULTUR UND BILDUNG
Bundestag Zwischenbilanz zur Enquete „Künstliche Intelligenz“ Seite 10

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Stress im Wald

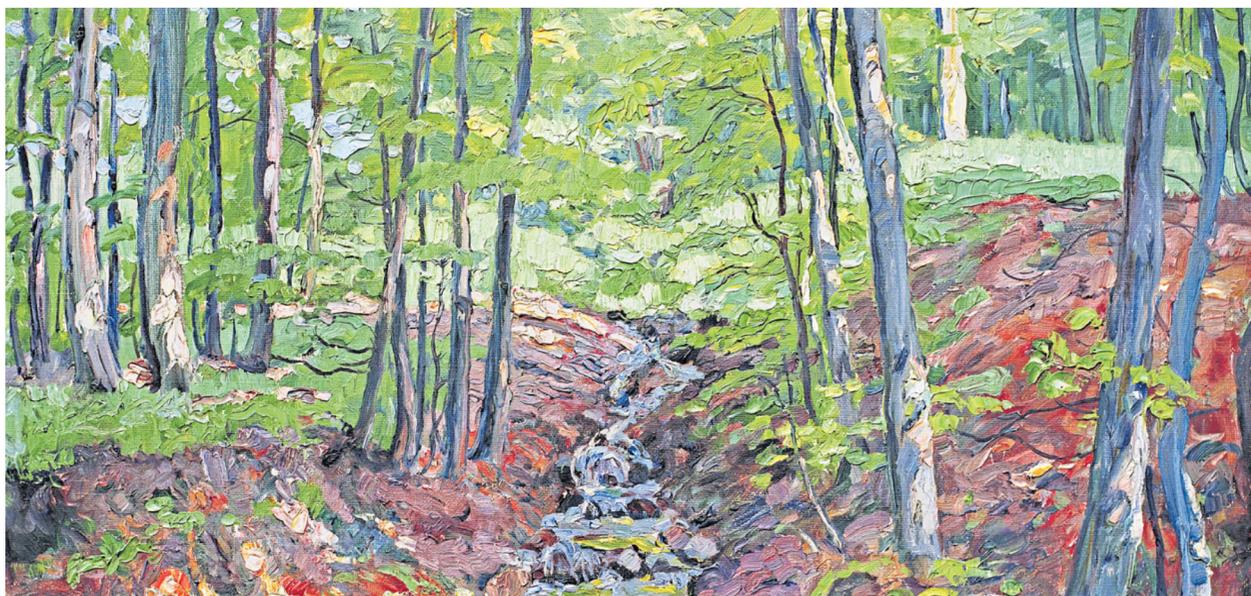
SCHÄDEN Bundestag beschließt Antrag zum Waldumbau. Streit um den richtigen Weg

Der Wald in Deutschland soll umgebaut werden. Doch wie in Anbetracht von enormen Schäden durch Nässe, Trockenheit und Stürme in den vergangenen zwei Jahren der Waldumbau vorangetrieben werden soll, beantworten die Fraktionen des Deutschen Bundestages sehr unterschiedlich. Während CDU/CSU und SPD den Umbau hin zu mehr Mischwäldern mithilfe von Fördermitteln, Forschung und Hilfsangeboten begleiten wollen, betrachten Grüne die Naturverjüngung, Liberale neue Züchtungsmethoden und Linksfraktion sowie AfD-Fraktion die Förderung der Kleinwaldbesitzer als erstes Mittel der Wahl.

Der Wald ist nachhaltig gestresst, anfällig für Schädlinge und auf rund 180.000 Hektar beschädigt, resümierte Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) die Lage. In der Folge sei der Holzmarkt durch ein Überangebot zusammengebrochen, die Kosten für die Waldbesitzer würden stetig steigen und es gebe zu wenige Lagerplätze. Die Waldbesitzer hätten viel Geld investiert und nun verloren. Die Gesellschaft müsse den Waldbesitzern beibringen. Nur auf die „Naturverjüngung“ und die „Verurwaldung“ zu warten, sei hingegen unverantwortlich, konkretisierte Klöckner entsprechende Vorschläge seitens der Grünen. Die Bundesregierung wolle nun eine halbe Milliarde Euro für den Wiederaufbau und Umbau der Wälder bereitstellen. Zusammen mit den Hilfen aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) stünden somit insgesamt 800 Millionen Euro zur Verfügung. Davon sollen auch die Kleinwaldbesitzer durch höhere Förderung profitieren.

Dass die Kleinwaldbesitzer gestärkt werden müssen, mahnte auch Peter Felser (AfD) an. Denn ein Viertel der Flächen in Deutschland seien Kleinstwald. Felser warb für eine schnelle, gerechte und einfache Förderung. Kleinwaldbesitzer sollten auch flächendeckend durch die Forstämter beraten und unterstützt werden. Die Bundesregierung sei allerdings in den vergangenen Jahren dafür verantwortlich gewesen, dass entsprechende Strukturen reduziert wurden und das Personal nun überaltert sei.

Waldschäden Dass sich die klimatischen Veränderungen massiv auf die Wälder auswirken, stellte Dirk Wiese (SPD) fest. Mittlerweile sei sogar das Laubholz betroffen und nicht nur das Nadelholz. Ziel solle nun sein, die Waldschäden zu beheben, das Käferholz zu entfernen und Mischwä-



Gefährdetes Idyll: Dürren, Stürme und Schädlinge setzen dem Wald zu (Bild von Philipp Franck, 'Der Reichenbach im Taunus', 1917).

© picture-alliance/akg-images

der zu fördern. Außerdem werde eine Waldbrandpräventionsstrategie auf den Weg gebracht, mehr qualifiziertes Forstpersonal in den Bundesländern vorgehalten und auf EU-Ebene zusätzlich gewonnen. Auch müsse das Bauen mit Holz gefördert werden, damit sich die Preise auf dem Markt erholen können, sagte Wiese.

Frank Sitta (FDP) forderte, die Klimaschutzleistung des Waldes zu honorieren. Der Abgeordnete sah die Bundesregierung in der Pflicht, den Waldbesitzern ein Angebot zu machen, denn Waldschutz sei aktiver Klimaschutz. „Aber die Regierung lässt mit konkreten Maßnahmen auf sich warten“, kritisierte Sitta. Die Ministerin inszeniere sich zu Weihnachten als große Spendenverteilerin, doch wofür das Geld ausgegeben werden soll, sei nicht klar. Es brauche stattdessen biotechnologische Innovationen zur Entwicklung robuster Sorten durch neue Züchtungsmethoden. Das müsse als Chance für den Wald endlich erkannt werden.

»Der Geldsegen der Regierung wird nicht alle Probleme lösen.«

Harald Ebner (Bündnis 90/Die Grünen)

„Nach Orkanen und Dürren ist der heimische Wald nun in Gefahr“, sagte Kirsten Tackmann (Die Linke). Tackmann monierte, dass Die Linke bereits im Sommer ein Hilfsprogramm gefordert hatte, das aber abgelehnt worden war. Schnelles Handeln sei erforderlich, wenn verhindert werden soll, dass die Kleinwaldbesitzer angesichts der auf sie zukommenden Kosten ihre Flächen verkaufen. Jetzt stehe die Holzindustrie in der Pflicht, nicht nur Nadelholz zu verarbeiten, wenn aus ökologischen Gründen Laubholz geboten sei.

„Der Geldsegen der Bundesregierung wird nicht alle Probleme lösen“, sagte Harald Ebner (Bündnis 90/Die Grünen). „Jene Bundesländer, die nicht so liquide sind, können davon nicht genug abrufen, wenn sie zuzahlen müssten“, sagte Ebner. Nun seien eine nachhaltige und naturverträgliche Waldbewirtschaftung die Voraussetzung für den Waldumbau, denn niemand könne sagen, was

in 50 Jahren im Wald wächst. Ebner sprach sich deshalb dafür aus, das Potenzial der Naturverjüngung in den Wäldern zu nutzen und die Bewirtschaftung zurückzuführen. „Das Schadholz in den Wäldern muss beseitigt werden“, forderte hingegen Alois Gerig (CDU), Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft. Dafür würden die Forstleute und Waldbesitzer Hilfe brauchen. Seinem Vorredner entgegnete Gerig, dass allein mit der Naturverjüngung die Probleme nicht gelöst werden können. „Auch Buchen und Eichen sind von Trockenschäden betroffen“, sagte Gerig. „Schützen durch Nützen“ müsse die Devise heißen.

Beschlüsse Der Bundestag nahm im Anschluss an die Debatte einen Koalitionsantrag (19/11093) an, der auf einen forcierten Waldumbau zielt. Ein Antrag der AfD-Fraktion zur Unterstützung der Waldbesitzer (19/13528) wurde abgelehnt. Auch ein Antrag der FDP-Fraktion zum Waldschutz (19/9925) und Anträge der Fraktionen Die Linke (19/11104) und Bündnis 90/Die Grünen (19/13079) fanden keine Mehrheit (siehe Beitrag unten). *Jan Eisel*

EDITORIAL

Mensch und Baum

VON JÖRG BIALLAS

Wir brauchen den Wald. Als Klimaschutz, als Erholungsgebiet, als Holz-Lieferant. Und deshalb braucht der Wald uns. Als Beschützer, als Pfleger, als Bewahrer eines wichtigen Lebensraumes für Pflanzen und Tiere.

Darüber gibt es einen breiten politischen und gesellschaftlichen Konsens. Dennoch hat der Deutsche Bundestag in der vergangenen Woche intensiv über Schutz und Bewirtschaftung von Wäldern debattiert.

Denn dem deutschen Wald geht es schlecht. Schädlingsbefall, Brände, Stürme, Dürre – zu lang ist die Liste der Naturereignisse, die dem Wald in jüngerer Vergangenheit zugesetzt haben.

Grund genug also, die Situation aus bundespolitischer Sicht zu beleuchten, auch wenn in erster Linie die Länder für den Wald verantwortlich sind.

Leiden die Bäume, ist das zuallererst eine Frage des Naturschutzes. Ein Großteil der Wälder wird aber auch bewirtschaftet. Der Schutz muss also darüber hinaus unter ökonomischen Aspekten betrachtet werden. Immerhin arbeiten mehr als eine Million Beschäftigte in der Holzproduktion und der davon abhängigen Holzwirtschaft.

Der Gesamtumsatz der Branche beträgt mittlerweile 180 Milliarden Euro pro Jahr. Deshalb ist es nicht unerheblich, wenn derzeit jährlich mehr als 30 Millionen Festmeter Holz geschlagen werden, die durch Stürme und Insektenbefall geschädigt sind.

Hilfreich wäre eine zukunftsorientierte Bewirtschaftung des Waldes. Beispielsweise könnten verstärkt Baumarten gepflanzt werden, die der Trockenheit besser trotzen.

Auch Mischbestände sind deutlich klimastabiler als weit verbreitete Monokulturen. Außerdem wäre es wünschenswert, dass die Anzahl der naturbelassenen, nicht bewirtschafteten Forstflächen wächst.

All das kostet Geld, das Länder und Kommunen schwer allein aufbringen können. Hilfe aus der Bundeskasse wird also gewiss willkommen sein.

Auf Dauer wird es nicht reichen, dass die Öffentlichkeit zwar regelmäßig aufschreckt, wenn ein neuer Schadensbericht veröffentlicht wird, sich aber ansonsten wenig um den Wald schert.

Es mag pathetisch klingen, bleibt aber wahr: Mensch und Baum können ohneeinander nicht sein.

Koalition fordert mehr Geld für Forstumbau

ANTRÄGE Oppositionsvorlagen für Entlastung von Waldbesitzern und gegen Monokulturen finden keine Mehrheit

Die Abgeordneten haben sich am Donnerstag mit Anträgen aller Fraktionen zum Thema Wald befasst. Mit Stimmen von CDU/CSU und SPD sowie der AfD nahm der Bundestag einen Antrag der Koalitionsfraktionen (19/11903) an, FDP, Grüne und Linke stimmten dagegen. In der Vorlage mit dem Titel „Unser Wald braucht Hilfe – Waldumbau vorantreiben“ sprechen sich Union und SPD dafür aus, unter anderem zu prüfen, ob die Mittel für die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) erhöht werden können, um die Folgen von Extremwetterereignissen für den Wald zu bewältigen.

EU-Ebene In der EU solle sich die Regierung dafür einsetzen, dass die Rahmenregelung für forstwirtschaftliche Zusammenhänge im Beihilferecht auch für Krisenfälle neu geregelt wird. Über den Waldklimafonds und die Einbeziehung weiterer klimarelevanter Titel aus allen Einzelplänen des Haushalts sei der Waldumbau mit dem Ziel zu forcieren, den Wald und seine Ökosystemfunktionen gegenüber dem Klimawandel widerstandsfähiger zu machen



Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) Ende September im Gespräch mit Forstleuten und Waldbesitzern am Rande einer Demo

© picture-alliance/ira Schalbelle/dpa

und mit klimatoleranten Baumarten gesunde Mischwälder zu schaffen.

Keine Mehrheit fanden die diversen Vorlagen der Opposition. Die AfD-Fraktion fordert in ihrem Antrag (19/13528) die Bundesregierung dazu auf, eine waldbauliche Initiative in Kooperation von Bund und Ländern zu initiieren. Die Klein- und Kleinstprivatwaldbesitzer sollen durch ein-

fachere Förderrichtlinien unterstützt werden. Forstbetriebsgemeinschaften und Waldbesitzervereinigungen seien bei der Holzvermarktung gezielt zu fördern, wobei die Einschlagsmenge im Frischholzmarkt gedrosselt werden sollte. Die FDP-Fraktion verlangt in ihrem Antrag (19/9925), die Wälder durch „effektiven Waldschutz“ zu erhalten. So forderten die

Abgeordneten unter anderem, der steuerlichen Belastung der Waldbesitzer mit einer Verordnung zu begegnen.

Die Linke setzt sich mit ihrem Antrag (19/11104) für eine naturgemäße Waldbewirtschaftung im Interesse des Waldes und der Forstleute ein. Die Bundesregierung soll demnach den Waldumbau im Hinblick auf eine Vielfalt heimischer Baumarten und durchmischten Altersstrukturen beschleunigen.

Die Grünen fordern in ihrem Antrag (19/13079) einen Aktionsplan für einen „gesunden und artenreichen Wald“. In einem Antrag verlangen die Abgeordneten, die flächendeckende Waldentwicklung bis hin zu naturnahen klimabeständigeren Laubmischwäldern zu beschleunigen. Dafür soll ein Waldzukunftsfonds von einer Milliarde Euro über die nächsten fünf Jahre aufgelegt werden.

eis

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

WENIGER WALD BEWIRTSCHAFTEN?

Zu viele Ansprüche

PRO



Heike Holdinghausen, »die tageszeitung« Berlin

Mit der Einsicht, dass die Menschheit ihr „fossiles Zeitalter“ angesichts des Klimawandels beenden muss, steigen die Ansprüche an den Wald. Holz soll Beton beim Bauen und Plastik im Supermarkt ersetzen, Holzpellets ermöglichen nachhaltiges Heizen, und interessiert schaut die Chemie-Industrie auf Holzbestandteile wie Lignin als Erdölersatz der Zukunft. Einzelne betrachtet mögen all diese Anwendungen sinnvoll sein. Zusammen genommen überfordern sie den Wald. Sie missachten seine Funktion als Kohlenstoffspeicher – die nur ein intakter Wald mit gesundem Boden wahrnehmen kann – und seine Funktion als Rückzugsgebiet für Pflanzen, Tiere und Pilze. In einem intakten Wald arbeiten sie in einem komplexen, lebendigen System zusammen, das wir gerade erst anfangen, zu verstehen. So viel aber ist klar: Es gehört nicht den Regeln eines Forstbetriebes, der am Ende des Geschäftsjahres einen Gewinn verbuchen muss. Bei künftigen forstpolitischen Strategien muss es darum gehen, auch dem Wald selbst Rückzugsgebiete zu erhalten. In ihrer Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt von 2007 hatte sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, bis ins Jahr 2020 fünf Prozent der Waldflächen einer natürlichen Entwicklung zu überlassen. Geschafft hat sie nicht mal drei Prozent. Wer aber das Klima und die Biodiversität schützen möchte, überlässt den Wald großflächig sich selbst. Selbstverständlich muss die Allgemeinheit sich an den Kosten dafür beteiligen. Doch können wir auf den Öko-Rohstoff Holz in Zeiten der Klimakrise verzichten? Ja, durch weniger Konsum. Unseren Lebensstil beizubehalten und dabei nur fossile Rohstoffe durch erneuerbare zu ersetzen, ist sowieso keine gute Idee.

Urwald-Träume

CONTRA



Julia Löhr, »Frankfurter Allgemeine Zeitung«

Dem deutschen Wald geht es nicht gut, das steht außer Zweifel. Zwei überaus heiße und trockene Sommer haben ihm zu schaffen gemacht. Vor allem die in Deutschland häufigste Baumart, die Fichte, leidet. Jahrzehntlang wurde sie dafür geschätzt, dass sie so schnell wächst und sich so gut als Rohstoff für die Bau- und Möbelindustrie eignet, ebenso wie für die Energiegewinnung. Doch leider zeigt sich jetzt, dass sie mit Trockenheit besonders schlecht umgehen kann. Angesichts der Tristesse in vielen Regionen verwundert es nicht, dass Umweltschützer einen behutsameren Umgang mit dem Wald fordern, in Zukunft nur noch einen kleineren Teil der Fläche „bewirtschaften“ wollen – ein Wort, das heute weitaus kritischer gesehen wird als in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, als viele Fichten angepflanzt wurden. Doch es ist ein Trugschluss zu glauben, mit einem deutschen Urwald werde schon alles wieder gut. Dass die Fichten-Monokulturen der Vergangenheit ein Fehler waren, ist weitgehend Konsens. Die wenigsten Waldeigentümer wollen sich auf Kosten der Natur bereichern. Die große Mehrheit setzt längst auf eine Mischung aus Nadel- und Laubbäumen, die Wetterextreme besser übersteht. Hinzu kommt: Um einen bewirtschafteten Wald kümmert sich jemand. Schädlinge wie der Borkenkäfer werden dort schneller erkannt, bestenfalls, bevor sie auf gesunde Bäume übergreifen. Und noch etwas sollte nicht vergessen, wer gegen die Bewirtschaftung des Waldes wettet: Viele Kommunen brauchen die Einnahmen aus dem Holzverkauf, um ihre Freizeit- und Kulturangebote zu finanzieren. Von einem nachhaltig bewirtschafteten Wald profitiert sowohl die Natur als auch der Mensch.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Bei den Weltklimakonferenzen geht es immer auch um die Rolle des Waldes als globaler CO2-Speicher. Zuletzt in Madrid richteten sich die Augen dabei vor allem auf Brasilien und seinen Präsidenten Bolsonaro. Aber ist der Wald nicht an vielen Stellen der Erde bedroht?

Der Wald ist global unter Druck. Wir haben wirklich massive Probleme in Brasilien, wo der Präsident die Bauern ermuntert, weiter Agrarflächen zu schaffen. Aber auch im Nachbarland Bolivien steht der Amazonas-Wald massiv unter Druck. Oder schauen wir auf Indonesien, da hat es so viel gebrannt wie schon lange nicht mehr, was auch schon zu Konflikten geführt hat. Singapur hat sich da beschwert über die Rauchschwaden. Aber auch in Afrika sehen wir das überall: Kamerun, Zentralafrikanische Republik, Kongo, wo die Wälder im großen Stil und immer schneller verschwinden zugunsten von Plantagen. Ich habe gerade in jüngster Zeit einen Fall erlebt im Kongo, wo massiv Urwälder vernichtet worden sind zugunsten von Kautschuk-Plantagen. Das sind chinesische Firmen, die das machen.

In Afrika soll sich die Bevölkerung bis Mitte dieses Jahrhunderts verdoppeln und bis Ende des Jahrhunderts verdreifachen. Ist da der Wald überhaupt noch zu retten?

Ich denke schon. Afrika hat große Flächenreserven. Es ist nicht so, dass Afrika überquillt und für die Bevölkerung kein Platz mehr ist. Es ist eigentlich eher ein Verteilungsproblem. Afrika ist sehr reich und leidet in weiten Teilen unter schlechter Regierungsführung. Viele Staaten haben autokratische Führer, die sich selbst bereichern und an ihr eigenes Volk nicht denken. Ich glaube, da muss auch Europa mehr tun, um die Staaten zu stabilisieren, damit sie Struktur haben, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit, Demokratie, Meinungsfreiheit garantieren können, damit die Wirtschaft in Schwung kommt und man nicht nur von der Plünderung der Ressourcen lebt.

Wie groß sind die Möglichkeiten von Deutschland und Europa, da einzuwirken?

Eigentlich, wenn wir uns einig wären, relativ gut. Aber Europa selbst ist sich ja nicht einig. Denken Sie nur an Nordafrika, an Libyen. Wenn wir uns da nicht einig werden, werden andere es für uns erledigen. Die Türkei steht in den Startlöchern, auch Russland hat schon Söldner dorthin geschickt. Wir Europäer müssen uns zusammenraufen, denn es geht auch um unsere Zukunft.

Wie steht es um den deutschen Wald nach zwei heißen, trockenen Sommern?

Wir haben in Deutschland so hohe Waldschäden wie in meiner Erinnerung noch nie. Durch Dürre, Käfer, Pilzbefall, Stürme haben wir zusammenaddiert etwa 1,8 Prozent der Waldfläche mit Schäden, die wir wieder aufforsten müssen. Das liegt langsam schon über der Grenze der Nachhaltigkeit. Das heißt, wir haben eigentlich jetzt schon ein bisschen Substanzabbau durch diese Klimaschäden in Deutschland erlebt. Das muss aber nicht jedes Jahr so sein.

Ist das der Klimawandel?

Ja. Wir müssen da in die Historie der Klimadaten schauen. 1975 war ein superschöner Sommer. Da hat es in Europa auch fast nicht geregnet, zusammen mit den hohen Schadstoffeinträgen ergab das ein Waldsterben 1.0. Es lag natürlich an vielerlei Dingen, aber die mangelnde Versorgung mit Wasser war damals schon ein Thema. Dann kam 2003, auch ein superheißer Sommer. Und jetzt 2018 und 2019 nochmal eine Super-Trockenheit. Man sieht, diese trockenen Warmperioden kommen

»Der Wald ist unter Druck«

CHRISTOPH HOFFMANN Der FDP-Abgeordnete und Förster fordert eine massive Aufforstung, um dem Klimawandel zu begegnen



© fdpb.t.de

in immer kürzeren Abständen. Wir haben auch große Stürme erlebt wie Lothar oder Kyrill, denen große Waldflächen zum Opfer gefallen sind. Viele unterschätzen bei der Klimaentwicklung die Windgeschwindigkeiten, die sich immer weiter erhöhen. Gerade sind dieser Tage in Südfrankreich wieder Rekorde gemessen worden. Es ist einfach viel mehr Energie im System. Und die große Angst ist, dass sich steigend immer mehr solche Schäden auftun. Aber ich glaube, wir haben noch die Zeit und die Möglichkeit, das zu verhindern, und das sollten wir auch alles daransetzen.

Was kann die Politik da tun, um das zu verhindern?

Wir haben als Freie Demokraten in diesem Jahr einen Antrag gestellt, der hieß „Weltweit mehr Wald für den Klimaschutz“. Wenn es uns gelingen würde, und das geht technisch und auch finanziell, 350 Millionen Hektar Wald aufzuforsten, könnten wir viele Jahrzehnte Zeit gewinnen in diesem Klimawettlauf, um die fossilen Brennstoffe aus dem Verkehr zu ziehen. Das würde wirklich was bringen. Leider haben wir keine Mehrheit gefunden im Parlament. Das war für mich als einzigen Förster im

Bundestag ein bisschen traurig. Manchmal ist das Parteigeplänkel leider vorrangig.

Wegen der Trockenschäden gibt es derzeit ein Überangebot an Holz. Was bedeutet das für die Waldbesitzer, die ja zum Teil davon leben?

Für die Waldbesitzer und gerade für die kleinen Privatwald-Besitzer ist das eine immense Katastrophe, weil der Holzmarkt noch auf Jahre verstopft sein wird. Die Sägeindustrie kann nur eine gewisse Menge aufnehmen. Wenn dann der Markt gesättigt ist, fallen die Preise fast ins Bodenlose. Die Untergrenze des Preises sind im Grunde die Holzaufarbeitungskosten, denn irgendwann sagt der Waldbesitzer: Wenn es sich nicht mehr lohnt, den Stamm zu verkaufen, wenn ich nicht einmal mehr meine Kosten für den Einschlag bekomme, dann lasse ich lieber den vertrockneten Baum da herumstehen. Das hat dann wieder gravierende Folgen, weil Sekundärschädlinge zu einer Massenvermehrung kommen, zum Beispiel Bockkäfer. Wenn ein Überangebot von trockenem Holz da ist und diese Käfer sich stark vermehren, dann weichen sie irgendwann aus in den von ihnen eigentlich eher ungeliebten gesunden Wald. Zudem sind die trockenen Stämme eine immense Gefahr für die Waldarbeiter. Wenn Teile von diesen Bäumen herunterfallen, gibt es unglaublich viele Arbeitsunfälle. Aus diesem Grund muss man sie möglichst bald entfernen, solange die Stämme noch in sich stabil sind und nicht auseinanderbrechen, wenn sie umfallen.

Sollte dann die Politik in diesem Fall regulierend in den Markt eingreifen?

Es gibt ja das Forstschädenausgleichsgesetz. Leider hat Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) das bis heute nicht zur Anwendung gebracht. Außerdem wäre eine Möglichkeit, den Einsatz von Frischholz in den öffentlichen Wäldern zu begrenzen. Ein großer Teil der Wälder ist ja im staatlichen oder kommunalen Besitz. Natürlich sind die Waldbesitzer gehalten, jetzt kein Frischholz einzuschlagen, solange der Preis nicht gut ist. Aber es gibt viele, die es trotzdem tun, um ihren eigenen Betrieb am Laufen zu halten. Die eine oder andere Stadt sagt auch, wir wollen die Einnahmen noch haben, wir wollen nicht drauflegen beim Wald, und schlägt wieder Frischholz ein. Das könnte man stoppen.

Was aber kaum ausreichen dürfte, um angesichts der großen vorhandenen Menge Totholz den Markt zu normalisieren.

Deshalb bräuchten wir eine Einschlags- und Verwertungshilfe für die geschädigten Hölzer. Und zwar in Form der thermischen Verwertung, also des Verbrennens in Form von Pellets oder Spänen. Kohlekraftwerke kann man zum Beispiel über einen gewissen Zeitraum auch mit Pellets und Spänen fahren. Das wäre ein Kanal, der den Markt entlasten würde. Die Holzexporte übrigens, etwa nach China, laufen recht gut. Der Hunger der aufstrebenden Schwellenländer nach Bauholz ist relativ stark, und diese Märkte sind nicht so empfindlich, wenn das Holz mal einen blauen oder roten Streifen hat, was es durch Lagerung bekommen kann.

Das Gespräch führte Peter Stützle. ||

Christoph Hoffmann ist entwicklungs-politischer Sprecher der FDP-Fraktion und sitzt seit 2017 im Bundestag.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Studienrat: Michael Schrodi

Der Klimawandel schlägt zu, der Zustand des Waldes ist besorgniserregend: Der oberbayerische Abgeordnete Michael Schrodi (42) arbeitet für die SPD im Umweltausschuss mit. Dort zählt zu seinen Schwerpunktthemen ein Bereich, über den in der vergangenen Woche im Bundestag debattiert wurde: Waldschutz und Waldbewirtschaftung. Für Schrodi ist klar, „dass wir einen Waldumbau brauchen“ – weg von der Monokultur mit vorwiegend Nadelbäumen, hin zu Mischwäldern. Die Politik spiele dabei durchaus eine Rolle, findet er. Sie könne zum einen sensibilisieren und in den staatlichen Forsten den Waldumbau vorantreiben. Dies fördere gerade Finanzminister Olaf Scholz mit 500 Millionen Euro. Dabei gehe es nicht zuletzt darum, klimaresistentere Baumarten anzupflanzen, vor allen Dingen heimische Baumarten. Da steckt er tief drin in einer Thematik, in die er sich seit seinem Einzug in den Bundestag im September 2017 erst einarbeiten musste. Zuvor arbeitete er als Studienrat mit den Fächern Deutsch, Geschichte und Sozialkunde. Längst empfindet er es als bedeutende Aufgabe, an „einer der großen Herausforderungen unserer Zeit“ mitzuarbeiten, nämlich den Klimaschutz zu organisieren: „Ich bin froh und glücklich, dass ich im Umweltausschuss bin und mich dabei besonders um Wälder und Moore kümmere.“ Beide seien nicht nur ein Erlebnis, sondern spielten auch beim Klimaschutz eine wichtige Rolle, weil sie CO2 binden.

Schrodi, verheiratet, zwei Kinder, beheimatet in Olching nahe München, trat 1993 in die SPD ein. Den Weg in die Politik habe er aus zwei Gründen gefunden. Einerseits sei es die Nähe zur Arbeiterbewegung gewesen: „Mein Vater war Schlosser. Ich stamme aus einem gewerkschaftlich geprägten Elternhaus.“ Hinzugekommen seien Anfang der 1990er Jahre die rechtsradikalen Ausschreitungen wie in Rostock-Lichtenhagen. Mithin: „Der Kampf für Gerechtigkeit und gegen Rechts haben mich zur SPD geführt.“



»Der Klimawandel schlägt zu, der Zustand des Waldes ist besorgniserregend.«

Er gehört zu denen, die sich bemühen, ihrer Partei Beine zu machen. So fungiert er als Sprecher der SPD-„Denkfabrik“. Sie verfolge seit Jahren das Projekt, „als eine Alternative zur Großen Koalition links von der Union eine Mehrheit von Rot-Rot-Grün zu bekommen und progressive Politikansätze voranzutreiben“. Zwar sei er „unter den Bedingungen, die wir hatten“, für den Eintritt in die Große Koalition gewesen: „Aber mit dem klaren Auftrag, eine

inhaltliche Erneuerung anzugehen und eine klare Vision davon aufzuzeigen, wo wir in zehn, 15 Jahren sein wollen.“ In diesem Sinne ist er mit elf weiteren jungen Abgeordneten, die ebenfalls erstmals in den Bundestag eingezogen sind, auch in der Fraktion aktiv. „Die zwölf Apostel“ werden sie von Kollegen genannt. Auch mal „Das dreckige Dutzend“. Die zweite Bezeichnung findet Schrodi besser: „Denn brav kann jeder.“ Mehrere Papiere hätten sie verfasst, sich auch mit Fraktionschef Rolf Mützenich ausgetauscht. Gleich das erste Papier habe Aufmerksamkeit gefunden, erwähnt Schrodi. Es werde sich dagegen, „um jeden Preis an der Schwarzen Null festzuhalten“. Mehr Investitionen: Zu seiner Genugtuung konnte Schrodi mitwirken an den Grundgesetzänderungen, die möglich machen, dass der Bund wieder Gelder für Schulen zur Verfügung stellen darf – ein Stichwort ist der Digitalpakt. Da konnte er, der sich als Mitglied des Kreistags Fürstentfeldbruck speziell um Schulen kümmert, deutlich machen, was in Berlin zugunsten der Regionen entschieden wurde. Für ihn ist das ein Beleg dafür, dass die Tätigkeiten im Bundestag und im Kreistag in gleicher Weise nah an den Bürgern sind. Für das Parlament ist Michael Schrodi auf jeden Fall eine Bereicherung: als willkommene Verstärkung der Fußballmannschaft. Er hat bis zur vierten, der höchsten Amateurliga, gespielt. In der Bayernliga habe er gegen Männer gekickt, die sich später als Bundesligaprofis einen Namen machten. Einmal, im Pokal, schlug er sich gar leidlich gegen Borussia Dortmund – im Jahre 2000.

Franz Ludwig Averdunk ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Claus Heine (che)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Kirstina Pezzer (pez)
Sören Christian Reimer (scr) Cvd
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)

Stellvertretender Chefredakteur
Alexander Heinrich (ahe)

Fotos
Stephan Roters

Redaktionsschluss
20. Dezember 2019

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei
GmbH & Co. KG
Kurfürstenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

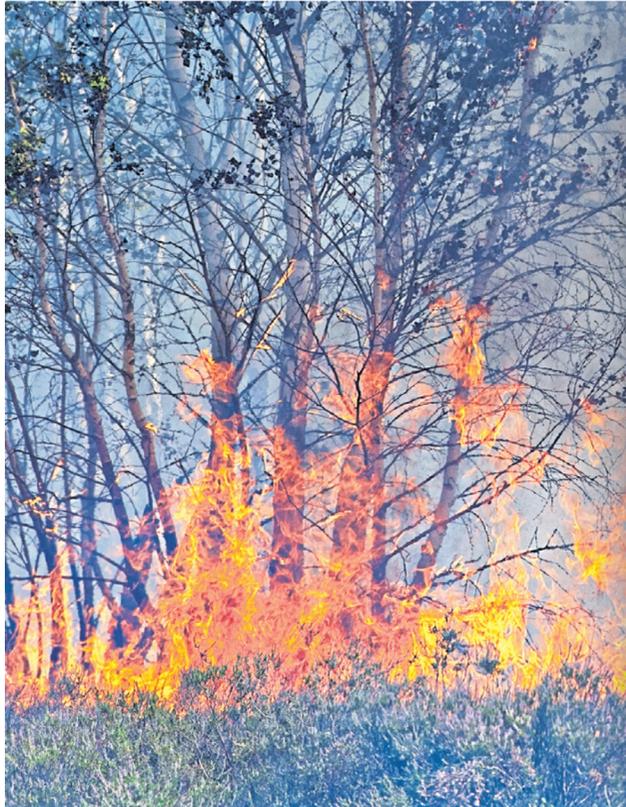
Leserservice/Abonnement
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Dörsenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fazit-com@intime-media-services.de

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Dörsenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36
E-Mail: fazit-com-anzeigen@intime-media-services.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichts-zwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitschrift „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Die verbreiteten Monokulturen aus Fichten und Kiefern sind nach Ansicht von Wissenschaftlern Teil des Problems. Benötigt werden Mischwälder und mehr widerstandsfähige Laubbäume

© picture-alliance/dpa/imageBROKER/Alois Litzlbauer/picturedesk.de

Im Schwitzkasten

KLIMAWANDEL Der deutsche Wald ist in Teilen schwer geschädigt und muss klimafest gemacht werden

Die deutschen Wälder sind in einem erschreckenden Zustand. Nach zwei Trockenjahren in Folge, nach Dürren, Stürmen, Waldbränden und der großflächigen Invasion des Borkenkäfers haben die Waldschäden historische Dimensionen erreicht. Entsprechend heftig fallen die Zustandsbeschreibungen aus. Die Forstminister in den unionsgeführten Bundesländern sprechen in ihrer Moritzburger Erklärung von einer „katastrophalen Situation nationalen Ausmaßes“, die Arbeitsgemeinschaft der Waldbesitzer (AGDW) erkennt gar eine „Jahrhundertkatastrophe“. Hubert Weiger, langjähriger Vorsitzender des Bundes für Umwelt und Naturschutz, sieht den Wald in einer „existenziellen Krise“. Drohnenaufnahmen aus der Luft zeigen Bilder, die man bei uns bisher nicht gesehen hat: In der fränkischen Marktgemeinde Baudenbach sieht man großflächig aneinander gereihte Baumskelette. Verdurstete Kiefern soweit das Auge reicht.

Großflächig geschädigt Aber auch andere Baumarten litten unter den beiden Dürrejahren, die mit Rekordtemperaturen und geringen Niederschlägen die Wälder unter Trockenstress setzten. Neben den Kiefern sind auch Fichten, Buchen, Birken und Eichen teilweise großflächig geschädigt oder abgestorben. Eigentlich sind alle Baumarten, Nadel- und Laubbäume mehr oder weniger betroffen. Forstexperten, Umweltschützer und Politiker sind sich einig: Die Erderwärmung durch das veränderte Klima hat die Bäume in den Schwitzkasten ge-

nommen, die Wucht des Klimawandels ist in den Wäldern angekommen. Immer neue Zahlen dokumentieren milliardenschwere Schäden. Rund 70 Millionen Festmeter Schadholz seien in den beiden Krisenjahren angefallen, bilanziert die AGDW. 180.000 Hektar Wald sollen irreparabel geschädigt sein. Allein die Kosten zur Bäumung der Schäden beziffert der Waldbesitzerverband auf 2,1 Milliarden Euro. Die Waldschäden haben zu einem Überangebot an Holz geführt und die Preise in den Keller sausen lassen. Ein Großteil der gefällten Bäume liefert zudem schlechte Holzqualitäten, die für die Möbelindustrie nicht zu gebrauchen sind. Das sorgt für eine Halbierung der Erträge. Union und SPD sprechen in ihrem Antrag „Unser Wald braucht Hilfe“ (19/11093) von existenzbedrohenden Verlusten. Bund und Länder wollen mit 800 Millionen Euro erste Nothilfe leisten. Der alarmierende Zustand der Forste ruft uns eindringlich die herausragende Bedeutung des Walds in Erinnerung. Der ist mehr als die „verlockend rauschende Außenseite der Holzfabrikation“, wie der Dichter Robert Musil spottete, und auch mehr als nur die schöne Kulisse für Sonntagsspaziergänge.

Komplexes Ökosystem In Deutschland sind 11,4 Millionen Hektar bewaldet (siehe Artikel unten), das entspricht rund einem Drittel der Landfläche. Im Schutz der Baumkronen hat sich, wie es in einer Veröffentlichung des Landwirtschaftsministeriums zum Kulturrebe Wald heißt, ein vielschichtiges, komplexes Ökosystem aus zahlreichen Pflanzen, Tieren und Kleinor-

ganismen entwickelt, das lebenswichtig ist und uns mit Holz, frischer Luft und sauberem Wasser versorgt. Wälder sind zudem ein Hotspot der biologischen Vielfalt, der für Flora und Fauna Lebensraum, Nahrung und Schutz bietet. Er sorgt für ein schönes Landschaftsbild, lädt zur Erholung ein und ist zugleich ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Forstwirtschaft, aber auch für den Tourismus. Doch darüber hinaus ist der Wald vor allem der wichtigste Klimaschützer. Dass ausgerechnet er nun so heftig von den Folgen der Klimaveränderung geschüttelt wird, ist umso tragischer.

Kohlenstoffspeicher Bäume sind, wie auch andere Pflanzen, fleißige Photosynthese-Maschinen, die Sonnenlicht und Kohlendioxid aus der Luft in Blattwerk, Wurzeln und Holz umwandeln. Damit bilden unsere Wälder einen gigantischen Kohlenstoffspeicher. Auch die Waldböden bergen gewaltige Mengen an Kohlenstoff. Der deutsche Wald entlastet die Atmosphäre um rund 60 Millionen Tonnen Kohlendioxid im Jahr. Für den Klimaschutz ist es deshalb essentiell, dass unsere Wälder vital und gesund bleiben. Dazu braucht es, da sind sich auch die politischen Parteien weitgehend einig, ehrgeizige Aufforstungsprogramme.

Der Wald kann nicht davonlaufen“, sagt Hubert Weiger. Also muss er klimagerecht umgebaut werden, um künftige Hitze- und Dürreperioden besser zu überstehen. Der Waldumbau steht schon seit einigen Jahren auf der forstwirtschaftlichen Agenda. Er ist aber ein Langzeitprojekt, Bäume wachsen nicht im Akkord.

Fichtendominanz Dem Waldumbau werden vor allem Nadelmonokulturen aus Fichten und Kiefern zum Opfer fallen, die wegen ihres schnellen Wachstums bevorzugt worden sind. Ganz besonders steht die Fichte im Fokus, deren Anbau Risiken sich von Jahr zu Jahr erhöhen. Sie steht auf rund einem Viertel der Waldflächen und ist damit die häufigste Baumart in unseren Wäldern. Natur- und Umweltverbände kritisieren die Fichtendominanz schon seit langem.

Wie keine andere Baumart ist die Fichte als flachwurzelnder Nadelbaum besonders anfällig für Dürrestrecken durch längere Hitzeperioden, aber auch für Stürme. Gegenwärtig weisen fast drei Viertel aller Fichten Kronenschäden auf, sie sind vom Klimawandel besonders stark angeknockt, entsprechend hoch war zuletzt ihr Anteil am Schadholzeinschlag. Die Reduzierung der Fichtenbestände hat zwar schon begonnen, sie kommt aber nur schleppend voran, wie das Umweltbundesamt bilanziert. Ulrich Kohle von der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg sieht bis zur Jahrhundertmitte nur noch vier Prozent der deutschen Waldflächen als „fichtengeeignet“ an. In den wärmeren, tiefer gelegenen Regionen wird der Brotbaum der Forstwirtschaft wohl ganz verschwinden. Für Aufforstungs- und Umbaumaßnahmen empfehlen Forstwissenschaftler unisono mehr

Laub- und mehr Mischwälder. So kann das Risiko auf verschiedene Baumarten verteilt werden. Unter den Nadelbaumgewächsen gilt die Douglasie als geeignete Alternative, weil sie Wärme und Trockenheit besser toleriert. Aber auch ein Switch auf Laubbäume wie die klimastabilere Buche oder den Bergahorn wird empfohlen, um widerstandsfähigere Bestände zu bekommen. Der Wald müsse naturnäher werden, um seine Resilienz zu stärken, heißt es.

Umweltrevolution Für viele Beobachter ist der alarmierende Zustand der Wälder ein Déjà-vu. Das erste, in den 1970er Jahren einsetzende Waldsterben hatte allerdings andere Ursachen. Vor allem der saure Regen und die Autoabgase hatten den Wäldern zugesetzt. Der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) verkündete 1983 im Bundestag: „Die Schäden in unseren Wäldern sind dramatisch. Gelingt es uns nicht, diese Wälder zu retten, wäre die Welt nicht mehr wiederzuerkennen.“ Dem kranken Wald war es zu verdanken, dass in den 1980er Jahren eine Umweltrevolution begann.

Kraftwerke wurden entschwefelt, das Benzin wurde bleifrei, die Autos bekamen mit dem Katalysator eine wirkungsvolle Windel verpasst, und die Umweltbewegung verschaffte sich Gehör bis in die Machtlernen hinein. So wurde der kranke Wald zum Taktgeber der Umweltpolitik. Gegen den sauren Regen und die Abgase aus Schloten und Auspuffrohren konnte gezielt interveniert werden. Die Veränderung unseres Klimas erfordert dagegen neben Maßnahmen zum Klimaschutz weitgehende Anpassungsleistungen der Forstwirtschaft, um die Wälder möglichst klimafest zu machen.

Emotionale Beziehung Dass der Wald in unserem Land eine besondere emotionale Bedeutung hat, ist unbestritten. Keine andere Nation hat ein ähnlich aufgeladenes Verhältnis zum grünen Tann wie die Deutschen. Das beginnt in ihrem Sagen- und Märchenschatz, wo Räuber und böse Wölfe im Wald hausen, die Großmütter und Mädchen mit roten Käppchen fressen, wo Geschwisterpaare sich verlaufen und in die Fänge von Hexen geraten. Das schreibt sich in der Literaturgeschichte fort: Waldein-

samkeit, Waldeslust und Waldgefühle versammeln sich in schwermütigen Gedichten. Ob Stifter, Rilke, Eichendorff oder Jünger: Stets stehen Bäume majestätisch im geheimnisvollen Wald, bieten Schutz und Augenschmaus, Wildnis und Naturerleben. Die mythische Überhöhung der Baumreihen in Liedgut, Prosa und Malerei erreichte ihren Höhepunkt in der Romantik. Auch heute noch lieben die Deutschen ihren Wald. Rund 40 Prozent der Menschen gehen einmal die Woche irgendwo in ein Stück Wald, um Ruhe und Erholung zu suchen. Die Waldwandler seien etwas fauler geworden, sagen Wissenschaftler, doch der Wald ist und bleibt ein grüner und ruhiger Schutzraum gegen eine hektische und verrückte Welt. Dass dieser Wald jetzt erneut in einer ernsthaften Krise steckt, hat nicht nur die politischen Parteien aufgeschreckt. Zugleich ist der Wald der wohl wichtigste Bioindikator. Er ist die Warnlampe auf unserem Display, die anzeigt, dass die Veränderung unseres Klimas nunmehr ihren Tribut fordert.

Manfred Kriener

Der Autor ist Umweltjournalist in Berlin.

Ein Drittel des Landes ist Wald

HINTERGRUND Knapp die Hälfte der deutschen Wälder befindet sich in Privatbesitz

Deutschland ist unzweifelhaft ein Industrieland und gleichwohl in der Fläche immer noch weitgehend geprägt von Wald, Wiesen und Feldern. Waldgebiete erstrecken sich auf insgesamt 32 Prozent der Gesamtfläche oder 11,4 Millionen Hektar. Somit ist rund ein Drittel des Landes bewaldet, weitere 52 Prozent der Fläche werden landwirtschaftlich genutzt, auf 13 Prozent erstrecken sich Siedlungen und die Trassen für den Verkehr.

Bekannte Wälder Die Waldgebiete sind in Deutschland nicht gleichmäßig verteilt. So kommen Hessen und Rheinland-Pfalz auf einen Waldanteil von jeweils 42 Prozent und liegen damit ganz vorne in der Liste der Bundesländer. Auch im Saarland (40 Prozent), in Baden-Württemberg (38

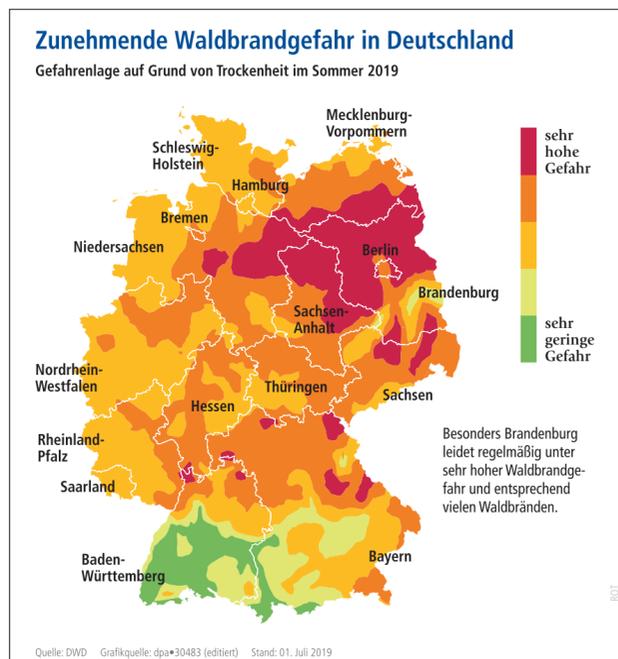
Prozent) und Bayern (37 Prozent) ist überdurchschnittlich viel Wald zu finden. Schleswig-Holstein verfügt mit einem Anteil von nur elf Prozent hingegen über die kleinste Waldfläche aller Bundesländer. Auch in Mecklenburg-Vorpommern (24 Prozent), Niedersachsen (25 Prozent), Sachsen-Anhalt (26 Prozent) und Nordrhein-Westfalen (27 Prozent) steht vergleichsweise wenig Wald.

Große, bekannte Waldgebiete sind an vielen Stellen Deutschlands zu finden und stehen mit ihrem Namen für Geschichte und Geschichten: Der Bayerische Wald etwa, der Schwarzwald, der Spessart, die Sächsische Schweiz, der Teutoburger Wald oder der Reichswald am Niederrhein. Viele Waldgebiete stehen unter Naturschutz oder sind in Teilen als Nationalparks ausgewiesen. Der Hainich in Thüringen mit seinem alten Buchenbestand gehört sogar zum UNESCO-Weltkulturerbe.

Größenordnung von mehr als 1.000 Hektar Fläche. Die stark zersplitterten Eigentumsstrukturen gehen auf historisch und regional unterschiedliche Entwicklungen zurück. Mit der bäuerlichen Besiedelung und durch Erbteilung gelangten oft auch sehr kleine Waldflächen in Privatbesitz.

Illustre Namen Die größten Privatwälder befinden sich nach wie vor im Eigentum alter Adelsfamilien. So bewirtschaftet der Forstbetrieb der Familie Thurn und Taxis eine Waldfläche von rund 20.000 Hektar, verteilt auf die Länder Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen. Das Haus Thurn und Taxis ist damit der größte private Waldbesitzer in Deutschland. Auch die Unternehmensgruppe Fürst von Hohenzollern verfügt in Bayern und vor allem in Baden-Württemberg über ausgedehnte Waldflächen von insgesamt 15.000 Hektar. Die Forstbetriebsfläche umfasst allein in Baden-Württemberg 12.800 Hektar. Die Adelsfamilie zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg besitzt seit Jahrhunderten ausgeprägte Waldflächen. Die „Wittgenstein-Berleburg'sche Rentkammer“ ist nach eigenen Angaben der Familie der größte private Forstbetrieb in Nordrhein-Westfalen und verwaltet rund 13.100 Hektar Fläche. Der Forstbetrieb produziert Holz für die heimische Wirtschaft sowie für den weltweiten Export.

pk



KOMPAKT

Fakten zum deutschen Wald

- > **Fläche:** In Deutschland umfasst der Wald insgesamt eine Fläche von rund 11,4 Millionen Hektar. Auf die Wald- und Forstwirtschaft entfällt ein Flächenanteil von rund 32 Prozent.
- > **Baumarten:** Fichten (26 Prozent) und Kiefern (23 Prozent) sind die häufigsten Baumarten in Deutschland.
- > **Eigentum:** Rund 48 Prozent der Waldfläche befindet sich in Privatbesitz.

Quelle: Bundesregierung (BMEL)

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Streitfall Passwort

RECHT Ein Referentenentwurf des Bundesjustizministeriums sorgt für Empörung der Opposition. Die Ministerin mahnt Sachlichkeit an

Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) in der vergangenen Woche im Bundestag bei der Aktuellen Stunde zu „Bürgerrechten und IT-Sicherheit“. Die Ministerin verteidigt ihre Pläne zur Herausgabe von Passwörtern gegen die geballte Kritik der Oppositionsfraktionen.

Ein Referentenentwurf des Bundesjustizministeriums hat in der vergangenen Woche für Aufregung gesorgt. Seit die Vorlage in den Medien kursiert, steht Ressortchefin Christine Lambrecht (SPD) im Kreuzfeuer der Kritik der Opposition. Die FDP beantragte eine Aktuelle Stunde zum Thema „Vorfahrt für Bürgerrechte und IT-Sicherheit – Passwörter müssen geheim bleiben“. Zusammen mit den anderen Oppositionsfraktionen nutzte sie den Entwurf, um vor einem Überwachungsstaat in Deutschland zu warnen. Lambrecht mahnte im Gegenzug, man möge den Entwurf „sachlich diskutieren und nicht mit Befürchtungen, Besorgnissen, Ängsten arbeiten“.

Vor allem an der geplanten Herausgabe von Passwörtern zur besseren Verfolgung von schweren Straftaten entzündete sich die Debatte im Plenum. Nachdem Lambrecht zuvor bereits im Rechtsausschuss Rede und Antwort gestanden hatte, betonte sie in der Aktuellen Stunde, dass die Spirale von Hass und Gewalt gestoppt werden müsse und dafür die Mittel des Rechtsstaates konsequent genutzt werden müssten. Dies habe sie mit dem vorgelegten Entwurf klargemacht, der nunmehr an die Verbände und die Länder zur Stellungnahme übersandt werde. Es müsse Schluss damit sein, dass unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit im Internet gehetzt und bedroht werde, sagte die Ministerin. Vielmehr müsse endlich

wieder gelten, „dass die Meinungsfreiheit da endet, wo das Strafrecht beginnt“. Deshalb schlage sie eine „Pflicht der Plattformbetreiber zur Meldung von Usern über Posts zum Beispiel mit Volksverhetzung oder Morddrohungen“ vor, die sie an das Bundeskriminalamt (BKA) weiterleiten müssten. Internet-Plattformen müssten in Zukunft IP-Adressen an das BKA weitergeben, um Täter identifizieren zu können. Dabei könnten Staatsanwaltschaften und Polizei heute schon die Herausgabe von Bestandsdaten von den Plattformen verlangen, zu denen auch Passwörter gehörten, fügte Lambrecht hinzu. Sie wolle die geltende Regelung dahingehend präzisieren, dass die Staatsanwaltschaft in Zukunft nur im Einzelfall und nur mit schriftlichem Ersuchen die Befugnis bekommen soll, eine Datenherausgabe zu verlangen. Bei Passwörtern müsse das zudem ein Richter anordnen. Dabei halte sie auch daran fest, dass

»Passwörter sind der General-schlüssel zu unserem Leben.«

Stephan Thomae (FDP)

nach der Datenschutz-Grundverordnung die Diensteanbieter Passwörter verschlüsselt speichern müssen, betonte die Ministerin. Wenn dann eine Staatsanwaltschaft etwa wegen eines Terroranschlags ermittelte und feststelle, dass dem Beschuldigten ein bestimmter Account zugeordnet werden kann, solle die Behörde das verschlüsselte Passwort verlangen können: „Sie hat dann die Chance, zu versuchen, dieses Passwort mit extrem hohem Aufwand selbst zu knacken und so die Identität des Terrorverdächtigen zu erfahren“. Dabei prüfe in je-

dem Einzelfall ein Richter die Verhältnismäßigkeit.

Stephan Thomae (FDP) sprach dagegen von einem „großen Lauschangriff im Netz“, vor dem die FDP schon immer gewarnt habe. Auch ein guter Zweck heilige aber nicht jedes Mittel. Passwörter seien der „Generalschlüssel“ zum Leben eines Menschen. Das Justizministerium wolle mit der Passwortherausgabe „einen Schlüssel dienst installieren für diesen Generalschlüssel zu unserem Leben“. Der jetzt bekannte Entwurf setze die Schwelle für die Herausgabe von Passwörtern herab und enthalte eine ganz neue Qualität. Denn hinter dem Passwortschutz gebe es mehr Informationen, als sich durch Telekommunikationsüberwachung und Wohnraumüberwachung herausfinden ließen.

Joana Cotar (AfD) warf der Bundesregierung vor, sie wolle „in Deutschland einen Überwachungsstaat etablieren“. Der Kreis der Stellen, die die Passwörter abfragen können sollen, sei weit gefasst und beziehe sich „keineswegs nur auf die Behörden, die zur Bekämpfung des Terrorismus da sind“. Auch solle eine präventive Herausgabe zur Gefahrenabwehr möglich sein. Der Richtervorbehalt sei dabei eine „reine Beruhigungsspielle“. Niema Movassat (Linke) attestierte dem Justizministerium einen „Axtschlag gegen die Bürgerrechte“ und hielt Lambrecht vor, sie wolle „den Überwachungsstaat ausbauen“. Nach ihrem Entwurf sollten die Er-

mittlungsbehörden sämtliche Bestands- und Verkehrsdaten der Nutzer von den Internetplattformen verlangen können. Es gehe also darum, „dass der Staat das gesamte Online-Verhalten eines Bürgers nachvollziehen kann“. Aber auch die Strafverfolgung rechtfertige es nicht, den gläsernen Bürger zu schaffen.

Konstantin von Notz (Grüne) befand, die Pläne der Ministerin würden zu Recht als „großer Lauschangriff im Netz“ bezeichnet. Der Kampf gegen strafrechtlich relevanten Hass und Hetze im Netz sei richtig und wichtig. Mit dem rechtsstaatlichen Kampf gegen diejenigen, die die Demokratie zersetzen wollen, hätten aber die Passwörter von 82 Millionen Bürgern „gar nichts“ zu tun.

Carsten Müller (CDU) hielt der Opposition vor, sie arbeite gegen die gesellschaftliche Akzeptanz, die „für den Erfolg von gesetzgeberischen Maßnahmen gegen Rechtskriminalität, Hassrede, verfassungsfeindliche Umtriebe im Netz“ wichtig sei. Müller betonte zugleich, dass das Verlangen der Herausgabe von Passwörtern problematisch sei und „nur unternehmung hoher Hürden“ wie dem Richtervorbehalt angedacht werden könne.

Florian Post (SPD) warb dafür, im parlamentarischen Verfahren in Ruhe über die Straftatbestände zu diskutieren, die dazu führen sollen, „dass nach einem Richterscheid Passwörter herausgegeben werden können“.

»In jedem Einzelfall prüft ein Richter die Verhältnismäßigkeit.«

Christine Lambrecht (SPD), Bundesjustizministerin

Michael Wojtek

»Eine Terrororganisation«

INNERES I Betätigungsverbot für Hisbollah gefordert

Die Bundesregierung soll nach dem Willen des Bundestages ein Betätigungsverbot gegen die schiitische Hisbollah erlassen. Einen entsprechenden Antrag von CDU/CSU, SPD und FDP (19/16046) verabschiedete das Parlament vergangene Woche bei Enthaltung der übrigen Fraktionen. Darin wird die Bundesregierung zudem aufgefordert, die „gedankliche Trennung der Hisbollah in einen politischen und einen militärischen Arm aufzugeben und auf europäischer Ebene zu einer gemeinsamen Bewertung bei der Frage der Listung zu kommen“. Anträge der AfD für ein „Verbot der Hisbollah“ (19/10624) und der Grünen für „Betätigungsverbote gegen Hisbollah“ (19/16050) fanden keine Mehrheit. In der Debatte betonten mehrere Redner, dass die Hisbollah eine Terrororganisation sei. Thorsten Frei (CDU) sagte, es sei nicht hinzunehmen, dass eine solche Organisation, die Israel bekämpfe und sein Existenzrecht bestreite, Deutschland als Rückzugs- und Finanzierungsraum missbrauche. Eva Högl (SPD) nannte das Betätigungsverbot einen wichtigen Baustein beim Vorgehen gegen die Hisbollah. Dabei werde man deren hiesige Strukturen weiter beobachten mit Blick darauf, „ob es nicht für ein Vereinsverbot reicht“. Zurzeit seien die

Strukturen jedoch „noch nicht so gefestigt“. Beatrix von Storch (AfD) kritisierte, dass mit dem Bundestagsbeschluss nur ein Betätigungsverbot angestrebt werde. Die AfD wolle dagegen ein Vereins- oder Organisationsverbot. Wer die Moscheevereine der Hisbollah nicht antasten wolle, betriebe „reine Symbolpolitik“. Benjamin Strasser (FDP) wertete den Beschluss ein „starkes Zeichen“ für „Juden in Deutschland, für Israel, aber auch für Europa“. Dabei habe man „weiterhin das Ziel einer europaweiten Listung der Hisbollah als terroristische Organisation“. Andrej Hunko (Linke) betonte, in dem Drei-Fraktionen-Antrag werde darauf verwiesen, dass die Hisbollah im libanesischen Parlament vertreten und aktuell Teil der dortigen Regierung sei. Es sei aber ungeklärt, was es bedeute, „wenn die Hisbollah auf die EU-Terrorliste kommt“. Irene Mihalic (Grüne) begrüßte das Betätigungsverbot. Sie kritisierte zugleich, dass in den Drei-Fraktionen-Antrag Maßnahmen gefordert werden, die den Einfluss der Hisbollah in der Region und insbesondere in Syrien zurückdrängen. Dieser Punkt sei ein „Blankoscheck für eine militärische Intervention im Nahen Osten“ und gehe „auf gar keinen Fall“. *Helmut Stoltenberg*

Zank um Extremistendatei

INNERES II AfD-Vorlagen zu Terrorbekämpfung abgelehnt

Die AfD-Fraktion ist vergangene Woche im Bundestag mit einem Gesetzentwurf „zum Verlust der deutschen Staatsbürgerschaft bei Eintritt in eine terroristische Organisation“ (19/11127) ebenso gescheitert wie mit einem Vorstoß zur Änderung des Strafgesetzbuches (19/9234). Während nach der ersten Vorlage ein Deutscher bei Beteiligung an einer Terrororganisation die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren sollte, sofern er eine weitere hatte, ging es beim zweiten Gesetzentwurf um die Strafbarkeit des Versuchs der Unterstützung terroristischer Vereinigungen.

Zugleich befasste sich das Parlament erstmals mit einem weiteren Gesetzentwurf der AfD (19/16052), um die Links-extremismus-Datei-Gesetz „auf den Links-extremismus sowie auf den religiösen Ex-

trémismus“ ausgeweitet werden soll. Auch damit könne man „etwas für die Terrorbekämpfung tun“, warb Roman Johannes Reusch (AfD) für die Vorlage, die bei den anderen Fraktionen indes ebenfalls auf Ablehnung stieß. Marian Wendt (CDU) wertete sie als juristisch nicht haltbar. Uli Grötsch (SPD) verwies auf die bestehende Antiterrordatei zur Speicherung von Daten islamistischer Terroristen. Jürgen Martens (FDP) nannte die AfD-Vorschläge zur Terrorbekämpfung „untauglich“. Friedrich Straetmanns (Linke) sagte, am Ende eines von rechtsextremen Gewalttaten geprägten Jahres komme die AfD mit einem Gesetzentwurf, der sich „den Linksextremismus vorknöpfen“ solle. Canan Bayram (Grüne) sagte, mit der Vorlage solle die Rechts-extremismus-Datei geschwächt werden. *sto*

Keine neue Kommission

INNERES III Streit um föderale Sicherheitsstrukturen

Mit 506 zu 139 Stimmen bei drei Enthaltungen hat der Bundestag vergangene Woche einen FDP-Antrag (19/7424) auf Einsetzung einer „Föderalismuskommission III“ zur Reform der föderalen Sicherheitsarchitektur in Deutschland abgelehnt. Der Vorlage zufolge sollten Bundestag und Bundesrat dazu eine gemeinsame Kommission einsetzen mit je 16 Mitgliedern und je 16 stellvertretenden Mitgliedern.

Benjamin Strasser (FDP) betonte in der Debatte, dass „mit einem System mit 40 Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern“ der Terrorismus in Deutschland nicht wirksam bekämpft werden könne. Benötigt würden „weniger Behörden, die mehr Sicherheit organisieren“.

Armin Schuster (CDU) sagte, auch er wünsche sich eine Reform der Sicherheitsarchitektur in einigen Punkten. Im Bundestag dafür eine Mehrheit zu finden, sei nicht schwer, doch sehe das in den Ländern anders aus. Er habe auch von den zuständigen FDP-Landesministern nie gehört, dass sie etwa die Zentralstellenfunktion des Bundeskriminalamtes und des Bundesamtes für Verfassungsschutz stärken wollen. Aus Sicht von Uli Grötsch (SPD) braucht es keine Reform der deutschen Sicherheitsarchitektur. „Sie ist gut, muss aber weiterentwickelt und gestärkt werden, was in den

vergangenen Jahren auch ganz ausführlich getan wurde“, befand er. Niemand außer der FDP wolle eine dritte Föderalismuskommission. Ehe diese Ergebnisse zeigen könnte, würden Jahre vergehen.

Christian Wirth (AfD) kritisierte, bis heute zeige die Bundesregierung keinen geeigneten Handlungsansatz, die stetig steigenden Gefahren durch islamistische Gefährder, und damit den Terrorismus, präventiv zu bekämpfen. Die Verteilung der Zuständigkeit in der Terrorabwehr ist aus seiner Sicht reformbedürftig. Terrorabwehr, Clan-Kriminalität und Abschiebungen gehörten in die Hände des Bundes.

André Hahn (Linke) sagte mit Blick auf die Aufarbeitung des Terroranschlags am Berliner Breitscheidplatz, wenn Behörden aus vorhandenen Informationen die falschen Schlüsse zögen oder das BKA den Fall nicht an sich ziehe, obwohl das geboten gewesen wäre, habe man es nicht mit den Problemen der föderalen Struktur zu tun, sondern mit Mängeln beim Gesetzesvollzug. Irene Mihalic (Grüne) betonte, der Schlüssel zu einer verbesserten Sicherheitsarchitektur liege darin, „die föderale Zusammenarbeit der Behörden von Grund auf neu miteinander abzustimmen“. Es gelte, die ineffektive Kleinstaaterei zu überwinden. *Götz Hausding*

Personalnot und Pannen

FALL AMRI Untersuchungsausschuss hört Zeugen aus dem Berliner Landeskriminalamt

Der Abend vor drei Jahren hat sich dem Zeugen ins Gedächtnis eingebrannt: „Ich war wie erstarrt und habe mir die Frage gestellt: Was ist falsch gelaufen? Ich will nicht verhehlen, dass ich in dem Moment persönliche Verantwortung gespürt habe.“ Dass ein Mann, den er als Straftäter und Gefährder kannte, mit einem Lastwagen in einen Weihnachtsmarkt gerast war, rechnete sich der Polizeioberarzt Youssef E.-S. auch als eigenes Versagen an.

Der heute 45-Jährige war von Dezember 2012 bis Juli 2016 im Berliner Landeskriminalamt (LKA) Vizechef des für radikali-

slamischen Terrorismus zuständigen Dezernats LKA 54, wo er zugleich die Auswertungsguppe leitete. Der Name des späteren Breitscheidplatz-Attentäters Anis Amri kam ihm, wie er vergangene Woche dem 1. Untersuchungsausschuss berichtete, erstmals Anfang Januar 2016 aus Nordrhein-Westfalen zu Ohren. Seit dem 18. Februar hatte er dann öfters mit dem Mann zu tun.

Ominöses Datum Dieser 18. Februar 2016 ist ein ominöses Datum in der Vorgeschichte des Anschlags auf dem Breitscheidplatz, zugleich Anlass einer nachhaltigen Verstimmung zwischen zwei Landeskriminalämtern. Am Morgen erreichte die Berliner eine telefonische Mitteilung aus Düsseldorf, dass Amri auf dem Weg in die Hauptstadt sei, verbunden mit der Bitte, ihn dort im Auge zu behalten.

Auf die Schnelle habe sich aber keine Observationseinheit aufreiben lassen. Aus Sorge, den als Gefährder markierten Amri im Weltstadtschlingel aus dem Blick zu verlieren, sei deshalb beschlossen worden, ihn notfalls bei der Ankunft auf dem Busbahnhof aufzugreifen und zu kontrollieren. Dies sei um 12.05 Uhr geschehen. Um 12.52 Uhr sei ein weiterer Anruf aus Düsseldorf gekommen mit der Bitte, um Himmelswillen nicht an Amri heranzutreten: „Ich konnte nur noch mitteilen: Ist bereits passiert.“

Mitte November hatte der Ausschuss einen Kriminalhauptkommissar aus dem Düsseldorfer LKA gehört, der mit den Berliner Kollegen recht ungnädig ins Gericht gegangen war und auch die Panne auf dem Busbahnhof erwähnt hatte. Die Düsseldorfer fürchteten um die Sicherheit eines V-Manes, dem Amri als einzigem von seinem

Reiseplan erzählt hatte. Im Gemeinsamen Terrorismus-Abwehrzentrum (GTAZ) der deutschen Sicherheitsbehörden war zudem am Vortag, dem 17. Februar, sehr klar verabredet worden, Amri verdeckt zu beschatten. Ein Vertreter des Berliner LKA war anwesend, gab die Information aber offenbar nicht weiter.

Personalnot und Kommunikationspannen – wie ein Brennglas bündelt der Vorfall vom 18. Februar 2016 die Probleme der Behörden im Umgang mit dem späteren Attentäter. In seinem damaligen Zuständigkeitsbereich, klagte E.-S., habe sich das Arbeitsaufkommen zwischen 2011 und 2016 mehr als verdreifacht, am Personalbestand aber nichts verändert: „Ich habe immer gesagt: Kümmert euch nicht, wir machen draußen die Arbeit.“ Nach dem Anschlag habe er einsehen müssen: „Anscheinend nicht gut genug.“ *Winfried Dolderer*

Bleibende Aufgabe

GEDENKEN Schäuble erinnert an Anschlagsoffer



Bundestagspräsident Schäuble

Drei Jahre nach dem Terroranschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz hat Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) an die Opfer des Attentats erinnert, bei dem zwölf Menschen ihr Leben verloren und viele verletzt wurden. „All diese Opfer sind nicht vergessen“, sagte Schäuble am vergangenen Donnerstag, dem dritten Jahrestag des Anschlags, zu Beginn der Plenarsitzung des Bundestages. Die Tat hinterlasse tiefe Wunden, betonte der Parlamentspräsident: Trauer bei den Hinterbliebenen, Schmerzen und Traumata bei den Betroffenen und eine „bleibende

Verletzung in unserer Gesellschaft“. Trotz aller Anstrengungen könne der Staat nie 100-prozentige Sicherheit garantieren, „Aber wir tun in Deutschland alles, um die Freiheit jedes Einzelnen zu schützen“.

Schäuble verwies zugleich darauf, dass das Verbrechen vom Breitscheidplatz im Bundestag Gegenstand parlamentarischer Untersuchungen sei: „Verantwortlichkeiten werden geklärt, und wir ziehen Schlussfolgerungen, um dem Terrorismus wirksamer entgegenzutreten zu können“. Schwachstellen bei der Zusammenarbeit der Behörden würden identifiziert, debattiert und beseitigt. „Polizei und Nachrichtendienste brauchen unsere Unterstützung“, fügte der Bundestagspräsident hinzu. Vor allem aber brauchten die Opfer der Anschläge „unser Mitgefühl, die Anerkennung ihres nicht wiedergutzumachenden Leids“. Dies sei eine „bleibende Aufgabe“. *sto*



Streit über Kampfdrohnen

VERTEIDIGUNG Seit Jahren wird im Bundestag über die Beschaffung sogenannter Kampfdrohnen für die Bundeswehr gestritten. Zuletzt hatte sich Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) während ihres Truppenbesuchs in Afghanistan für bewaffnete Drohnen ausgesprochen. Da sich Union und SPD in dieser Frage jedoch nicht einig sind, wurde eine Entscheidung immer wieder vertagt. Während die Union für die Beschaffung ist, lehnt dies die SPD bislang ab. Im Koalitionsvertrag hatten sie sich lediglich darauf geeinigt, dass der Bundestag über diese Frage „nach ausführlicher völkerrechtlicher, verfassungsrechtlicher und ethischer Würdigung“ entscheiden werde.

Nachdem der Haushaltsausschuss im Sommer 2018 die nötigen Mittel freigegeben hatte, schloss das Verteidigungsministerium einen Leasingvertrag mit Airbus für fünf Drohnen des Typs „Heron TP“ des Herstellers Israel Aerospace Industries ab, die Waffen tragen können. Sie sollen die ebenfalls geleaste „Heron 1“ ablösen, die die Bundeswehr in Afghanistan und in Mali zur Aufklärung einsetzt. Langfristig will Deutschland mit Frankreich, Italien und Spanien die sogenannte „Eurodrohne“ entwickeln, die ebenfalls bewaffnungsfähig sein soll.

Am vergangenen Freitag debattierte der Bundestag erneut über das umstrittene Thema in Form dreier Oppositionsanträge. Während die AfD-Fraktion (19/13527) und die FDP-Fraktion (19/15675) dafür plädieren, dass die Bundeswehr mit bewaffneten Drohnen ausgestattet wird, lehnen dies die Linken (19/16041) kategorisch ab und fordern eine internationale Ächtung solcher Waffensysteme. Auch Bündnis 90/Die Grünen sind gegen eine Bewaffnung von Drohnen. Am Ende wurden alle drei Anträge in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Abgeschlossen ist die Debatte über die Kampfdrohnen damit aber nicht.

Alexander Weinlein |

Linke will mehr Elterngeld

FAMILIE Die Linksfraktion fordert eine Erhöhung des Mindestbetrags beim Elterngeld von derzeit 300 auf 400 Euro und beim Elterngeld-Plus von 150 auf 200 Euro. Zudem sollen die Höhe der Mindestbeträge an den allgemeinen Verbraucherindex gekoppelt und das Elterngeld nicht mehr an Transferleistungen wie Hartz IV angerechnet werden. Über den entsprechenden Antrag (19/15799) debattierte der Bundestag erstmalig in der vergangenen Woche und überwies ihn zur weiteren Beratung in die Ausschüsse.

Abgelehnt wurde gemäß einer Beschlussempfehlung des Familienausschusses (19/6648) ein Antrag der FDP-Fraktion (19/5072), die eine durchgehende Digitalisierung des Antragsverfahrens beim Elterngeld fordert sowie eine Flexibilisierung der Arbeitszeitkorridore beim Partnerschaftsbonus von 25 auf 30 Wochenstunden.

Die Koalitionsfraktionen verwiesen in der Debatte darauf, dass der Bund inzwischen rund 7,3 Milliarden Euro für das Elterngeld aufbringt. Die Leistung habe sich zu einem Erfolgsmodell entwickelt. Eine Reform des Elterngeldes sei geplant. Die Oppositionsfraktionen monierten, dass der von Familienministerin Franziska Giffey (SPD) angekündigte Gesetzentwurf zur Reform noch immer nicht vorliege.

aw |



Die geplanten Änderungen zielen vor allem auf eine Entlastung der pflegenden Angehörigen. Sie tragen die Hauptlast der Versorgung und sind oft psychisch wie physisch schwer belastet.

© picture-alliance/dpa

Hilfe in der Krise

PFLEGE Angehörige brauchen mehr Unterstützung und regelmäßige Entlastung

Es sind oft dramatische Situationen, wenn in Familien ganz kurzfristig eine Pflege organisiert werden muss. Die Gründe können sehr unterschiedlich sein. Manchmal brauchen Patienten nach einem Aufenthalt im Krankenhaus oder einem Unfall für eine Übergangszeit professionelle Betreuung, bis sie wieder fit genug sind, um ihr Leben eigenständig zu organisieren. Es kommt aber auch vor, dass pflegende Angehörige mit ihrer Aufgabe schlicht überlastet sind und dringend eine Auszeit benötigen. In anderen Fällen kann es sein, dass sich der Gesundheitszustand eines betreuten Angehörigen plötzlich drastisch verschlechtert und die Versorgung neu strukturiert werden muss. In solchen Krisen kommt der sogenannten Kurzzeitpflege eine Schlüsselrolle zu. Mit dieser Leistung der Pflegeversicherung soll die in Akutfällen nötige Überbrückung gesichert werden.

»Der Antrag ist ein klares Signal, dass wir Kurzzeitpflege ernst nehmen.«

Roy Kühne (CDU)

Zuschüsse Die Kurzzeitpflege ist auf maximal acht Wochen im Jahr beschränkt und wird pauschal mit 1.612 Euro bezuschusst. Kombiniert mit der Verhinderungspflege für die ein Pauschalbetrag in derselben Höhe pro Jahr zuerkannt wird, kann der Zuschuss auf 3.224 Euro verdoppelt werden. Anders als die Verhinderungspflege wird die Kurzzeitpflege in einer Pflegeeinrichtung, etwa einem Pflegeheim oder in

speziellen Kurzzeitpflegeeinrichtungen organisiert, sie kann also nicht zu Hause erbracht werden. Anspruch auf Kurzzeitpflege haben Betroffene mit den Pflegegraden 2 bis 5. Auch Patienten, die durch eine Krankheit oder einen Unfall pflegebedürftig geworden sind, können Kurzzeitpflege beantragen. Seit 2016 besteht ein Anspruch auf Kurzzeitpflege auch als Leistung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Falls die ambulante Versorgung in Form von häuslicher Krankenpflege oder Haushaltshilfe nicht reicht, kann eine Kurzzeitpflege über die GKV in Anspruch genommen werden.

Plätze fehlen Soweit die Theorie. In der Praxis gestaltet sich die Kurzzeitpflege problematisch, weil es an geeigneten Einrichtungen zur Betreuung der Pflegefälle mangelt. So stellen die Fraktionen von Union und SPD in einem Antrag (19/16045), der vergangene Woche erstmals beraten wurde, fest, dass der Ausbau von Kurzzeitpflegeplätzen stagniere. Die Leistungserbringer beklagten mangelnde Wirtschaftlichkeit und Schwierigkeiten bei der Refinanzierung bedarfsgerechter Angebote.

Die Koalitionsfraktionen fordern in dem Antrag, den Sicherstellungsauftrag so zu konkretisieren, dass die Versorgungsstrukturen für die Kurzzeitpflege ausgebaut und nachhaltig gewährleistet werden können. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Stär-

kung der Kurzzeitpflege müsse durch eine wirtschaftlich tragfähige Vergütung umgesetzt werden. Die Vergütungsvereinbarungen müssten unter anderem die kurze Verweildauer, die stark schwankende Nachfrage sowie die heterogenen Pflege-, Betreuungs- und Behandlungserfordernisse berücksichtigen. Der Bund müsse zudem auf die Länder einwirken, ihrem gesetzlichen Auftrag nachzukommen und den Ausbau der Angebote stärker zu fördern. Ferner sollte ein flexibel nutzbares jährliches Entlastungsbudget geschaffen werden, um Angehörige besser zu unterstützen.

Große Dringlichkeit In der Beratung erkannten Sprecher aller Fraktionen die Dringlichkeit dieses Themas an und forderten eine rasche und wirksame Entlastung der pflegenden Angehörigen. Lothar Riebsamen (CDU) sagte, eine gute Pflege sei von zentraler Bedeutung in einer alternden Gesellschaft. Entsprechend seien die Pflegeleistungen schon ausgeweitet worden, auch zugunsten der pflegenden Angehörigen. In der Kurzzeitpflege gehe es nun darum, das Leistungsversprechen mit Pflegeplätzen konkret zu erfüllen.

Auch Heike Baehrens (SPD) stellte fest, alle gesetzlichen Verbesserungen liefen ins Leere, wenn es keine passenden Angebote gebe. Bundesweit sinke die Zahl der Angebote für die Kurzzeitpflege, daher müssten die Rahmenbedingungen geändert werden. Die Länder seien zu einer Investitions offensive aufgefordert, um die Kurzzeitpflege zu unterstützen. Die Bündelung der Leistungen für Kurzzeit- und Verhinderungspflege sowie dem gewährten Entlastungsbetrag sollte mehr Flexibilität bringen.

STICHWORT

Regelungen zur Kurzzeitpflege

> Leistung I Anspruch auf Kurzzeitpflege haben Pflegebedürftige mit Pflegegrad 2-5 sowie Patienten ohne Pflegegrad, die durch Krankheit oder Unfall pflegebedürftig werden.

> Leistung II Patienten mit Pflegegrad 1 können den Entlastungsbetrag von 125 Euro pro Monat für Leistungen der Kurzzeitpflege einsetzen.

> Kombination Die Kurzzeitpflege ist auf acht Wochen im Jahr begrenzt. Kurzzeitpflege kann mit der Verhinderungspflege kombiniert werden. So lässt sich das pauschale Budget von 1.612 Euro pro Jahr auf 3.224 Euro verdoppeln.

Quelle: Bundesgesundheitsministerium

sungen. Die vielen pflegenden Angehörigen müssten besser entlastet werden.

Robby Schlund (AfD) sagte, gerade vor Weihnachten gelte es, den 2,6 Millionen Menschen zu danken, die bis zur Selbstaufgabe ihre Angehörigen pflegten und oft keine Minute mehr für sich selbst übrig hätten. Er bezweifelte, dass die Kommunen den geforderten zusätzlichen Aufwand stemmen könnten.

Grüne und Linke kritisierten, dass trotz der Dringlichkeit ein Antrag statt eines Gesetzentwurfs vorgelegt werde. Harald Weinberg (Linke) sprach von einem umständlichen Verfahren. Kordula Schulz-Asche (Grüne) merkte an, es wäre besser gewesen, gleich einen Gesetzentwurf vorzulegen, denn die Angehörigen müssen schnell entlastet werden. Weinberg rügte, der Antrag der Koalitionsfraktionen bleibe sehr vage. So fehlten Aussagen zum Zeitplan, zu den konkreten Zielvorgaben und zur Finanzierung. Offenbar sei der Problemdruck so außerordentlich groß geworden, dass die Koalition nun habe reagieren müssen.

Schulz-Asche warnte vor einer sich weiter zuspitzenden Lage in der Pflegeversorgung. Die pflegenden Angehörigen dürften nicht länger alleingelassen werden. Angehörige arbeiteten Woche für Woche und seien teilweise völlig überlastet. Sie bräuchten mehr Unterstützung und Auszeiten. Kurzzeitpflege werde oft nicht in Anspruch genommen, weil es zu wenig Plätze gebe und das Angebot auch nicht ausreichend bekannt sei. Roy Kühne (CDU) versprach, der Antrag sei „ein klares Signal, dass wir Kurzzeitpflege ernst nehmen“. Das, was zuletzt nicht funktioniert habe, solle nun besser gemacht werden.

Claus Peter Kosfeld |

Anzeige

KURZ NOTIERT

Europaweite Regelungen für Medizinprodukte

Das Medizinprodukterecht wird an EU-Vorgaben angepasst. Dazu hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf (19/15620) vorgelegt, über den der Bundestag vergangene Woche erstmals beraten hat. Das Gesetz dient vor allem der technischen Anpassung an EU-Verordnungen. Ziele der Reform sind die Gewährleistung eines reibungslos funktionierenden Binnenmarktes für Medizinprodukte sowie hohe Standards für Qualität und Sicherheit von Medizinprodukten.

pk |

Bundestag lehnt Auflösung von Bundesbehörde Zitits ab

Mit den Stimmen der Koalition sowie der AfD- und der FDP-Fraktion hat der Bundestag vergangene Woche einen Antrag der Linken (19/8270) abgelehnt, die Bundesbehörde „Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich“ (Zitits) aufzulösen. Die Linke hatte argumentiert, dass Zitits die Datensicherheit und Grundrechte aller Bürger gefährde. Aufgabe der Behörde sei es, „staatliches Hacking durch technische Fähigkeiten zu unterstützen“.

sto |

»Gut's Nächtle«

BERATERAFFÄRE Ausschuss fahndet nach dem Diensthandy der Ex-Ministerin

Ein Weihnachtslied ließen Sänger und Bläser vergangene Woche im Paul-Löbe-Haus des Bundestages erklingen. In einem der seitlichen Ausschüssäle ging es hinter tondicht verschlossenen Türen weniger weihnachtlich zu: Ein Kurznachrichten-Chat zwischen der damaligen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) und dem Abgeordneten Tobias Lindner (Grüne) vom November 2018 sorgte für Zündstoff im Untersuchungsausschuss des Verteidigungsausschusses, der sich mit der Vergabe von Beraterverträgen im Bereich des Verteidigungsministeriums befasst.

Vom Handy der Ministerin aus wird Lindner um 3.25 Uhr ein „Gut's Nächtle“ gewünscht. Inhaltlich tangiert der Chat den Untersuchungsgegenstand des Ausschusses. Die Abgeordneten folgerten, es liege nahe, die SMS- oder Messenger-Aufzeichnungen auf dem Gerät der Ministerin nach Beweismaterial zu durchforsten. Lindner, selbst Mitglied im Ausschuss, hat nach Angaben von Teilnehmern in nichtöffentlicher Sitzung angeboten, als Zeuge die Abschrift des Kurznachrichten-Chats in die Untersuchungen einzubringen. Dies sei von den AfD-Mitgliedern im Gremium abgeblockt worden. Schon zu Beginn der Beratungen hinter verschlossenen Türen hatte es im Zusammenhang mit dem Handy der Ministerin einen Paukenschlag gegeben. Der

Inhalt sei nämlich gelöscht worden, teilte das Verteidigungsministerium mit. Von der Leyen habe das Gerät beim Ausscheiden aus dem Amt Mitte 2018 abgegeben. Es sei im August gefunden worden. Allerdings habe die PIN nicht zur Verfügung gestanden. „Erst war es weg, dann tauchte es auf, jetzt ist es gelöscht“, beschrieb ein Abgeordneter die Situation, mit der er sich nicht abfinden will. Zudem ging es um das Handy von Björn Seibert. Er arbeitete bis vor kurzem als Chef des Leitungsstabs im Verteidigungsministerium und wechselte dann in das Team der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen. Seiberts Dienstgerät im Ministerium befinde sich auf dem Postweg von Brüssel nach Berlin, hieß es.

Weggefährte In öffentlicher Sitzung wurde als Zeuge ein langjähriger politischer Weggefährte von der Leyens befragt: Ralf Brauksiepe (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär seit 2009, erst im Ministerium für Arbeit und Soziales, von 2013 bis 2017 im Verteidigungsministerium. Seine Aussagen kreisten um die von der damaligen Rüstungsstaatssekretärin Katrin Suder beabsichtigte Privatisierung der bundeseigenen HIL GmbH: die Heeres-Instandsetzungs-Logistik mit drei großen Werken in St. Wendel, Darmstadt und Doberlug-Kirchhain. Die gesamte Leitung des Ministeri-

ums habe das Projekt mitgetragen, versicherte Brauksiepe. Bei den Beschäftigten habe es verständliche Akzeptanzprobleme gegeben. „Mit Gewerkschaften und Betriebsräten kennen Sie sich doch gut aus“, habe ihm die Ministerin gesagt und ihm deshalb den Auftrag gegeben, bei der Arbeitnehmerschaft den Weg in die Privatisierung zu ebnen.

Zur Sprache kam dabei erneut die von früheren Zeugen geschilderte Episode, dass der seinerzeitige HIL-Geschäftsführer Gerd K. 2016 eine Reise von zwei Arbeitnehmervertretern aus dem Aufsichtsrat zu einem Termin mit Brauksiepe habe behindern wollen. Bei dem Gespräch, das doch zustande kam, hätten die beiden auf von ihnen empfundene Verstöße bei der Vergabe eines Beratervertrags zur Begleitung der Privatisierung hingewiesen. Die Kanzlei HL sei die teuerste gewesen, habe aber trotzdem den Auftrag bekommen. Der Verkauf der Werke wurde von der neuen Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) endgültig abgeblasen.

Franz Ludwig Averdunk |

70 Jahre Föderalismus in der BRD



Jahrbuch des Föderalismus 2019

Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa
Herausgegeben vom Europäischen Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen (EZFF)
2019, 455 S., geb., 98,- €
ISBN 978-3-8487-6007-7
nomos-shop.de/42207

Neun Beiträge gelten dem aktuellen Schwerpunktthema „70 Jahre Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland“; weitere 21 Beiträge verteilen sich auf folgende Rubriken: Themen der Forschung, Beiträge zum deutschen Föderalismus, europäische und außereuropäische Länderberichte, regionale und kommunale Kooperation sowie EU/Europäische Integration.

Nomos eLibrary nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Nomos

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Vom demographischen Wandel bis zur Wirtschaftslage, von Mobilitätsfragen bis hin zu Digitalisierung und Klimaschutz: In kaum einem anderen Politikfeld spiegeln sich gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Trends so unmittelbar wider wie in der Wohnungs- und Baupolitik. Oder, wie es der SPD-Bauexperte Bernhard Daldrup formuliert: Herausforderungen seien „wie in einem Brennglas“ zuerst in den Städten und Gemeinden erkennbar und erfahrbar. „Die Kommunen sind sozusagen Seismografen des Wandels.“ Daldrup nutzte das Bild in der Debatte in der vergangenen Woche, um auf die Bedeutung von Städtebauförderung hinzuweisen, eine nach seiner Meinung 50-jährige Erfolgsgeschichte der Sozialdemokratie. Der Bereich soll mit programmatischer Neuausrichtung fortgeschrieben werden.

Der Brennglas-Effekt verdeutlicht jedoch auch zumindest teilweise, warum es in Debatten über Bau- und Wohnungspolitik stets gleich um das Ganze geht, um die Grundüberzeugungen von Fraktionen – egal, welche Vorlagen der Aussprache konkret zu Grunde liegen. So war es auch am vergangenen Donnerstag, als sich die Fraktionen im Bundestag über verschiedene Anträge zur Neuausrichtung der Städtebaupolitik sowie der Boden- und Baupolitik austauschten.

Zum Auftakt sagte die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Katrin Göring-Eckardt, man müsse die Heimat vor einem Ausverkauf bewahren. Vor allem in den großen Städten explodierten die Preise. Maßnahmen wie die Mietpreisbremse wirkten nicht ausreichend. Die Situation sei inzwischen so, dass Arbeitsplätze im Zentrum zugunsten von solchen am Stadtrand aufgegeben werden und der Handel leide. Es stelle sich die Frage, wem die Stadt und der öffentliche Raum gehören – und damit gehe es um mehr als nur um Mieten. Heimat dürfe kein Spekulationsobjekt sein, so Göring-Eckardt.

Für die FDP-Fraktion indes enthielten die Anträge aus der Grünen-Fraktion zu viele Regelungen für zu viele Bereiche. Städtebauförderung dürfe nicht die kommunale Selbstverwaltung aushöhlen, sagte der FDP-Abgeordnete Hagen Reinhold. Sie sei ohnehin in den vergangenen Jahren mit immer mehr Aufgaben und Aspekten aufgeladen worden. Alles würde zur Staatsaufgabe werden, das könne nicht die Lösung sein, sagte Reinhold und appellierte an die Eigenverantwortung von Kommunen. Mit Blick auf einen Antrag der Linken erneuerte er den Grundgedanken seiner Fraktion, Private als Investoren zu stärken. Die Linken sahen das freilich anders. Caren Lay verwies auf ihrer Ansicht nach explodierende Bodenpreise. Staatliche Vorschriften als Kostentreiber seien folglich nur eine Nebendeckelung, von Regierungsseite werde allerdings nichts gegen die Spekulation unternommen. Bauland gehöre in Gemeinschaftshand, untermauerte Lay einen entsprechenden Antrag ihrer Fraktion. Für den Bund müsse gelten „ankaufend statt verschelbend“, Interessen der Kommunen müssten vor denen von Spekulanten stehen. Man brauche nicht nur einen Miet-, sondern auch einen Bodenpreisdeckel.

Im Brennglas

BAUPOLITIK Ein Schlagabtausch über Städtebauförderung und Bodenpolitik wird zur Grundsatzdebatte



Eines der großen innerstädtischen Baugebiete: Das Überseequartier in der Hamburger Hafen-City.

© picture-alliance/dpa

Emmi Zeulner (CSU) hielt der Opposition eine Bilanz der bisherigen Regierungspolitik entgegen – von der steuerlichen Begünstigung für den Mietwohnungsbau über eine Wohngelderhöhung bis hin zu Neuerungen beim Bundesbahnvermögen und der Immobilienverwaltung des Bundes. Die Städtebauförderung sei ein wesentliches Instrument für Städte und ländliche Räume gleichermaßen. Kern der Fortschreibung sei Flexibilität innerhalb des Systems – ein besonderer Wunsch der Kommunen – mit einem gesetzten Rahmen und Entscheidungsmöglichkeiten vor Ort, so Zeulner. Der Antrag der FDP laufe diesem Prinzip zuwider. Ihr SPD-Kollege Daldrup erklärte zu den strukturellen und inhaltlichen Neuerungen der Städtebaupolitik, es handle sich um

konkrete Weiterentwicklungen in Abstimmung mit vielen Akteuren. Er wies darauf hin, dass die Mittel für die Städtebauförderung in dieser Legislaturperiode ein Rekordniveau erreicht hätten. Daldrup kündigte zudem eine Novelle des Baugesetzbuchs im ersten Halbjahr 2020 an und forderte die anderen Abgeordneten zum Dialog auf.

Misshandlung Für die AfD-Fraktion bezeichnete Marc Bernhard Instrumente wie einen Miet- und Bodenpreisdeckel hingegen als „sozialistische Quacksalberei“. Wohnungen und Grundstücke seien begrenzt, jeder Quadratmeter könne nur ein Mal bebaut werden. Es gebe schon jetzt kaum mehr Reserven in Städten. Er führte die Preissteigerungen auf ein Misshandlung

zwischen Angebot und Nachfrage zurück und landete schließlich bei der erklärten Überzeugung seiner Fraktion, dass an den Zuständen maßgeblich die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung schuld sei. Im Anschluss an die Debatte lehnten die Abgeordneten vier Oppositionsanträge zur Städtebaupolitik ab (19/9930, 19/13071, 19/6499, 19/11147). Ein Antrag der Grünen mit dem Titel „Spekulation den Boden entziehen, soziale Mischung in unseren Städten erhalten und Baurecht nachhaltig ausrichten“ (19/16047) und ein Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Bauland in Gemeinschaftshand – Bodenpreissteigerungen bekämpfen“ (19/16043) wurden zur weiteren Beratung an den Bauausschuss überwiesen. Kristina Pezzer

Nachgeschärfte Regeln

MIETEN I Preisbremse soll in die Verlängerung gehen

Die Verlängerung und Schärfung der Mietpreisbremse ist Gegenstand eines Gesetzentwurfs der Bundesregierung, der zusammen mit einem Antrag der Grünen in der vergangenen Woche im Plenum diskutiert wurde. Beide Vorlagen wurden anschließend in den Rechtsausschuss überwiesen. Mit dem Gesetzentwurf „zur Verlängerung und Verbesserung der Regelungen über die zulässige Miethöhe bei Mietbeginn“ (19/15824) soll es den Ländern ermöglicht werden, ein Gebiet mit einem angespannten Wohnungsmarkt erneut durch eine Rechtsverordnung zu bestimmen, die wie bisher fünf Jahre gelten soll. Zudem soll der Anspruch des Mieters gegen den Vermieter auf Rückzahlung zu viel gezahlter Miete auf 30 Monate erweitert werden.

Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesjustizministerium, Rita Hagl-Kehl (SPD), verwies darauf, dass die 2015 eingeführte Mietpreisbremse den Mietanstieg durchaus verlangsamt habe. Die Ausgangslage habe sich bislang aber nicht grundlegend geändert, was für eine Verlängerung spreche. Redner der Koalitionsfraktionen verteidigten die Vorlage gegen Kritik der Opposition. Linke und Grüne wiesen den Entwurf als unzureichend zurück. Der Antrag der Grünen zur Einführung einer „robusten Mietpreisbremse“ (19/15122), will das Instrument dauerhaft in das Mietrecht integrieren und dessen Geltung auf mindestens zehn Jahre ausweiten. AfD und FDP halten eine Mietpreisbremse generell für nicht zielführend, um die Situation auf dem Mietwohnungsmarkt zu entspannen. mwo

Längere Betrachtung

MIETEN II Neuregelung zur ortsüblichen Vergleichsmiete

Der Bundestag hat ein weiteres Instrument zur Dämpfung des Mietanstiegs beschlossen. Mit der Mehrheit der Koalition nahm das Parlament in der vergangenen Woche einen Gesetzentwurf der Bundesregierung an, mit dem der Betrachtungszeitraum bei der ortsüblichen Vergleichsmiete verlängert wird (19/14245). Dagegen stimmten AfD, FDP und Grüne, die Linke enthielt sich. Die ortsübliche Vergleichsmiete ist die Grundlage des Mietspiegels, der als Maßstab für Mieterhöhungen im Bestand und für die zulässige Neuvertragsmiete im Geltungsbereich der Mietpreisbremse dient. Künftig soll der Berechnung ein von vier auf sechs Jahre verlängerter Berechnungszeitraum zugrunde liegen. Bislang wird die ortsübliche Vergleichsmiete aus den Entgelten, die in einer Gemeinde für ver-

gleichbaren Wohnraum in den letzten vier Jahren vereinbart oder geändert worden sind, gebildet. Durch die Ausweitung des Betrachtungszeitraums auf sechs Jahre werden dem Entwurf zufolge mehr Mietverhältnisse in die ortsübliche Vergleichsmiete einbezogen, und kurzfristige Änderungen des Mietpreinsniveaus würden sich geringer auf die Vergleichsmiete auswirken. In Wohnungsmärkten mit kontinuierlich steigenden Angebotsmieten sei dadurch eine Dämpfung des Mietpreisanstiegs zu erwarten. Grüne und Linke hatten Anträge für eine komplette Neuregelung zugunsten der Mieter vorgelegt, die mit großer Mehrheit abgelehnt wurden. Ein Antrag der FDP-Fraktion, die für jahresaktuelle Mietspiegel plädiert, wurde in den Rechtsausschuss überwiesen. mwo

Teilen statt abwälzen

IMMOBILIEN Neuregelung für Maklerkosten bei Kauf

Die Bundesregierung strebt eine Neuaufteilung der Maklerkosten beim Kauf von Wohnungen und Einfamilienhäusern an. Sie hat dazu einen Gesetzentwurf (19/15827) vorgelegt, der in der vergangenen Woche erstmalig im Bundestag beraten und anschließend an den Rechtsausschuss überwiesen wurde. Redner von Union und SPD begründeten den Entwurf mit der Notwendigkeit, über die Senkung der Nebenkosten den Erwerb von Wohneigentum vor allem für junge Familien zu erleichtern. Für Linke und Grüne greift der Entwurf zu kurz, die AfD hält ihn für wirkungslos. Dagegen lobte die FDP ihn als „handfeste Vorlage“. Justiz-Staatssekretärin Rita Hagl-Kehl (SPD) verwies in ihrer Begründung auf den Beschluss des Wohngipfels, bessere Rahmenbedingungen für guten und bezahl-

ten Wohnraum zu schaffen. Die geplanten Änderungen zielen darauf ab, durch bundeseinheitliche Regelungen die Transparenz und Rechtssicherheit bei der Vermittlung von Kaufverträgen über Wohnungen und Einfamilienhäuser zu erhöhen und die Käufer vor der Ausnutzung einer faktischen Zwangslage zu schützen. Die Weitergabe von Maklerkosten soll vor dem Hintergrund, dass in der Regel auch der Käufer von der Tätigkeit eines Maklers profitiert, zwar nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Jedoch soll diese nur noch bis zu einer maximalen Obergrenze von 50 Prozent des insgesamt zu zahlenden Maklerlohns möglich sein. Zuvor hatte der Rechtsausschuss beschlossen, am 27. Januar 2020 eine öffentliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen. mwo

»Personifizierte Bankrotterklärung«

BAU AfD sieht Migration als Grund für Wohnungsnot und erntet breiten Widerspruch

Wohnungsnot und Obdachlosigkeit stellen aus Sicht aller Bundestagsfraktionen ein ernsthaftes Problem dar. Dass aber die AfD die Migration als fast ausschließliche Ursache der Wohnungsnot benennt, stößt Union, SPD, FDP, Linke und Grünen übel auf. Die AfD wolle Flüchtlinge und Obdachlose gegeneinander ausspielen, lautete der Vorwurf mehrerer Redner während der Beratung zweier Anträge in der vergangenen Woche.

Der im Anschluss an die Debatte abgelehnte Antrag (19/7717) der AfD-Fraktion fordert, Unterkünfte für Obdachlose im Bau-recht Flüchtlingsunterkünften gleichzustellen und damit „die Privilegierung der letztgenannten Bauten zu beenden“. In einem an den Bauausschuss überwiesenen Antrag (19/16051) der Fraktion heißt es: „Die Wohnungsnot entsteht fast ausschließlich durch direkte Zuwanderung aus dem Ausland.“ Gefordert wird darin, „die zwangsweise Verteilung von Asylbewerbern an Städte und Gemeinden zu beenden“.

Konkurrenzkampf Derzeit fehlen zwei Millionen Wohnungen in Deutschland, sagte Marc Bernhard (AfD) zu Beginn der Debatte. „Der Konkurrenzkampf um Wohnraum wird schlimmer“, so Bernhard. In den letzten Jahren sei die Bevölkerungszahl in Deutschland durch Zuwanderung um über drei Millionen angestiegen. „Jedes Jahr kommen netto eine halbe Million Neubürger hinzu.“ Viele Städte seien mit



Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe schätzt die Zahl der Obdachlosen in Deutschland auf 48.000.

© picture-alliance/dpa

diesem Zustrom hoffnungslos überfordert, sagte der AfD-Abgeordnete. Der grüne Oberbürgermeister von Tübingen, Boris Palmer, bringe die ganze Absurdität auf den Punkt, wenn er klarstelle, er sei rechtlich verpflichtet für die Flüchtlinge zu bauen, aber nicht dazu, für die länger hier Lebenden eine Wohnung bereitzustellen. Torsten Schweiger (CDU) entgegnete, es werde suggeriert, Migration sei die alleinige Ursache der Wohnungsnot. Aber auch abgesehen davon offenbarten die AfD-Anträge eine „problematische Faktenrecherche“. Sein Fraktionskollege Detlef Seif (CDU) nannte den Versuch, Menschen gegeneinander auszuspielen, die in schwieriger Lage seien und einen bezahlbaren Wohnraum suchten, „schäbig“. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) sagte, auf die Landflucht in manchen Re-

gionen Deutschlands habe die Bundesregierung viel zu spät reagiert. Die Folge sei, dass der Wohnraum in Städten knapper und teuer werde. Das Problem fehlender Wohnungen an Flüchtlingen festzumachen, beweise aber einmal mehr die „intellektuelle Mittelmäßigkeit“ der AfD. Wer solche Anträge kurz vor Weihnachten stelle, definiere sich als „Antichristen für Deutschland“, befand Helge Lindh (SPD). Die AfD sei die personifizierte Bankrotterklärung des christlich-jüdischen Abendlandes. Wer die soziale Frage der Obdachlosigkeit nutze, um das Asylrecht aushebeln zu wollen, schände die christlichen Botschaft, sagte der SPD-Abgeordnete.

Tafelsilber verschelbend „Bei der AfD ist es immer die gleiche Leier: Die Migranten sind schuld“, sagte Caren Lay (Die Linke). Die Anträge offenbarten aber auch, dass die AfD „keine Ahnung von der Geschichte der Wohnungspolitik“ habe. Die Misere habe bereits 1990 mit der Abschaffung der Gemeinnützigkeit begonnen, sagte Lay. Sämtliche Bundesregierungen hätten seitdem das Tafelsilber verschelbend, indem sie Wohnungen privatisiert hätten. Die Wohnungsnot sei also auf Fehler der Politik zurückzuführen, sie sei „nicht die Schuld der Migranten“. Christian Kühn (Grüne) sagte: „Bei Wohnungs- und Obdachlosigkeit geht es um das Grundrecht auf Wohnen.“ Dieses Grundrecht „kein Geschlecht, keine Religion und keine Nationalität“. Es sei unteilbar und stehe allen Menschen in diesem Land zu, „egal wann sie zu uns gekommen sind und egal woher sie gekommen sind“. Weil die AfD dieses Grundrecht infrage stelle, stehe sie mit diesen Anträgen „nicht mit beiden Beinen auf dem Grundgesetz“, befand Kühn. Götz Hausding

Die Last der alten Schulden

KOMMUNEN Der Bundestag diskutiert über die Finanzsituation von Gemeinden

Viele Städte, Gemeinden und Landkreise stöhnen unter einer hohen Schuldenlast. Eigentlich erforderliche Investitionen können deshalb oft nicht gestemmt, kommunale Pflichtaufgaben nur mit Mühe erbracht werden. Allerdings ist die Finanzierung der Kommunen nach der deutschen Verfassungsordnung Sache der Länder. Ob der Bund dennoch bei einer Schuldenerleichterung helfen soll, darüber hat der Bundestag vergangenen Woche kontrovers diskutiert. Anlass war ein Antrag der Fraktion Die Linke „Altschuldenfonds für Kommunen“ (19/14153). Fabio de Masi (Linke) verwies auf einen Investitionsstau von 138 Milliarden Euro bei den Kommunen und Altschulden von mehr als 40 Milliarden Euro. Vor allem in Nordrhein-Westfalen stünden viele strukturschwache Kommunen bereits unter Aufsicht von Sparkommissaren der Landesregierung. „So stirbt unsere Demokratie, weil Menschen vor Ort nichts mehr entscheiden können“, sagte de Masi. Ausdrücklich lobte de Masi den Vorschlag von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD), einen Altschuldenfonds einzurichten, der bis zu 50 Prozent kommunaler Kassenkredite übernimmt.

Dass dies kein Vorschlag der ganzen Koalition ist, machte Christian Haase (CDU) deutlich. Er verwies darauf, dass „die Länder für eine aufgabengemäße Finanzausstattung der Kommunen verantwortlich“ seien. Nordrhein-Westfalen habe bereits 1986 den kommunalen Anteil an den Steuereinnahmen gekürzt, seitdem habe sich die Finanzlage bei vielen Kommunen verschlechtert. Jetzt unter einer schwarz-gelben Landesregierung bessere sich die Lage allmählich. „Wenn wir sagen, Schuld haben alle, nur nicht die CDU, kommen wir nicht zusammen“, ermahnte Bernhard

Daldrup (SPD) daraufhin den Koalitionspartner. Es sei eine Folge des Strukturwandels im Ruhrgebiet, dass dort heute in vielen Kommunen die Sozialausgaben weit über dem westdeutschen Durchschnitt lägen, die Steuereinnahmen dagegen weit darunter. Die Überschuldung beeinträchtige „auch die Lebenschancen in diesen Städten und die Würde dieser Städte“.

Forderungen an Bund und Länder Auch Stefan Schmidt (Grüne) sprach sich für eine Bundesbeteiligung an den kommunalen Altschulden aus, damit künftige Generationen nicht unter den Umbrüchen der Vergangenheit zu leiden hätten. Für die FDP-Fraktion erklärte Ulla Ihen, die kommunale Ebene erwirtschaftet inzwischen hohe Überschüsse und die Kassenkredite sanken auch ohne Bundeshilfe. 2020 würden Länder und Kommunen erstmals mehr Steuern einnehmen als der Bund. Es sei daher an den Ländern, ihre

überschuldeten Kommunen fair auszustatten. Wie dies gehe, zeigten Niedersachsen und Hessen vorbildlich. Bei einem Altschuldenfonds wären „die Kommunen, die sich selbst gehalten haben, die Dummen“, bemerkte Ihen. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) kritisierte, dass viel Geld, das der Bund für kommunale Aufgaben überweise, bei den Landesfinanzministern hängen bleibe. Die FDP fordere daher, dass der Bund für Kommunen bestimmtes Geld direkt an diese überweisen kann. Stefan Keuter (AfD) identifizierte „zu viele Sozialleistungsempfänger“ als einen der Gründe für die Überschuldung mancher Kommunen. Dies sei auch eine Folge „ungezügelter Migration“. In vielen Fällen sei die Überschuldung allerdings auch selbstverschuldet. Man dürfe „keine Kommunen belohnen, die Misswirtschaft betrieben haben“, bemerkte Keuter zu der Forderung nach einem Altschuldenfonds.

In der Debatte ging es auch um ostdeutsche Wohnungsunternehmen, die mit Leerstand zu kämpfen haben und obendrein noch Altschulden aus der DDR mit sich herumzuschleppen. Es handelt sich hier bei Umzuweisungen der ehemaligen Staatsbank der DDR an die Wohnungsunternehmen, die im Zuge der Wirtschaft-, Währungs- und Sozialunion in privatrechtliche Kredite umgewandelt worden waren. Die Grünen haben in einem Antrag (19/15921) einen Altschuldenfonds für ostdeutsche Wohnungsunternehmen gefordert. Dies stieß allerdings bei den anderen Fraktionen auf keine Gegenliebe. Volkmar Vogel (CDU) erklärte, die Koalition handle bereits, etwa mit „Städtebauförderung auf hohem Niveau“ und mehr Geld für den Sozialen Wohnungsbau. Das Plenum verwies die Anträge zur weiteren Beratung an die Ausschüsse. Peter Stützel



Die Schulden der Steuerzahler-Bundes: Viele Kommunen sind durch Altschulden in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt.

© picture-alliance/dpa



Am Ende der 25. UN-Klimakonferenz unter Leitung der chilenischen Umweltministerin Carolina Schmidt (Mitte) steht eine politische Abschlusserklärung mit vielen vagen Formulierungen. Die größten Streitthemen wurden auf die nächsten Gipfel im Jahr 2020 in Glasgow vertrag.

© picture-alliance/Photoshot

Für den Wolf wird es eng

NATURSCHUTZ Die Jagd auf Wölfe soll erleichtert werden. Zur Abwehr drohender „ernster landwirtschaftlicher Schäden“ kann künftig unter bestimmten Bedingungen auch ein ganzes Wolfsrudel entnommen werden. Eine entsprechende Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes beschloss der Bundestag am Donnerstag. In namentlicher Abstimmung stimmten 361 Abgeordnete dafür und 275 dagegen. Gegenüber dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf (19/10899) sieht die nun beschlossene Fassung (19/16148) vor, dass die Neuregelung auch für die hobbymäßige Haltung von Weidetieren gilt. Hintergrund der Neuregelung sind Probleme, die sich aus Wiederansiedlung des Wolfes in Deutschland ergeben. Weidetierhalter beklagen Übergriffe auf ihre Tiere und damit einhergehende wirtschaftliche Schäden. Da der Wolf eine europaweit streng geschützte Art ist, hatte die Bundesregierung ihren Entwurf damit begründet, die Rechtssicherheit bei der Erteilung von Ausnahmen vom Jagdverbot erhöhen zu wollen. Konkret wird geregelt, inwiefern Wölfe nach Rissen von Nutztieren abgeschossen werden dürfen. So soll in Fällen, in denen Nutztierries nicht einem Einzeltier zugeordnet werden können, der Abschuss von einzelnen Mitgliedern eines Rudels „bis zum Ausbleiben von Schäden“ fortgesetzt werden dürfen. Abgelehnt wurden ein Entschließungsantrag der Links-Fraktion (19/16151) unter anderem zu Herdenschutzmaßnahmen. Auch ein FDP-Vorstoß (19/10792) zur Aufnahme des Wolfs ins Bundesjagdgesetz fand keine Mehrheit. **scr**

Gipfel der Enttäuschung

KLIMA Koalition und Opposition bewerten Ergebnisse der Weltklimakonferenz unterschiedlich

Nachdem der zweiwöchige Weltklimagipfel (COP25, siehe Stichwort) ohne nennenswerte Fortschritte im Kampf gegen die Erderwärmung zu Ende gegangen ist, hagelte es Kritik. Die von der chilenischen Umweltministerin Carolina Schmidt geleitete Konferenz war die bisher längste aller Zeiten, da sich die Staaten in zentralen Punkten nicht einigen konnten. Konkret ging es um die Ausgestaltung von Artikel 6 des Pariser Klimaschutzabkommens. Eine Lösung für ein Regelbuch und weitere Punkte muss nun spätestens bei der Klimakonferenz 2020 in Glasgow gefunden werden. Ein schwacher Kompromiss beim internationalen Handel mit Klimaschutz-Gutschriften wurde von Seiten der Europäischen Union (EU) auf der Konferenz abgelehnt. Für Mut sorgte einzig der angekündigte „Green New Deal“, mit dem die Europäische Union den Anlauf unternehmen will, bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent der Erde zu werden. Die Ergebnisse des Gipfels beschäftigten vergangene Woche auch den Bundestag in

einer Aktuellen Stunde. Finanzminister Olaf Scholz (SPD) betonte, die Klimakonferenz habe gezeigt, wie mühselig es sei, den Klimawandel zu bewältigen. Er plädierte aber für Zuversicht: „Klein sind die Ergebnisse, aber wir müssen darauf bestehen, dass die Aufgabe angepackt werden kann“, sagte Scholz. Er halte es für richtig, dass die Beiträge Deutschlands zur internationalen Entwicklungspolitik auch unter Gesichtspunkten des Klimaschutzes ausgeweitet wurden, sagte er. Die „Menschheitsaufgabe Klimaschutz“ dürfe nicht späteren Generationen überlassen werden. Es sei daher zentral, dass Deutschland vorangehe und handle, auch auf der EU-Ebene. Matthias Miersch (SPD) sagte, das Klimapaket Deutschlands (siehe Text unten) zeige, dass es möglich ist, sich trotz unterschiedlicher Meinungen zu einigen. Dies sei „eine sehr gute Botschaft“. Auch Georg Nüßlein (CSU) lobte die Kompromissbereitschaft der Grünen beim Verhandlungsergebnis zum Klimapaket und betonte, dass Konflikte zwischen Stadt und Land ausgeglichen werden müssen. Es komme darauf an, die Gesellschaft zu ver-

einem und nicht zu spalten – „auch innerhalb Europas“, sagte Nüßlein. Das Ergebnis der Klimakonferenz in Madrid sei daher „belastend und enttäuschend“. Ziel müsse es sein, auch hinsichtlich des europäischen Green New Deals, dass Deutschland nicht zusätzliche Lasten übernehme, betonte der Christsoziale. **Energiepolitik kritisiert** Heftige Kritik an der Energiepolitik der Bundesregierung und dem geplanten Kohleausstieg äußerte Rainer Kraft für die AfD-Fraktion. Die durch den Ausstieg wegfallende Leistung könne nicht durch erneuerbare Energien ersetzt werden, da die Leistungen aus Wind und Sonne nicht konstant zur Verfügung stünden. Zudem seien für erneuerbare Energien in den vergangenen 20 Jahren für „magere 17 Gigawatt über 300 Milliarden Euro verschwendet“ worden. Dies sei keine vernünftige Energiepolitik, sondern „sozialistische Mangelbewirtschaftung“, sagte der AfD-Politiker. Lukas Köhler (FDP) sprach von einer „Panikrhetorik“, die im Anschluss an die Klimakonferenz in Madrid eingesetzt habe. Die COP25 habe nicht das gewünschte Ergebnis gebracht, doch kein Deal sei besser als ein schlechter: „Es ist richtig, dass das Verhandlungsergebnis auf das nächste Jahr verschoben wird, sodass ein funktionierendes Regelwerk für den Klimaschutz aufge-

stellt werden kann“, sagte er. Er wünsche sich von der EU-Kommission, „dass jeder einzelne Euro da ausgegeben wird, wo er am besten funktioniert“. **CO2-Einsparung** Lorenz Gösta Beutin (Die Linke) kritisierte, dass keine Einigung auf schärfere Klimaziele, auf eine einheitliche Berechnung der CO2-Einsparung und der Finanzierung von Klimaschäden getroffen wurde. „Das bedeutet Stillstand“, sagte Beutin. Um für Klimagerechtigkeit zu sorgen, müsse mit den Prinzipien des Neoliberalismus gebrochen werden. Auch in Deutschland sei viel zu tun. Es gebe weiterhin kein Gesetz zum Kohleausstieg und

der Ausbau der erneuerbaren Energien, etwa bei der Windkraft, werde ausgebremst. Lisa Badum (Bündnis 90/Die Grünen) sagte, Zuversicht sei die Botschaft am Ende dieses Jahres – auch durch die freitäglichen Demonstrationen und den Druck der Straße. Der New Green Deal der EU-Kommission gebe Hoffnung, dass Europa der erste klimaneutrale Kontinent der Erde werden könne, sagte die Grünen-Umweltpolitikerin. „Deutschland hat das Zeug, an der Spitze einer grünen Wirtschaft zu stehen“, sagte Badum. Die Abgeordnete forderte die Regierung auf, nicht weiter „mit der Abrissbirne durch die Windenergiebranche zu gehen“. **Lisa Brübler**

> STICHWORT

Die UN-Klimakonferenz (Welt-Klimakonferenz)

> Was? Die UN-Klimakonferenz ist die jährlich stattfindende Vertragsstaatenkonferenz (Conference of the Parties, COP) der UN-Klimarahmenkonvention.

> Wann? Seit 1995 finden die Konferenzen jährlich an wechselnden Orten statt. Die COP1 fand in Berlin statt. Seit 2005 ist die COP um das Treffen der Mitglieder des Kyoto-Protokolls ergänzt worden, seit 2018 um das der Mitglieder des Übereinkommens von Paris.

> Wo? Die COP25 sollte Anfang Dezember 2019 in Chile stattfinden. Wegen anhaltender Proteste gegen die Regierung wurde die Konferenz in die spanische Hauptstadt Madrid verlagert. Sie endete am 15. Dezember.

»Deutschland hat das Zeug, an der Spitze einer grünen Wirtschaft zu stehen.«

Lisa Badum (Bündnis 90/Die Grünen)

Befugnisse wie die Polizei Ringen um Klimapaket beendet

FINANZEN Zollfahndungsdienst wird neu aufgestellt

Der Zollfahndungsdienst wird in Zukunft mit seinen Befugnissen der Bundespolizei weitgehend gleichgestellt. Dies sieht der am Donnerstag vom Bundestag beschlossene Entwurf eines Gesetzes zur Neustrukturierung des Zollfahndungsdienstgesetzes (19/12088, 19/16116, 19/16139) vor. Für den Entwurf stimmten die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD, während sich die Fraktion Die Linke enthielt. Die Fraktionen von AfD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen lehnten den Entwurf ab. Ein Entschließungsantrag der FDP-Fraktion fand keine Mehrheit. Das Gesetz sieht unter anderem die Möglichkeit zum Einsatz verdeckter Ermittler vor. Der Einsatz verdeckter Ermittler sei zur Abwehr schwerwiegender Gefahren für die zu schützenden Rechtsgüter im Zuständigkeitsbereich des Zollfahndungsdienstes unerlässlich, heißt es in der Begründung des Gesetzesentwurfs. Dies gelte gerade vor dem Hintergrund, dass Gruppierungen der organisierten Kriminalität zunehmend konspirativ und unter größter Abschottung agieren würden. Außerdem darf das Zollkriminalamt in Zukunft Gerätenummern von Telekommunikationsendgeräten und die Kartennummern der verwendeten Karten sowie die Standorte von Telekommunikationsendgeräten ermitteln. Diese Befugnisse sei ange-

sichts der technischen Entwicklung im Telekommunikationsbereich erforderlich. Bei der Vorbereitung und beim Begehen von Straftaten würden zunehmend Telekommunikationsendgeräte eingesetzt, deren Rufnummern oder Kennungen dem Zollkriminalamt oftmals nicht bekannt seien. Wie in der polizeilichen Praxis soll das Zollkriminalamt daher sogenannte IMSI-Catcher oder WLAN-Catcher zur Gefahrenabwehr einsetzen dürfen. In einem Entschließungsantrag hatte sich die FDP-Fraktion gegen die Grundrechtseingriffe bereits bei „drohenden Gefahren“ gewandt. Der Antrag wurde allerdings abgelehnt. Die Liberalen hatten gewarnt, der Begriff der drohenden Gefahr dürfe keinen Eingang in Gefahrenabwehrgesetze des Bundes finden. Im Finanzausschuss hatte die Koalition mit einem Änderungsantrag die Verlängerung des „engagierten Ruhestands“ für die Beamten im Postnachfolgebereich bis Ende 2024 in das Gesetz eingefügt. Für die Beamten besteht die Möglichkeit, sich ab dem 55. Lebensjahr versorgungsabschlagsfrei vorzeitig in den sogenannten engagierten Ruhestand versetzen zu lassen. Im engagierten Ruhestand müssen diese Beamten dann einen Bundesfreiwilligendienst ableisten oder eine vergleichbare ehrenamtliche Tätigkeit ausüben. **hle**

UMWELT Bundestag und Bundesrat stimmen Vermittlungsausschuss-Kompromiss zu

Der Weg für niedrigere Preise bei Bahntickets im Fernverkehr und einen Steuerbonus bei der energetischen Sanierung von Wohnhäusern zum 1. Januar 2020 ist frei. Bundestag und Bundesrat stimmten vergangene Woche einem im Vermittlungsausschuss ausgehandelten Kompromiss von Bund und Ländern (19/16060) zum Gesetz zur Umsetzung des Klimaschutzprogramms 2030 im Steuerrecht (19/14338) zu. Mit 426 Stimmen bei einer Enthaltung und 221 Gegenstimmen votierte der Bundestag für den Entwurf. Kritik an dem Vermittlungsergebnis kam von den Fraktionen AfD, FDP und Die Linke. Der Kompromiss sieht vor, dass ab 2021 der Preis für den Ausstoß von klimaschädlichem Kohlendioxid (CO2) in den Bereichen Verkehr und Gebäude steigen soll: Wo vorher ein Start mit zehn Euro pro Tonne vorgesehen waren, beinhaltet der neue Kompromiss, dass der Preis ab 2021 mit 25 Euro pro Tonne startet und danach in Fünf-Euro-Schritten bis 2025 auf 55 Euro pro Tonne erhöht werden soll. Fossile Heiz- und Kraftstoffe sollen dadurch teurer werden und Bürger und Industrie dazu angeregt werden, klimafreundliche Technologien zu kaufen und zu entwickeln. Für das Jahr 2026 schlägt der Vermittlungsausschuss einen Preiskorridor von mindestens 55 und höchstens 65 Euro vor.

Parallel sollen Bürger und Unternehmen stärker entlastet werden. Die vom Bundestag beschlossene Erhöhung der Pendlerpauschale ab 2021 bleibt bestehen, ebenso die entsprechende Mobilitätsprämie für Geringverdiener. Zusätzlich soll zwischen 2024 und 2026 die Pauschale für Fernpendler ab dem 21. Entfernungskilometer um weitere drei Cent auf insgesamt 38 Cent pro Kilometer erhöht werden. Über die Senkung der EEG-Umlage zur Förderung des Ökostroms soll es zudem Entlastungen beim Strompreis geben. **Veto** Zuvor hatte der Bundesrat gegen die Steuervorhaben aus dem Klimapaket ein Veto eingelegt, da die Länder mit Steuerentlastungen bei der Mehrwertsteuer rechnen. Die neue Einigung sieht vor, die finanziellen Lasten des Klimaschutzprogramms aufzuteilen: Die Länder sollen für die Jahre 2021 bis 2024 vom Bund 1,5 Milliarden Euro über Umsatzsteuerfestbeträge erhalten, um ihre Mindereinnahmen zu kompensieren. 2025 soll evaluiert werden, ob weitere Kompensationen nötig sind. Hinsichtlich der Regelungen zu Windkraftanlagen empfiehlt der Vermittlungsausschuss, das vom Bundestag beschlossene Hebesatzrecht der Kommunen bei der Grundsteuer für Windkraftanlagen aus dem Gesetz zu streichen. Er bittet die Bun-

desregierung Maßnahmen für eine größere Akzeptanz von Windenergie zu erarbeiten. Dabei müssten Bürger und Kommunen an den Erträgen von Windkraftanlagen auf ihrer Gemarkung beteiligt werden. **Lenkungswirkung** Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) lobte, dass der Kompromiss mehr sei als „der kleinste gemeinsame Nenner“. Das, was klimaschädlich sei, werde künftig teurer, gleichzeitig werde klimafreundliches Verhalten billiger. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Bündnis 90/Die Grünen) sagte, dass das Ergebnis in die richtige Richtung weise. Der CO2-Preis werde nun eine Lenkungswirkung entfalten und von der Senkung der EEG-Umlage profitieren neben den privaten Haushalten auch der Mittelstand. Der höhere CO2-Preis war eine der Bedingungen der Grünen für ihre Zustimmung zum Gesetzespaket in der Länderkammer, in der Union und SPD auf die Stimmen der Grünen angewiesen sind. **lbr**

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
fazit-com@intime-media-services.de
Telefon 089-8585 3832

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Hut statt Krone

GROSSBRITANNIEN Premier Johnson will beim Brexit auf das Tempo drücken. Widerspruch kommt aus Nordirland und aus Schottland



Die britische Queen Elisabeth II. nebst Thronfolger Charles vergangene Woche bei der Verlesung des Regierungsprogramms. Bei ihrer nunmehr 66. „Queen's Speech“ verzichtete die Monarchin auf das Tragen der Krone.

Boris Johnson kam mit glänzender Laune ins Unterhaus. Der Premierminister scherzte mit Fraktionskollegen und Ministerinnen, ehe ihm Speaker Lindsay Hoyle das Wort zur Eröffnung der Brexit-Debatte erteilte. Johnsons erster Satz bestand aus dem Slogan, mit dem der Chef der konservativen Partei die Wahl Mitte Dezember gewonnen hatte. „Es ist nun Zeit, die Blockade zu überwinden und den Brexit zu vollenden.“ Aus Sicht der im Amt bestätigten Regierung war dies der eigentliche Sinn der Sondersitzung am Freitag vor Weihnachten: Der Wählerschaft sollte signalisiert werden, dass Großbritannien ohne Wenn und Aber am 31. Januar aus der EU austritt. Das Unterhaus mit eindeutiger Tory-Mehrheit erteilte in der zweiten Lesung dem Austrittsgesetz endlich seine Zustimmung; auch die weiteren Debatten in beiden Kammern des Parlaments dürften keine Probleme aufwerfen, da sich das Oberhaus dem Votum des gewählten Hauses im Normalfall nicht entgegenstellt. Dem Zeitplan der Regierung zufolge soll am ersten Sitzungstag nach den Weihnachtsferien (7. Januar) weiter debattiert werden, die Verabschiedung des Gesetzes würde spätestens am 23. Januar erfolgen. Auch in anderer Hinsicht macht Johnson Dampf. Königin Elizabeth II. verlas am Donnerstag bei der traditionellen Eröffnung der neuen Sitzungsperiode ein Regierungsprogramm („Queen's Speech“) mit mehr als 30 Vorhaben. Dazu zählen sechs weitere Gesetze, die der Zukunft des Landes außerhalb

»Es ist nun Zeit, die Blockade zu überwinden und den Brexit zu vollenden.«

Boris Johnson, Premierminister

der EU gewidmet sind: von der Neuordnung der Landwirtschaft über Fischerei, Handel, Einwanderung, Finanzdienstleistungen und Garantien im internationalen Recht. All dies muss im kommenden Kalenderjahr durchs Parlament gebracht werden, denn Johnson will die mit der EU vertraglich vereinbarte Übergangsphase so kurz wie möglich halten. Vorgesehen ist deren Ende für Silvester 2020, eine Verlängerung wäre möglich, wenn beide Parteien sich bis Ende Juni darauf einigen. Davon aber will der Premierminister nichts wissen. „Ich lehne jede weitere Verzögerung ab“, sagte er im Unterhaus und verglich die dreieinhalb Jahre seit der Volksabstimmung im Juni 2016 mit der Qual des festgeschmiedeten Prometheus in der griechischen Sage, von dessen Leber ein Adler frisst.

Austrittsgesetz Die Entscheidung der Regierung schlägt sich im Austrittsgesetz nieder: Ausdrücklich wird darin die Verlängerung der Übergangsperiode ausgeschlossen. Das ist eine von mehreren umstrittenen neuen Klauseln sowie Weglassungen, die den neuen Text von der im Oktober in zweiter Lesung verabschiedeten Vorlage unterscheiden. Für Empörung bei Oppositionsführer Jeremy Corbyn (Labour) sorgte die Entfernung eines Passus, der unbegleiteten Flüchtlingskindern die Aufnahme im Vereinigten Königreich garantiert. Die Initiative des 87-jährigen Labour-Lords Alfred Dubs, der einst vor dem Nationalsozialismus geflüchtet war, bleibe weiterhin Regierungspolitik, versicherte Johnson, sie habe aber in diesem Gesetz nichts zu suchen.

Mit derselben Begründung sind Garantien für Arbeitnehmerrechte nicht mehr im Text enthalten. Verschunden ist auch eine regelmäßige Berichtspflicht gegenüber dem Unterhaus. Unverändert sind die Passagen, die Nordirland betreffen. Dort hat die Tory-Regierung alle Seiten gegen sich: Zwei Drittel der Nordiren wählten bei der Parlamentswahl am 12. Dezember solche Parteien, die den EU-Austritt ablehnen; beim Referendum 2016 waren es 56 Prozent gewesen. „Es gibt keinen guten oder vernünftigen Brexit“, argumentiert der neu ins Londoner Parlament gewählte Stephen Farry von der überkonfessionellen Allianzpartei, die fast neun Punkte auf 16,8 Prozent zulegte. Die größte irisch-nationalistische Katholiken-Partei Sinn Féin (-7,6 Prozent) sowie die protestantische Unionistenpartei DUP (-5,4) mussten schwere Einbußen hinnehmen. Das Mehrheitswahlrecht sorgte dafür, dass Sinn Féin auch weiterhin sieben Abgeordnete stellt; der republikanischen Tradition folgend nehmen sie aber ihre Sitze in Westminster nicht wahr. Hingegen gingen der DUP zwei Wahlkreise verloren; besonders schmerzhaft war dabei die Niederlage des langjährigen Fraktionschefs Nigel Dodds in Nord-Belfast. Sein Nachfolger Jeffrey Donaldson bekräftigte das DUP-Bekenntnis zum Brexit bei gleichzeitiger Ablehnung des Austrittsvertrages. Damit die Landgrenze zur Republik im Süden offenbleiben kann, sieht dieser Sonderregelungen für Nordirland vor, darunter Zoll- und Lebensmittelkontrollen zwischen der britischen Provinz und der Insel Großbritannien.

»Es gibt keinen guten oder vernünftigen Brexit.«

Stephen Farry, Allianzpartei Nordirland

Die Regierungen in London und Dublin wollen den Nasenstüber der Wähler für die beiden dominanten Parteien Nordirlands dazu nutzen, Druck auf die Akteure auszuüben. Sie sollen die seit drei Jahren auf Eis liegende Allparteien-Regierung und damit auch das Belfast-Parlament wiederbeleben, damit Entscheidungen für die Region vor Ort getroffen werden können. Der britische Nordirland-Minister hat den Belfast-Streit hängen ein Ultimatum gestellt: Wenn sie sich bis 13. Januar nicht einigen, soll es neue Regionalwahlen geben, bei der die Wähler ihren Missmut über die Blockierer bekräftigen könnten.

Kopferbrechen Hingegen bereitet die Wahl in einem anderen Teil des Landes der Londoner Regierung Kopferbrechen. Im Frühjahr 2021 könnten die Schotten das Mandat der Nationalpartei SNP erneuern und damit deren glänzendes Abschneiden bei der Unterhauswahl (45 Prozent, 48 der 59 schottischen Mandate) bekräftigen. Die Edinburgher Ministerpräsidentin und SNP-Chefin Nicola Sturgeon fordert schon fürs kommende Jahr eine erneute Abstimmung über die Unabhängigkeit der seit 1707 im Verbund mit England lebenden Nation: „Dies ist Schottlands gutes Recht.“ Johnson hat dies mit Verweis auf das Referendum 2014 (55 Prozent für den Verbleib im Vereinigten Königreich) runderaus abgelehnt; ein SNP-Sieg bei der schottischen Wahl dürfte dem Premier gründlich die Laune verderben.

Sebastian Borger | Der Autor berichtet als freier Korrespondent aus London.

Umstrittene Kredite

ENTWICKLUNG Anträge zu Förderung in China gescheitert

Die FDP-Fraktion ist mit einem Antrag gescheitert, in dem sie sich gegen die Einstufung Chinas als Entwicklungsland wendet und ein Ende zinsgünstiger Darlehen deutscher Entwicklungsbanken fordert, die als Entwicklungsmittel angerechnet werden. Der Antrag (19/15567) wurde vergangenen Donnerstag von allen Fraktionen – mit Ausnahme der sich enthaltenden AfD-Fraktion – abgelehnt. Diese wiederum scheiterte mit einem eigenen Antrag (19/8986), in dem sie gefordert hatte, Wirtschaftsmächten wie Indien, Indonesien, Pakistan und Südafrika den Status als Entwicklungsland zu entziehen und sie im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und des Außenhandels für Schwellenländer nicht mehr zu fördern. Gegen diese Initiative wandten sich alle anderen Fraktionen. Olaf in der Beek (FDP) monierte, dass Deutschland mittels Förderkrediten der KfW und der DEG „Know-how made in Germany für Chinas globale Hightech-Führerschaft“ liefere. „Wir sagen sprichwörtlich auf dem Ast, auf dem wir selber

sitzen.“ Volkmar Klein (CDU) wies darauf hin, dass die Klassifizierung als Entwicklungsland die OECD vornehme, Deutschland hier folglich keine „Lex China“ schaffen sollte. Markus Frohnmaier (AfD) forderte die Bundesregierung auf, Schluss zu machen mit „der Alimentierung potenter Wirtschaftsmächte“ und die „Billigkredite“ für die Berufsausbildung in China einzustellen, während in der deutschen Industrie mittlerweile reihenweise Stellen gestrichen würden. Dagmar Ziegler (SPD) erinnerte daran, dass DEG und KfW durch ihre gute Bonität Vergünstigungen lediglich weitergäben, „aber Geschenke gibt es eben keine“. Evrim Sommer (Die Linke) sagte, dass die FDP hier die Folgen ihrer eigenen Politik beklage: Es sei der damalige Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) gewesen, der deutschen Unternehmen den Zugang zum chinesischen Markt erleichtern wollte. Uwe Kekeritz (Grüne) warf der FDP vor, faktenwidrig von Entwicklungszusammenarbeit mit China zu reden und damit „in dasselbe Horn“ wie die AfD zu blasen. *aha* |

Gespräche zu Nord-Stream

REGIERUNGSBEFRAGUNG Merkel: Keine Gegensanktionen

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) steht Gegenmaßnahmen zu den in der vergangenen Woche vom US-Kongress beschlossenen Sanktionen gegen die Gaspipeline Nord Stream 2 zurückhaltend gegenüber. „Ich sehe auch keine andere Möglichkeit, als Gespräche zu führen, aber sehr unterschiedliche Gespräche, dass wir diese Praxis nicht billigen, dass diese exterritoriale Sanktionen wirken“, sagte Merkel in der Regierungsbefragung am vergangenen Mittwoch. Die Bundesregierung sei generell gegen exterritoriale Sanktionen. Nun müsse man sehen, wie die Angelegenheit mit der deutsch-russischen Pipeline weitergehe, sagte Merkel. Sie habe im Übrigen darauf hingewiesen, dass derzeit mit der Ukraine Gespräche geführt würden über einen Gasvertrag nach dem 31. Dezember 2019. Diese Gespräche verliefen relativ „hoffnungsvoll“. Und es wäre sehr ungünstig, wenn die Ukraine um die Transitgebühren für Gasdurchleitungen käme, weil diese Verhandlungen wegen der jetzigen Situation bei Nord Stream 2 erschwert würden. Merkel wies den Vorwurf des AfD-Abgeordneten Steffen Kotzé zurück, wie bei der

deutsch-amerikanischen NSA-Abhöraffaire auch bei Nord Stream 2 zurückzuweichen. „Wir sind weder bei NSA zurückgewichen, noch haben wir die Absicht, das hier zu tun“, sagte sie. Die Bundeskanzlerin verteidigte zudem ihren auch in der eigenen Fraktion umstrittenen Kurs, bei der Einführung des schnellen Internetstandards 5G den chinesischen Telekommunikationsausrüster Huawei nicht von vorneherein auszuschließen. „Ich bin gegen den prinzipiellen Ausschluss eines Unternehmens. Aber ich bin dafür, dass wir alles tun, um die Sicherheit zu gewährleisten“, antwortete sie auf eine Frage der SPD-Abgeordneten Sabine Poschmann. Huawei sei nicht nur in Deutschland, sondern auch anderswo in Europa in 2-, 3- und 4G-Netzen eingesetzt worden. Dabei habe es in puncto Sicherheit bislang keine Verdachtsfälle gegeben. Merkel stellte sich zum fünften Mal im Bundestag eine Stunde lang den Fragen der Abgeordneten. Union und SPD hatten im Koalitionsvertrag vereinbart, dass die Kanzlerin dreimal jährlich im Parlament persönlich befragt werden kann. *aheldpa* |

Streitfall Migration

AKTUELLE STUNDE Mehrheit unterstützt Flüchtlingspakt

Die Koalitionsfraktionen sowie FDP, Linke und Grüne haben am vergangenen Freitag die Kritik der AfD am Globalen Pakt für Flüchtlinge der Vereinten Nationen sowie am Globalen Flüchtlingsforum in Genf einhellig zurückgewiesen. Sie betonten demgegenüber die Notwendigkeit, die Lage von Flüchtlingen weltweit durch mehr internationale Zusammenarbeit zu verbessern. „Die Botschaft der letzten Debatte vor Weihnachten sollte sein“, betonte unter anderem Lars Castellucci (SPD), „dass wir niemanden zurücklassen dürfen und an der Seite der Bedrängten und Schwachen stehen müssen.“ Ausgangspunkt der teils turbulenten Debatte war eine von der AfD anberaumte Aktuelle Stunde. Darin warf Gottfried Curio (AfD) der Bundesregierung „einem Spendierhosenkomplex“ vor und warnte vor einem Umsiedlungsprogramm nach Deutschland und Europa, das Flüchtlingen umfassende Rechte im Gastland zubillige. Der Globale Pakt für Flüchtlinge war am 17. Dezember 2018 durch die UN-Generalversammlung in New York angenommen worden. Er regelt unter anderem, dass Länder, die besonders viele Flüchtlinge aufge-

nommen haben, entlastet werden. Besonders Hilfsbedürftige unter ihnen sollen durch Härtefallaufnahme (Resettlement) in sichere Länder gebracht werden können. Das erste Globale Flüchtlingsforum am 17. und 18. Dezember 2019 in Genf diene dazu, ein Jahr später die Fortschritte bei der Zielerreichung zu überprüfen. Volker Ullrich (CSU) betonte, es gehe bei dem Pakt auch darum, den Druck auf die Aufnahmeländer zu lindern und Voraussetzungen für eine Rückkehr in Sicherheit und Würde zu schaffen. Gökyay Akbulut (Die Linke) erinnerte an die Prophezeiung der AfD vor einem Jahr, der Flüchtlingspakt werde zu einem „gigantischen Umverteilungsprogramm“ führen. Doch seien im Gegenteil weniger Menschen als erwartet nach Deutschland gekommen. Ulrich Lechte (FDP) forderte die Staatengemeinschaft auf, die in Genf zugesagten Mittel von mehr als 7,7 Milliarden US-Dollar für die internationale Flüchtlingshilfe auch tatsächlich auszugeben. Filiz Polat (Grüne) appellierte an die Bundesregierung, ihre Politik auf die Ziele des Pakts auszurichten und unter anderem den Familiennachzug zu ermöglichen. *juh* |

»Nicht Anklage, sondern Sensibilisierung«

MENSCHENRECHTE Debatte zu Jahresberichten der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter

Folter und Misshandlung verhindern – das ist die Aufgabe der „Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter“. Regelmäßig besuchen ihre Mitarbeiter Orte der Freiheitsentziehung – darunter Gefängnisse, Pflegeheime und Abschiebehaftanstalten – um auf Missstände aufmerksam zu machen und Verbesserungen anzuregen. „Es geht gar nicht um Anklage, sondern um Sensibilisierung“, sagte Frank Schwabe (SPD), am vergangenen Mittwoch in der Debatte über die von der Nationalen Stelle vorgelegten Jahresberichte 2017 und 2018. Die

ehrenamtlich tätigen Mitarbeiter sahen sich aber „oftmals dem Vorwurf der Nestbeschmutzung“ ausgesetzt, wenn sie etwa darauf hinwiesen, dass die häufige Praxis des Angurtens oder Ruhigstellens von Patienten durch Medikamente Akte der Freiheitsentziehung seien. Aus „Zeitmangel“ oder aus „Gedankenlosigkeit“ komme es in Altenpflegeheimen zu „entwürdigenden Maßnahmen“ – so Schwabe. Die Stelle leiste eine wichtige Arbeit im Sinne der Menschenrechte. Umso notwendiger sei es, sie in Zukunft finanziell „weiter zu stärken“.

Dafür sprach sich auch Michael Brand (CDU) aus, der die Menschenrechte als Teil der deutschen Staatsräson bezeichnete. Die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter sei „ein weiterer Beleg“ dafür, dass „Deutschland die Würde der Menschen ernst nimmt“, erklärte Brand. Ihre Berichte bein-

halten „zahlreiche ermutigende Beispiele für gute Praxis bei Polizei und Justiz wie auch in Einrichtungen der Pflege“. Doch: Menschen machten auch Fehler. Deshalb bleibe das Überprüfen, Auffinden von Defiziten und Verbessern eine „Daueraufgabe“.

Freiheitsentzug Wenn dies so sei, und die Regierungskoalition die Arbeit der Nationalen Stelle wirklich begrüße „wie hier behauptet“, dann solle sie diese „endlich richtig“ ausstatten und „ihre Arbeit machen zu lassen“, kritisierte hingegen Zaklin Nastic (Die Linke). In Abschiebeeinrichtungen seien „diverse Mängel“ bekannt, zum Beispiel Fälle von rechtswidrigem Freiheitsentzug bei Flüchtlingen. „Wir können über Migration und Fluchtursachen wirklich streiten; aber der Schutz der Gesetze gilt auch für Geflüchtete.“

Jürgen Braun (AfD) distanzierte sich von der Verwendung des Begriffs Folter zum Beispiel im Zusammenhang mit „völlig legalen und notwendigen Abschiebungen“. Folter im „klassischen Sinn“, als Handlung, „durch die einer Person vorsätzlich große körperliche oder seelische Schmerzen oder Leiden zugefügt werden“ sei in Deutschland „seit 1989“ nicht mehr vorhanden, sagte Braun, auch wenn „Die Linke, die Alt-SED“ Folter hierzulande „herbeireden“ wolle. Gyde Jensen (FDP), Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses, mahnte, die Jahresberichte der Nationalen Stelle stellen für Parlament und Regierung einen „Handlungsauftrag“ dar: In vielen Pflegeeinrichtungen würden Einverständniserklärungen zum Anbringen von Bettgittern nicht, wie vorgegeben, regelmäßig überprüft.



Die Verfassungsrichter in Karlsruhe urteilten 2018, dass Patienten in der Psychiatrie für längere Zeit nur nach richterlicher Entscheidung ans Bett gefesselt werden dürfen.

Eine andere „Regelungslücke“ sah Margarethe Bause (Bündnis 90/Die Grünen). Sie warf die Frage auf, was denn die Kontrollen der Heime nützten, wenn diese bei Missständen aber nicht namentlich genannt werden dürften, „wenn sich die Aufsichtsbehörden nicht zuständig fühlen oder die Arbeit der Kontrolleure sogar behindern“. Wenn Deutschland die Einhaltung der Menschenrechte zu Recht weltweit anmahne, verlangte Bause, „müssen wir auch bei uns ganz genau hinschauen“.

Sandra Schmid |





Der Bundeskanzler und sein Staatssekretär: Konrad Adenauer (links) und Hans Globke, hier bei einem Gespräch in Rom im September 1963. Globke kommentierte als leitender Beamter im Reichsinnenministerium die Nürnberger Rassegesetze von 1935. © picture-alliance/dpa

Gnädige Flurbereinigung

NS-TÄTER Vor 70 Jahren begannen Bundestag und Bundesregierung mit einer Serie von Amnestie-Gesetzen

Das Geschenk kam pünktlich. Rechtzeitig vor Weihnachten wurde es auf den Weg gebracht. Es bedeutete für die Beschenkten eine unglaublich kostbare Gabe. Als nämlich der erste Deutsche Bundestag am 9. Dezember 1949 das „Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit“ mit großer Mehrheit verabschiedete, bereitete es einigen Hunderttausend Westdeutschen eine wahrlich frohe Bescherung. Setzen doch die Parlamentarier mit dieser Entscheidung ein erstes Signal für eine Problematik, deren Kontinuitätslinien bis in die Gegenwart reichen: der Umgang mit der NS-Vergangenheit. Im ablaufenden Jahr 2019 ist vielfach an die Konstituierung und Anfänge der Bonner

über der Gesellschaft des jungen Staates lagen und das Beziehungsgeflecht der Menschen prägten. Im Kontext der damaligen zwiespältigen Verhältnisse lässt sich erklären, warum das „Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit“ so rasch auf der Tagesordnung des neuen Bonner Parlaments stand: Die Politiker aller Parteien im Bundestag, von rechts bis links, empfanden dringlichen Handlungsbedarf. Zwar waren in verschiedenen westdeutschen Ländern, noch unter Besatzungshoheit, Überlegungen zum Umgang mit NS-Tätern angestellt, auch Möglichkeiten von Straferlass geprüft worden. Aber die alliierten Militärgerichte und deutschen Spruchkammern hatten Tausende von Urteilen über Verbrechen und Vergehen in der NS-Zeit gefällt, die in die Lebensverhältnisse der Belasteten hart eingriffen. Umso mehr verbanden sich mit Gründung der Bonner Republik die Hoffnungen auf eine „Bundesamnestie“.

Für Konrad Adenauer stand ein solcher Akt außer Zweifel, ähnlich wie Begnadigungen, „wenn in der Monarchie ein König den Thron bestieg“. Zum ersten Bundeskanzler gewählt, und damit starker Mann der Bonner Politik, versuchte er sogleich, die ganze Richtung zu bestimmen. Denn in seiner Regierungserklärung vom 26. September 1949 begründete er, durch die „Denazifizierung“ – wie er es nannte – sei „viel Unglück und viel Unheil“ angerichtet worden. Zwar gehörten die „wirklich Schuldigen“ an den NS-Verbrechen streng bestraft. „Aber im übrigen dürfen wir nicht mehr zwei Klassen von Menschen in Deutschland unterscheiden: die politischen Einwandfreien und die Nichteinwandfreien“. Der Krieg und die Nachkriegszeit hätten so harte Prüfungen und solche Versuche gebracht, dass „man für manche Verfehlungen und Vergehen Verständnis aufbringen muss“.

Adenauer versprach die Prüfung einer Amnestie, auch bei den alliierten Hohen Kommissaren – die noch die politische Oberaufsicht führten – vorstellig zu werden. Wohin die Sache laufen sollte, gab er zu erkennen, als er forderte „Vergangenes vergangen sein zu lassen“. Bei der ersten Kabinettsitzung am 26. September 1949 wurde der Kanzler noch deutlicher: „Wir haben so verwirte Verhältnisse hinter uns, dass es sich empfiehlt, generell tabula rasa zu machen.“ Mit seinem großzügigen Vergeben stand Adenauer keineswegs allein. Bei der Beratung des Straffreiheitsgesetzes

im Bundestag konnte Bernhard Reismann als Sprecher der Zentrumsparterie unwidersprochen behaupten, die Notwendigkeit, „Vergessen über die Vergangenheit zu denken“, werde von allen Parteien des Bonner Parlaments anerkannt. Auch dass das Gesetz innerhalb einer Woche verabschiedet wurde, belegt die Eilbedürftigkeit für die Abgeordneten. Mit überwältigender Mehrheit ging es am 9. Dezember 1949 durch. Niemand wollte die generöse Weihnachtsgeschenke vermiesen. Es war gerade einmal das zweite Gesetz dieser ersten Legislaturperiode, davor rangierte nur das über die Abgabe eines „Notopfers Berlin“. Was allerdings auffällt: Die vergangenheitspolitische Dimension dieses Beschlusses wurde im Bundestag nie offen benannt. Alle Protagonisten bezogen sich bei den Debatten nur auf die Befreiung von Straftaten aus der Besatzungszeit. Und diese Epoche wurde in

den dunkelsten Farben gemalt: als „Periode ungeheurer Wirrnis“, „tiefe Störung“, „apokalyptische Jahre“, gar als „Leidensgeschichte des deutschen Volkes“. Deshalb sollte der Straferlass für Delikte vor dem 15. September 1949 gelten, die mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder Geldstrafen von 5.000 Mark geahndet worden waren. Oft bezog sich dies auf Schwarzmarkt-Aktivitäten oder Eigentumsvergehen. Aber weil auch Strafen für „Handlungen aus politischen Gründen“ sowie die „Verschleierung des Personenstandes aus politischen Gründen“ in die Gesetzesparagrafen gerutscht waren, profitierte ein großer Kreis von NS-Tätern von dieser Amnestie, insgesamt 800.000 Menschen.

Eiliger Schlussstrich Hier zeigte sich bereits eine Folie, die für alle vergangenheitspolitischen Maßnahmen von Bundesregierung und Bundestag in den nächsten Jahren Anwendung fand: Jede ernste und tiefenscharfe Auseinandersetzung mit dem verbrecherischen NS-System und die unheilvollen Verstrickungen des deutschen Volkes blieb ausgespart. Darunter wollte man recht geräuschlos und eilends einen „Schlussstrich“ ziehen. Die Nazi-Zeit erschien als alleiniger teuflischer und boshafter Ausbund Hitlers und seiner kleinen Clique. Umso mehr war das Heulen und Zähneknirschen von Nachkriegspolitikern über die Zumutungen und Zustände während der Besatzungszeit zu vernehmen, als ständen deren Maßregeln und Sanktionen nicht in unmittelbarem Zusammenhang

mit der braunen Hinterlassenschaft. Regierung und Parlament gaben damit einer weitverbreiteten Stimmung in der Bevölkerung nach: nicht zu den Tätern und Helfern der Nazibarbarei zu gehören, sondern zu deren bedauernswerten Opfern. Vor diesem Hintergrund sind die weiteren Entlastungsregelungen in den 1950er Jahren zu werten: die Empfehlung des Bundestages an die Länder zum Ende der Entnazifizierung vom Dezember 1950 – Verfahren, die zuletzt durch ein ausuferndes „Persilschein“-System zur Farce geworden waren; die Rehabilitierung der „131er“, also der nach 1945 geschassten Beamten, Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst sowie der Berufssoldaten vom April 1951; das zweite Straffreiheitsgesetz vom Februar 1954. Daneben liefen gleichzeitig beständige und nachhaltige Bemühungen um eine Begnadigung der von den Alliierten verurteilten Kriegs- und NS-Verbrecher. Häufig geisterte dabei der Begriff von „Siegerejustiz“ herum.

Gewünschtes Resultat Diesen bemerkenswerten Komplex frühzeitigen Entlassens und Verharmlosens der NS-Schreckenstaten hat der Historiker Norbert Frei, – der sich diesem historischen Kapitel besonders widmet –, als „Vergangenheitspolitik“ bezeichnet. Mit gewünschtem Resultat für die Protagonisten. Denn Mitte der 1950er Jahre, so schreibt Frei, „musste fast niemand mehr befürchten, ob seiner NS-Vergangenheit von Staat und Justiz beeheligt zu werden; fast alle waren jetzt entlastet und entschuldigt“. Das Konzept „Integration durch Amnestierung“, wie es zuweilen genannt wird, zeitigte hinreichende

Wirkung. Denn der neue demokratische Bonner Staat sah sich, anders als die Weimarer Republik, keinen existenzgefährdenden Loyalitätskonflikten durch sein Beamtentum ausgesetzt. Dieses passte sich wenig und willig den neuen Erfordernissen an. Dennoch konstatierte Frei, dass die politischen Fehler und moralischen Versäumnisse dieser Vergangenheitspolitik „das geistige Klima in der Bundesrepublik nachhaltig prägten“.

Das bittere Verdikt des renommierten Wissenschaftlers lässt sich beispielhaft am „131er“-Gesetz dokumentieren. Im Grundgesetz war die Bundesregierung durch Artikel 131 verpflichtet worden, für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und die Berufssoldaten, die nach dem 8. Mai 1945 ihre Stellen verloren hatten, eine Regelung zu schaffen. Damit stand nicht weniger als die Neuformierung des öffentlichen Dienstes unter den Bedingungen der Demokratie auf dem Programm.

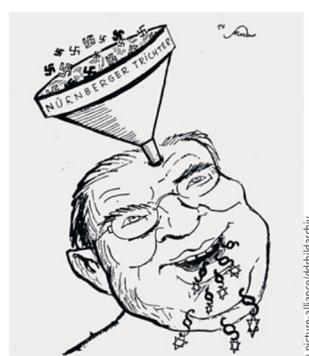
Herausgekommen ist schließlich „die weitgehende Wiederherstellung personeller Kontinuität“ (Frei) aus der NS-Zeit. Die Türen für die Wiederbeschäftigung der braunen Bürokratie standen weit offen, sogar für vormalige Angehörige der SS, der Gestapo und des Sicherheitsdienstes. „Eine Flurbereinigung für die Zukunft“ nannte Bundestagspräsident Hermann Ehlers die Entscheidung des Parlaments am 11. April 1951, und die Bemerkung hat der CDU-

Politiker wohl kaum zynisch gemeint. Der Fall Globke mag hier als Chiffre für die blamable Personalrestauration im Bonner Staatsdienst stehen. Hans Globke, Adenauers Staatssekretär und Hausmeier, kommentierte als leitender Beamter des Reichsinnenministeriums die Nürnberger Rassegesetze von 1935 und wirkte an der Juden-Diskriminierung mit. Als Chef des Bundeskanzleramtes spielte er eine „personalpolitische Schlüsselrolle“, so der Historiker Manfred Görtemaker und der Strafrechtler Christoph Safferling, denn er behielt sich bei der Neubesetzung von Führungspositionen in den einzelnen Ministerien die Entscheidung „in nahezu jedem Fall“ vor. So etablierten sich in den Behörden ganze Seilschaften von alten NSDAP-Mitgliedern, teilweise sogar in höherer Zahl als während der Nazi-Zeit. Görtemaker/Safferling betonen dabei, dass „die Kontinuität des Personals sich in den Inhalten der Politik spiegelt“. Und an dieser üblen Hypothek trug der westdeutsche Staat lange.

Historikerkommission Es bedurfte vieler Jahrzehnte, bis die NS-Vergangenheit deutscher Behörden wieder in den Fokus der Öffentlichkeit gelangte. Aufgrund der Diskussion um einen belasteten Diplomaten beauftragte der grüne Außenminister Joschka Fischer 2005 eine Historikerkommission mit der Aufarbeitung der Geschichte des Auswärtigen Amtes in der NS-Zeit und danach. Mit dem Band „Das Amt und die Vergangenheit“ von 2010 wurde das lange Verschweigen brauner personeller Machenschaften in den Anfangsjahren der Bonner Republik schließlich aufgebrochen. Inzwischen folgten mehrere Ministerien mit beachtlichen Studien, darunter Justiz, Inneres, Wirtschaft, Arbeit. Ende 2020 soll der Bericht über das Kanzleramt folgen, ein Projekt des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam und des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin. Endlich: Denn da saß die Spinne im Netz.

Hans-Peter Föhrding

Der Autor ist freier Journalist und Publizist in Berlin.



Globe-Grafik in der DDR 1954

Republik erinnert worden, rundeten sich doch die Daten zum 70. Mal: 23. Mai 1949 – Verkündung des Grundgesetzes; 14. August 1949 – erste Wahl zum Bundestag; 20. September 1949 – Bildung der ersten Bundesregierung unter der Führung des Christdemokraten Konrad Adenauer. Der Tenor der Rückblicke lag häufig auf der erstaunlich raschen Stabilisierung des neuen demokratischen Systems, das eine klare Kontrastierung zum nationalsozialistischen Terrorregime bildete.

Staat unter Schatten Aus heutiger Sicht erscheinen diese anerkennenden Urteile recht stimmig; denn sie passen zu den vielen vorteilhaften und gedeihlichen Merkmalen der frühen Jahrzehnte – wie Wiederaufbau, Wirtschaftswunder, Aufnahme in die westeuropäische Staatenwelt. Dabei blieb meist ausgeblendet, wie tief die Schatten der dunklen Nazi-Vergangenheit



Der frühere Außenminister Joschka Fischer bei der Vorstellung von „Das Amt und die Vergangenheit“



Blick der AfD auf Kolonialzeit

KULTUR Nach Ansicht der AfD-Fraktion wird die Kolonialzeit kulturpolitisch einseitig und undifferenziert aufgearbeitet. In einem entsprechenden Antrag (19/15784) fordert sie die Bundesregierung deshalb auf, die Erinnerungskultur zur deutschen Kolonialgeschichte so zu gestalten, dass auch die „gewinnbringenden Errungenschaften dieser Zeit“ zum Tragen kommen. Diese müssten im Rahmen eines Dialogprozesses mit Vertretern der ehemaligen Kolonien neben den „zweifelhafte Grundlagen“ herausgestellt werden. Auch im Schulunterricht müsse eine „differenzierte Auseinandersetzung“ mit dem Kolonialismus stattfinden. Zudem wendet sich die AfD-Fraktion gegen Reparationsforderungen, wie sie von den Nachfahren der Herero und Nama in Namibia auf einer „zweifelhafte Grundlage“ erhoben würden. Im Rahmen des Krieges deutscher Kolonialtruppen gegen die Herero und Nama in der ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika habe es zwar „unverhältnismäßige Härten und Grausamkeiten“ gegeben, von einem „systematisch oder vorsätzlich herbeigeführten Völkermord“ könne keine Rede sein. Ebenso spricht sie sich gegen die Restitution von Kulturgütern aus kolonialen Kontexten aus, die „auf einer undifferenzierten Klassifizierung der gesamten Kolonialzeit als „verbrecherisch“ beruhen. In ihrem Antrag beruft sich die AfD-Fraktion auf eine Aussage des Afrikabeauftragten der Bundesregierung, Günter Nook (CDU), wonach der Kolonialismus dazu beigetragen habe, Afrika „aus archaischen Strukturen zu lösen“. **aw**



Spracherkennungssysteme wie das von Amazon in seinen Produkt integrierte »Alexa« sind nicht allen geheuer. Kritiker fürchten um die Privatsphäre der Nutzer. Von großen Absatzschwierigkeiten ist indes noch nichts bekannt. © picture-alliance/dpa

KURZ NOTIERT

AfD will Deutsch als Wissenschaftssprache stärken

Die AfD-Fraktion fordert einen nationalen Aktionsplan zum Erhalt und zur Stärkung der Wissenschaftssprache Deutsch. Dieser soll von der Bundesregierung in Abstimmung mit sprachpflegerischen Institutionen und den Kultusministerien der Länder erarbeitet und der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern vorgestellt werden, heißt es in dem entsprechenden Antrag (19/16053), den der Bundestag am Donnerstag zur weiteren Beratung in den Bildungsausschuss überwies.

Grütters: Beethoven war ein »Mega-Star«

Zum Auftakt des Beethoven-Jubiläumsjahrs hat Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) den Komponisten als einen der bedeutendsten Kulturbotschafter Deutschlands gewürdigt. „Die Auseinandersetzung mit dem Visionär, Humanisten und überzeugten Europäer Ludwig van Beethoven ist heute aktueller denn je“, betonte Grütters. Das Jubiläumsjahr anlässlich des 250. Geburtstags des Komponisten wird am Montag in Bonn mit einem Festakt eröffnet. „Beethoven war schon zu Lebzeiten eine Legende: ein Künstler, der mit seiner Radikalität, gegen Takt und Konvention komponierend, Grenzen sprengte und der damit ein breites Publikum begeisterte“, sagte Grütters. Bis heute verbinde seine Musik Menschen aller Kontinente. **aw**

Anzeige

DAS LEBEN ÄNDERT SICH

Bitte benachrichtigen Sie uns bei:

Namensänderung

Adressänderung

Änderung der Bankverbindung

Telefonisch unter: 069-75014253,
via E-Mail: parlament@fs-medien.de
oder online unter:
www.das-parlament.de/aboservice



Humboldt als Vorbild

BILDUNG Bundestag debattiert über Verbesserung der Wissenschaftskommunikation

Nach Ansicht der Koalitionsfraktionen sollen wissenschaftliche Erkenntnisse einem breiteren Publikum zugänglich und verständlich vermittelt werden. In ihrem gemeinsamen Antrag (19/16044), über den der Bundestag am vergangenen Donnerstag erstmals beriet, fordern CDU/CSU und SPD die Bundesregierung deshalb unter anderem auf, die Programme und Projekte zur Vermittlung vor allem von Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT-Fächer) an Kinder, Jugendliche und in der Erwachsenenbildung finanziell abzusichern. Bei den Oppositionsfraktionen stieß die Zielsetzung des Antrags zwar weitestgehend auf Zustimmung. FDP, Linke und Bündnis 90/Die Grünen kritisierten ihn als unzureichend. Stefan Kaufmann (CDU) verwies auf Alexander von Humboldt. Der exzellente Naturforscher habe mit seinen Lesungen, Artikeln und Essays ein breites Publikum begeistert. Er gelte deshalb als „Vorbild und auch als Vorreiter in der Wissenschaftskommunikation“, sagte Kaufmann. In den Zeiten von Digitalisierung, Globalisierung und technischer Fortschritte sei es unerlässlich, wissenschaftliche Erkenntnisse einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln. In diesem Sinne argumentierte auch die SPD-Parlamentarierin Bärbel Bas. Die Debatten über „Fake News“ zeigten, dass wissenschaftliche Erkenntnisse immer stärker infrage gestellt würden. Zuletzt habe sich dies in der Debatte über die Impfpflicht gezeigt.

Kritik der Opposition Der FDP-Abgeordnete Thomas Sattelberger monierte, der Koalitionsantrag sei „noch düftiger“ ausgefallen als das von Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) vorgelegte Papier zur Wissenschaftskommunikation. Sie enthielten keine Ansätze, „wie man Bakteriologinnen zum Bloggen bewegt“ oder „wie man mehr MINT-Youtuberinnen gewinnt“. Petra Sitte (Linke) hielt der Koalition vor, ihr Antrag nenne „über weite Teile lediglich Projekte, die längst laufen, und was die Wissenschaft bereits selbst leistet“. Zusätzlich finanzielle Ressourcen seien ebenfalls nicht eingeplant. Eine wissenschaftsmündige Gesellschaft erfordere aber zwingend eine ausfinanzierte Wissen-

schafft, sagte Sitte. Anna Christmann (Grüne) bemängelte ebenfalls, dass der Antrag kaum konkrete Vorschläge enthalte. Es sei zwar richtig, dass die Bundesregierung sich um die zunehmende Skepsis gegenüber wissenschaftlicher Expertise Sorge, aber sie habe dieser Skepsis in der Feinstaubdebatte selbst Vorschub geleistet, indem sie einem „zweifelhafte Gutachten hinterhergelaufen“ sei. Der AfD-Parlamentarier Marc Jongen wiederum warf Ministerin Karliczek vor, sie überfrachte die Wissenschaft mit fremden Aufgaben. Wissenschaftler seien „keine PR-Agenten und Politaktivisten“. Die Debatte über den menschengemachten Klimawandel beispielsweise sei überlagert „von milliardenschweren Interessen“ und „Verzerrungen durch politisch interessierte Gruppen“ ausgesetzt. Der Begriff „Klimaleugner“ werde von manchem inzwischen „auf eine Ebene mit dem des Holocaust-Leugnern“ gestellt, sagte Jongen. Bildungsministerin Karliczek hielt Jongs Kritik entgegen, dass 99 Prozent der Wissenschaftler weltweit der Meinung seien, dass ein Teil des Klimawandels menschengemacht sei. Trotzdem werde dies immer wieder bestritten. „Was schließen wir daraus? Dass wir klarer kommunizieren müssen.“ **Alexander Weinlein**

Start-ups fördern Auf diese Empfehlungen nahm auch Ronja Kemmer für die Unionsfraktion Bezug. Sie hatte die Gruppe geleitet und nannte als eine der wesentlichen Vorschläge, die Rahmenbedingungen und Ökosysteme für Start-ups zu verbessern. Die Christdemokratin präsentierte ihre Fraktion als Fortschrittstreiber beim Thema KI. „Wir gehören nicht zu den Bedenkträgern, wir sehen Chancen und wollen diese nicht zerreden.“ KI „made in Europe“ sei eine „erfolgsversprechende Marke“. Dafür müssten aber die Bedingungen stimmen. Bei den Bedingungen sah auch Joana Cotar von der AfD-Fraktion Nachbesserungsbedarf. Mit Blick auf die Fortschritte in China und den USA mahnte Cotar eine Überarbeitung der Datenschutzverordnung (DSGVO) an. Datenschutz sei wichtig, aber die aktuelle Ausgestaltung der Normen mache deutschen Forschern das Leben schwer, kritisierte die AfD-Abgeordnete. Die Bundesregierung müsse beim Thema KI „einen Sprint einlegen“. Benötigt würden etwa höhere Investitionen, Bürokratieabbau und Leuchtturmprojekte. Es dürfe nicht weiter zugelassen werden, dass gut ausgebildete Forscher und Entwickler Deutschland verlassen, weil die Bedingungen anderswo besser seien, sagte Cotar. Der Grünen-Abgeordnete Janeczek kritisierte, dass auch diese Debatte im Plenum zu oberflächlich geführt werde. Christdemokratin Ronja Kemmer habe etwa offen gelassen, was ihre Vorstellung von „Mehr KI wagen“ sei, ob sie damit nun den chinesischen Weg meine oder einen in Schweden praktizierten sozialökologischen Ansatz. Den Ausführungen des Liberalen Brandenburg hielt er entgegen, dass die Daten, mit denen die Systeme lernen, diskriminierungsfrei sein müssten. Angesichts des Ressourcenverbrauchs im Zuge der Digitalisierung und gerade bei KI-Anwendungen müssten zudem Leitplanken für Nachhaltigkeit eingezeichnet werden, mahnte Janeczek. **Sören Christian Reimer**

Alexa hört mit

KI-ENQUETE Erste Zusammenfassungen sind veröffentlicht. Abgeordnete ziehen durchwachsene Zwischenbilanz

Großflächig wirbt der US-Handelsriese Amazon in den Innenstädten und im Netz für seine Alexa-Produkte. Der Sprachassistent, der etwa in Lautsprechern oder in Tablets integriert ist, sei das perfekte Geschenk für alle, die ohnehin schon alles haben, heißt es beispielsweise. Das Kalikül des Konzerns: An Heiligabend soll unter möglichst vielen Weihnachtsbäumen ein Geräts aus eigenem Hause liegen und alsbald angeschaltet werden. Während die Nutzerinnen und Nutzer dann per Sprachbefehl Musik abspielen, das Licht einschalten oder irgendetwas bestellen, sammelt der Konzern neben Umsätzen auch fleißig Daten, um die Spracherkennung weiter zu optimieren, Künstliche Intelligenz (KI) macht's möglich. Grob gesagt: Dieter Janeczek würde man mit einem Alexa-Produkt zu Weihnachten allerdings of-

fenbar keine Freude machen. Es sei „der Weg in den totalen Überwachungsstaat, der dort stattfindet“, mahnte der Grünen-Abgeordnete vergangenen Freitag im Bundestag in Richtung Amazon und forderte die Zuhörer auf: „Schalten Sie das aus!“

Datenschutz Tatsächlich hatte der Konzern Mitte 2019 zugeben müssen, dass die Auswertung der Sprachmitschnitte nicht rein maschinell erfolgt, sondern dass Mitarbeiter – auch im Homeoffice – Mitschnitte abhören, um sie zu transkribieren. Das dürfte interessante Einblicke ergeben haben, stehen die Endgeräte doch in Wohn- oder auch Schlafzimmern herum. Der Umgang mit Daten, Datenschutz und Privatsphäre gehört zu den wesentlichen Herausforderungen beim maschinellen Lernen und der KI-Technologie. Wie unter anderem damit umzugehen ist, ergründet seit September 2018 eine Enquete-Kom-

mission des Bundestages. Vergangenen Freitag zogen die beteiligten Abgeordneten im Plenum eine teils durchwachsene Zwischenbilanz. Tags zuvor hatte die Kommission Zusammenfassungen der ersten Ergebnisse veröffentlicht. Die Lernkurve bei dem komplexen technischen Thema „war und ist steil“, gab die Enquete-Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) zu. Das sei „ganz schön anstrengend, aber auch lehrreich und lohnend“. Kolbe zog eine positive Bilanz. Es sei gelungen, sich nicht in „Meta-Debatten“ zu verlieren, sondern in den verschiedenen Handlungsfeldern konkret zu werden. Das sei sehr hilfreich, denn so komme man aus einem Schwarz-Weiß-Denken raus. Vom Weihnachtswort – aber tatsächlich eher von den Kommissionsmitgliedern aus den Reihen der Fraktionen – wünschte sich Kolbe, „ein bisschen mehr den Geist der Überparteilichkeit walten zu lassen“. Je mehr Kon-

KURZ REZENSIIERT



JILL LEPORE
DIESE WAHRHEITEN
GESCHICHTE DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA
C.h. Beck Verlag; München 2019; 1.120 S. 39,95 €

In Zeiten, in denen US-Präsident Trump mit einem Impeachment-Verfahren konfrontiert ist, versucht Jill Lepore, Geschichts-Professorin in Harvard, ihren Mitbürgern die Werte der amerikanischen Verfassung zu vermitteln. Mit Erfolg: Ihr Buch elektrisiert die Nation. Wie kann es sein, dass ein Wälzer über ein historisches Thema bereits kurz nach Erscheinen von namhaften Wissenschaftlern als Klassiker bezeichnet wird? Von einem „Meisterwerk der Geschichtsschreibung“ ist die Rede, „Diese Wahrheiten“ seien „revolutionär“ und „brillant“.
Jill Lepore geht neue Wege, um die Geschichte der USA zu erzählen. Als roter Faden dienen ihr die einzelnen Artikel der US-Verfassung. Was bedeutet Gleichheit? Worauf gründet der Rassismus? Kritisch setzte sie sich mit den vielen Verletzungen der Verfassung auseinander, die zu politischen Krisen führten. Die Stellung der USA als „führende Nation einer liberalen Weltordnung, die auf dem Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit beruht, geriet in eine Krise, als das Land sich bei seinem Krieg gegen den Terror über die bei der Staatsgründung formulierten Grundsätze hinwegsetzte“, lautet ein Schlüsselsatz. Washington dürfe keinesfalls die Genfer Konventionen, das Völkerrecht und die Menschenrechte missachten, terrorverdächtige Personen foltern und ohne Gerichtsverfahren inhaftieren, kritisiert Lepore.
„Die Wahrheiten, auf welche die Nation gegründet wurde – Gleichheit, Souveränität und Zustimmung –, waren nach dem Bürgerkrieg weiterentwickelt worden. Der moderne Liberalismus entstand aus dieser politischen Vereinbarung“. Amerika habe den „Rechtsstaat, individuelle Bürgerrechte, eine demokratische Regierung, offene Grenzen und Freihandel“ in die Welt getragen. Die Konservativen jedoch hätten den Begriff der Wahrheit zerstört, indem sie den Willen des Wahlvolkes manipulierten, schreibt Lepore. Ihr Buch ist Pflichtlektüre. **manu**



JULIA EBNER
RADIKALISIERTE MASCHINEN
WIE EXTREMISTEN DIE NEUEN TECHNOLOGIEN NUTZEN UND UNS MANIPULIEREN
Suhrkamp Verlag, Berlin 2019; 335 S., 18 €

„Um Zugang zu erhalten zu den nur für Mitglieder offenen Kanälen, schick ein Foto von deiner Hand oder deinem Handgelenk“, lautet die Anweisung des Administrators. Der Neuling muss die Forderung erfüllen, wenn er in die Diskussionsgruppe einsteigen will, die sich mit „Rassenfragen, Volkstum und Spiritualität“ beschäftigt. Das erste Hindernis ist schnell beseitigt: Die Nutzerin kann ihre „weiße Abstammung“ nachweisen. Der eher journalistische Einstieg in ein wissenschaftliches Buch macht deutlich: Julia Ebner betreibt „Feldforschung“.
Die am Londoner „Institute for Strategic Dialogue“ forschende Österreicherin, die sich bereits mit ihrem Buch „Wut: was Islamisten und Rechtsextreme mit uns machen“ einen Namen gemacht hat, wollte nachvollziehen, wie Extremisten ihre Anhänger im Netz rekrutieren und mobilisieren. Sie legte sich fünf Tarnidentitäten zu und meldete sich bei mehreren extremistischen Plattformen an: bei Islamisten und Dschihadisten, europäischen Rechtsradikalen, weißen Nationalisten, Verschwörungstheoretikern, radikalen Frauenfeinden und Hackern. Zwei Jahre lang bewegte sich Julia Ebner in Echo-Kammern, die nur vertrauenswürdigen Chat-Mitgliedern offenstehen. Interessant ist nicht nur, wie die Anführer der Extremisten argumentieren, sondern vor allem, wie sie ihre Desinformationskampagnen steuern und ihre Einschüchterungsfeldzüge koordinieren. Ebner betont, dass alle diese Gruppen ähnlich funktionieren: „Ihre Anführer generieren geschützte soziale Blasen, in denen sie zu antisozialen Verhalten im Rest der Welt aufrufen.“
Nach Schätzungen spielen die sozialen Medien in 90 Prozent aller Radikalisierungen eine Rolle. Vor diesem Hintergrund bedeuten die Recherchen von Julia Ebner einen Meilenstein. Der Terrorakt von Halle am 9. Oktober 2019 bestätigt, dass die Ebner an der richtigen Stelle forscht. Der Täter hatte sich im Internet radikalisiert. **manu**



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

»Sie funktionieren anders«

KLAUS THEWELEIT Sein zweibändiges Werk »Männerphantasien« über die psychologische, sexuelle und soziopolitische Vorgeschichte des Nationalsozialismus gilt als Klassiker der Gewalt- und Männerforschung. Nun ist eine Neuauflage erschienen

Herr Theweleit, Sie sind 1942 geboren, waren also 35 Jahre alt, als der erste Band der »Männerphantasien« 1977 herauskam. Nach über vier Jahrzehnten ist nun eine Neuauflage erschienen. Überrascht Sie die anhaltende Wirkung Ihrer Recherchen?

Nein. Das Verfahren des »Tötens aus Lust«, das ich am Beispiel als spezifisch männliches beschreibe, hat ja nicht nachgelassen. Es nimmt eher zu in der heutigen Welt, jeden Tag gibt es frische Belege.

Was war Ihr Forschungsansatz?

Es gab damals eine Menge Arbeiten zum deutschen Faschismus, die ideologiekritisch ausgerichtet waren. Sie wollten den Nationalsozialisten und ihren Vorläufern in erster Linie so etwas wie fundamentale Dummheit beweisen. »Blut und Boden«-Zeugs lächerlich zu machen, ist allerdings sehr einfach. Es führt keineswegs zu irgendwelchen Einsichten dazu, wie diese »blöden Nazis mit ihrem Oberdummkopf Hitler« es geschafft hatten, so viel Macht und Attraktion zu entwickeln, dass sie beinahe ganz Europa militärisch-terroristisch in die Tasche steckten. Ich wollte dagegen ein Buch schreiben, in dem man über tatsächliche Nazis tatsächlich etwas erfährt. Das geht nur, indem man erstmal zur Kenntnis nimmt, was sie überhaupt sagten beziehungsweise sagen. Das Verfahren, das ich dabei anwandte, wurde später unter dem Terminus »Close Reading« bekannt. Genau hinsehen, genau hineinhören ins »Material«, genau recherchieren und nicht zu allem sofort eine Meinung haben. Mit Meinungen entdeckt man nichts.

Sie haben mit dem Thema promoviert, »Spiegel«-Chef Rudolf Augstein lobte Ihr Buch in einer seitenlangen Besprechung. Sie galten aber auch als eigenwilliger Geist, eine Hochschulkarriere ergab sich zunächst nicht. Die Universität Freiburg wollte Sie nicht mal ein Proseminar abhalten lassen. Warum gab es diese Widerstände? Wegen des »lässigen« und »unakademischen« Stils, wie Sie im aktuellen Nachwort schreiben?

»Man« – und es waren in der Tat Professoren-Männer – wollte mich am Deutschen Seminar der Uni Freiburg nicht, weil diese mich zu gut kannten und fürchteten – als Aktivist des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, der sie oft genug in ihren Lehrveranstaltungen attackiert und auch bloßgestellt hatte. Und der sollte nun unter die Kollegenschaft? Bewahre!

1998 wurden Sie doch noch Professor an der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste in Karlsruhe. Was hatte sich geändert?

Erstens waren das andere Menschen, eben Künstler – was Philologen in der Regel nicht sind. Zweitens hatte ich denen nichts getan. Im Gegenteil, meine folgenden Bücher hatten sich mit Produktionsweisen der Kunstherstellung befasst. Besonders mit dem Umstand, wie eine bestimmte Sorte Künstler, die ich unter »Orpheische Produktion« zusammenfasste, die Körperlichkeit ihrer Frauen in ihre Werke »einarbeiteten«. Und dies nicht nur am Beispiel lite-

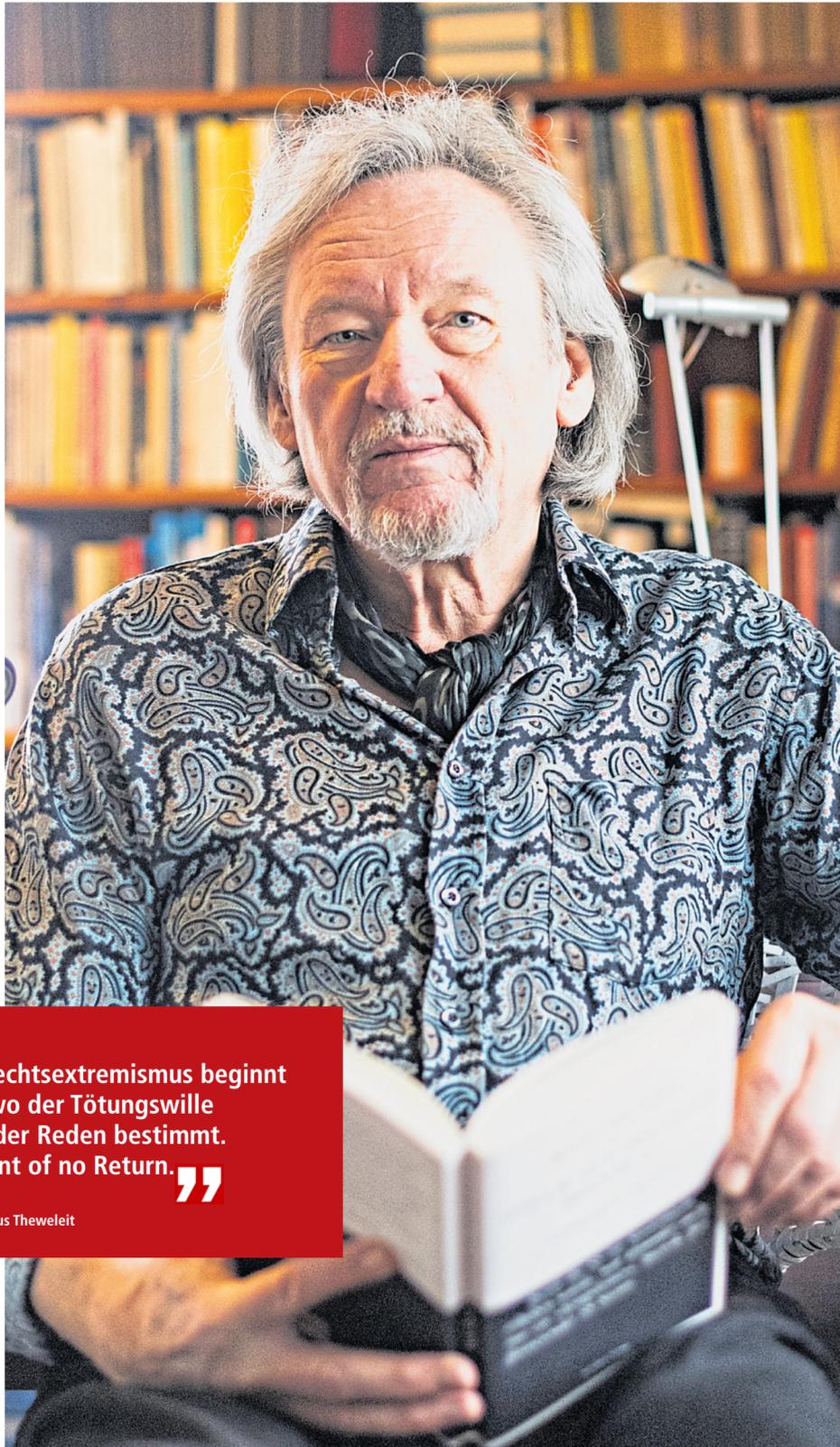
rarischer, sondern auch bildender oder musischer Künstler: Andy Warhol, Elvis Presley. Das fanden Leute aus der Karlsruher Akademie interessant und fragten, ob ich Interesse an einer Professur bei Ihnen hätte. Aus der Vertretung, die ich zunächst zusagte, wurde dann eine feste Stelle. Ein weiterer Grund für mich war der Kontakt zu den Kunststudenten, ich lerne immer gern von Jüngeren.

Wie andere frühe Männerautoren waren Sie stark von der Psychoanalyse geprägt. Im Kern stützen sich die »Männer-

phantasien« auf persönliche Dokumente der Freikorps: Deutsche Soldaten, die 1918 enttäuscht aus dem Ersten Weltkrieg zurückkamen und später eine verlässliche Stütze der Nationalsozialisten bildeten. Auf insgesamt 1.150 Seiten legen Briefe, Biografien und literarische Spuren die sexuell aufgeladenen, gewalttätigen Phantasien dieser Männer offen.

Psychoanalyse, das muss man präzisieren. Mit den Freudschen Begriffen wie Ich, Es und Über-Ich kommt man bei diesen Männern nicht weit. Sie funktionieren anders. Einen Zugang zu ihren Gefühlen, die sie selber breit darlegen in ihren Schriften, bekam ich über Weiterentwicklungen der Forschung, die in der Psychoanalyse über Kleinkinder und Adoleszenz gemacht wurde – überwiegend von Frauen, von Melanie Klein, Margaret Mahler und anderen. Dort erscheint der Begriff des »Fragmentkörpers«; psychische Mechanismen wie »Entdifferenzierung« und »Entlebendigung« tauchen auf und der Terminus »Erhaltungsmechanismen« für eigene Gewaltaktionen. Im Innern der meisten Gewalttäter herrschen diffuse Ängste. Mit diesen Termini kam ich in Berührung über meine Frau, die seit 1970 in der Kinder- und Jugendpsychiatrie an der Universität Freiburg als klinische Psychologin angestellt war. Ich stelle erstaunt fest, dass viele dieser neuen Begriffe die »zerstörte Körperlichkeit« der Figur, die ich dann den »soldatischen Mann« nannte, sehr viel genauer verständlich und damit beschreibbar machten als alles, was aus traditioneller Psychoanalyse und aus der Politikwissenschaft gekommen war.

Für die Neuauflage des Buches haben Sie ein ausführliches Nachwort geschrieben. Welche Aktualität haben Ihre Erkenntnisse?



Klaus Theweleit

„Der wirkliche Rechtsextremismus beginnt für mich da, wo der Tötungswille das Handeln oder Reden bestimmt. Das ist der Point of no Return.“

2015 gab es ja schon eine Art Erweiterungsband der »Männerphantasien«: »Das Lachen der Täter«, in dem ich auf Anders Breivik eingehe, auf mordende Soldaten und Kindersoldaten in Zentralafrika, auf den Massenmord an angeblichen Kommunisten in Indonesien Mitte der 1960er Jahre, auf die deutsche SS, auf Gewalttäter des sogenannten »Islamischen Staates« und auf viele weitere. Solche fortlaufende Aktualität bestimmter männlicher Gewalthandlungen weltweit stützte die Erkenntnisse von »Männerphantasien«. Das neue Nachwort jetzt bezieht jüngste Fälle mit ein, vom Attentäter im Münchner Olympia-Einkaufszentrum über die amerikanischen Altright-Killer bis zum neuseeländischen Massenmörder Brenton Tarrant. Der Mörder von Halle, der vorhatte, in der Synago-

ge ein Massaker anzurichten, ist noch nicht drin. An Aktualität herrscht leider kein Mangel.

Sie diagnostizieren eine Unfähigkeit zu menschlichen Beziehungen, ein aggressionsgeladenes »Inneres« und einen durch Drill ausgeformten »Körperpanzer«. Ist Männlichkeit per se gefährlich, destruktiv oder gar »toxisch«, wie eine provokante Mode-Diagnose lautet? Bestimmte Sorten »Männlichkeit« sind per se gefährlich. Diese Gefährlichkeit wird aber erworben: Körper werden zugerichtet und, wenn sie keine mildernde Hilfe erfahren, zu lebenden Bomben. »Toxisch« klingt dagegen so, als wäre dies eine Eigenschaft, die Männerkörper von Geburt an mitbringen. »Toxisch« ist ein Kampfbegriff, vergleichbar der Formel »kulturmarxistisch-feministisch verseucht« oder »versifft«, die Anders Breivik und andere für Sozialdemokratinnen, Grüne oder Linke verwenden.

Die Forschung über die Ursachen männlicher Aggression ist immer noch lückenhaft. Erst recht gilt das für die Gewalt, die Männer nicht als Täter ausüben, sondern als Opfer selbst erfahren. Einzelne Wissenschaftler haben darüber geschrieben, stoßen aber bei Anträgen auf finanzielle Unterstützung oft auf Wi-

derstand. Das Thema ist ein geschlechterpolitisches Minenfeld und ein Eingangstor für selbsternannte »Männerrechtler«. Was halten Sie von den sogenannten Maskulinisten? Ich kenne diese Leute kaum. Dass es eine Tendenz unter »Männerrechtlern« gibt, alle Schuld für angebliche oder wirkliche Benachteiligungen, die sie im Leben erfahren, Frauen zuzuschreiben, ist mir bekannt. Mordlust geht daraus noch nicht hervor. Insofern sehe ich hier kein »geschlechterpolitisches Minenfeld«. Denn im tatsächlichen Minenfeld kann nicht mehr geredet werden.

Frauen gehören im Denken der Männer, die Sie beschreiben, prinzipiell »nach unten«, werden abgewertet oder gar gehasst. Die Forderung nach politischer Gleichstellung der Geschlechter kann in diesem Weltbild nur verstören. Ist Anti-Feminismus stets klar dem rechten Spektrum zuzuordnen?

Der Typus, den ich beschreibe – und zwar aus seinen eigenen Äußerungen heraus – erträgt alle Verhältnisse um ihn herum nur, wenn sie hierarchisch angeordnet sind. Darin gehören Frauen notwendig »nach unten«; zumindest weiter nach unten, als er selbst sich einordnet. Der Gedanke, dass es fundamentale Gleichheit geben könnte

ZUR PERSON

Klaus Theweleit wurde 1942 im ostpreußischen Ebenrode (Nesterow, Russland) geboren und wuchs nach der Flucht der Familie in Schleswig-Holstein auf. Nach dem Studium der Germanistik und Anglistik promovierte er 1976 mit seiner Dissertation »Freikorpsliteratur. Vom deutschen Nachkrieg 1918-1923«, die zur Grundlage seines zweibändigen Werks »Männerphantasien« wurde. Von 1998 bis 2008 war er Professor für Kunst und Theorie an der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste Karlsruhe. Theweleit lebt in Freiburg, ist als freier Autor tätig und hat Lehraufträge in Deutschland, den USA, der Schweiz und Österreich.

unter Menschen, bedroht ihn körperlich; »bringt ihn um«. Und so muss er sich wehren. Nazis handeln immer aus notwendiger »Gegenwehr«. Was sie bedroht, muss getötet werden; die Welt muss so angeordnet sein, dass alle wissen, wo ihr Platz in der Gesellschaft ist: unter ihnen. Das nennen sie die »natürliche Ordnung« der Dinge. Diese Haltung kann auch in anderen als dem rechten Spektrum gefunden werden. Dort aber ist sie ein Strukturmerkmal, das nie fehlt.

Deutlich mehr Männer als Frauen wählen die AfD, auch in der Neonazi-Szene sind sie überdurchschnittlich vertreten. Sind rechte Bewegungen ein Männerphänomen?

Der Begriff »Rechte Bewegungen« differenziert nicht genug. Es gibt viele Frauen überall auf der Welt, die eher zur politischen Rechten neigen: Sie bezeichnen sich als »konservativ«, wählen rechte Parteien und organisieren sich in Tea Parties oder ähnlichem. Es gibt Untersuchungen unter streng muslimischen Frauen, die belegen, dass etliche von ihnen der familiären, sexuellen und rechtlichen Unterordnung, die sie in ihren manddominierten Gesellschaften erfahren, im Prinzip zustimmen. Doch sie sind damit noch keine rechte Bewegung, sind nicht notwendig gewalttätig. Rechte Bewegungen, die man so nennen kann, gehen immer auf Auslöschung des Gegners aus. Der wirkliche Rechtsextremismus beginnt für mich da, wo der Tötungswille das Handeln oder Reden bestimmt. Das ist der Point of no Return. Wie dieser Tötungswille jeweils begründet wird, ist ziemlich egal: Breivik mordet als »Christ«, die IS-Leute für »Allah«, die Nazis im Auftrag »höherer Rasse«, die Alrights, um dem »Genozid an den Weißen« vorzubeugen und so weiter. Begründungen sind beliebig aus dem Hut zu zaubern, sind aufklebbare Ideologien. Faschismus ist aber keine Ideologie, Faschismus ist eine Art und Weise, die Realität herzustellen. Eine zerstörerische Art, die man argumentierend nicht widerlegen kann.

Ein wichtiger Impuls für Ihre Arbeit war die vor 40 Jahren nicht sehr weit reichende Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Die Rolle der Wehrmacht, der »ganz normalen Soldaten«, wurde damals kaum diskutiert. Sind die Psychogramme der deutschen Freikorps denn übertragbar auf das Militär allgemein? Hatten zum Beispiel auch die Angehörigen des amerikanischen Militärs oder der Roten Armee »Männerphantasien«? Etliche von ihnen, ja, sicher. Im Falle der US-Marines hat Stanley Kubrick das gezeigt mit dem Film »Full Metal Jacket«. Dessen erster Teil ist wie eine Verfilmung von »Männerphantasien«.

Das Gespräch führte Thomas Gesterkamp. ■



Klaus Theweleit:

Männerphantasien

Matthes & Seitz, Berlin 2019; 1.270 S., 42 €

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



AUFGEKEHRT

Fortschritt in Freundschaft

Wenn sich dieser Tage unter den Weihnachtsbäumen wieder die Elektro- und Plastikoffensive aus China auftrübt, wissen wir, die Freunde aus Fernost sind uns ganz nah. Verträumt und dankbar blicken wir zwischen Kerzen auf den Fortschritt und entdecken inmitten der guten Gaben das schönste Geschenk – die Gemeinsamkeiten zwischen Deutschen und Chinesen in Vergangenheit und Gegenwart: Die Mauer, die charismatischen politischen Anführer, die Liebe zu Bären, das Reich der Mitte und die Mitte im Reichstag. Ist nicht der chinesische Präsident Xi Jinping auch so ein verschnuffelter Panda, der Heiligabend zutraulich zwischen unseren Beinen krabbeln könnte, während wir die Bio-Gans aus Brandenburg entkernen? Sind wir ehrlich: Die Chinesen waren uns immer schon gedanklich voraus, nehmen wir segensreiche Entwicklungen wie Silvesterkracher oder Tattoos. Neuerdings ist auch den Huawei-Smartphones der Schrecken abhandlung gekommen, nachdem die Firma klargestellt hat, dass die praktische Mithörfunktion des chinesischen Staatsapparates nur bei Abgeordneten und Regierungsmitgliedern freigeschaltet wird. Auch parlamentarisch wollen wir nun rasch nachziehen. Noch ist der chinesische Volkskongress mit rund 3.000 Abgeordneten größer als der Bundestag. Aber wir holen zügig auf. Derzeit sind es 709 Volksvertreter, demnächst könnten wir die 800 schaffen. Leider ist unsere Halle des Volkes etwas klein, weshalb die Masse künftig wohl in praktischen Containern hockt. Für Plenardebatten käme das Olympiastadion in Betracht. Ein altes chinesisches Sprichwort lautet: „Das Leben meistert man lächelnd – oder gar nicht.“ *Claus Peter Kosfeld*

VOR 60 JAHREN...

Hakenkreuze in Europa

31.12.1959: Schmierereien verstören zum Jahreswechsel. 14 Jahre nach dem Ende des Dritten Reichs, erlebte Europa ein böses Déjà-vu. Am 31. Dezember 1959 kam es unter anderem in Paris, London, Antwerpen und mehreren Städten der Bundesrepublik zu Hakenkreuzschmierereien. Es waren Nachahmungstaten: Bereits an Weihnachten hatten zwei 25-jährige Mitglieder der rechtsextremen Deutschen Reichspartei (DRP) in



Die neue Synagoge in Köln wurde an Weihnachten 1959 geschändet.

Köln die Synagoge, die nach der Zerstörung durch die Nazis erst im September eingeweiht worden war, verschandelt. „Deutsche fordern Juden heraus“, schmierten sie auf die Wände, dazu Hakenkreuze. In den Wochen danach wurden bundesweit Hunderte ähnliche Fälle gezählt. „Wenn man die Meldungen aneinanderreihet, könnte man meinen, eine weit verstreute Brigade des Teufels habe Urlaub bekommen und sei auf uns losgelassen worden“, meinte Berlins Regierender Bürgermeister Willy Brandt (SPD). Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) rief Polizisten: „Wenn Ihr irgendwo einen Lümmel erwischt, vollzieht die Strafe auf der Stelle und gebt ihm eine Tracht Prügel.“ Während man im Ausland in der „Schmierwelle“ eine Rückkehr des Judentums sah, markierte sie in der Bundesrepublik eine Zäsur. In der Öffentlichkeit, in der die NS-Vergangenheit noch ein Tabuthema war, war das Entsetzen groß. Es setzte sich die Meinung durch, dass es Versäumnisse in der Aufarbeitung der NS-Zeit gegeben hatte. Der Bundestag verabschiedete 1960 ein Gesetz gegen Volksverhetzung. Die beiden Rechtsextremen von Köln wurden allerdings nur wegen Sachbeschädigung verurteilt. *Benjamin Stahl*



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

WEIHNACHTSRÄTSEL 2019



Der Weihnachtsbaum auf dem Platz der Republik vor dem Reichstagsgebäude in Berlin kommt in diesem Jahr aus dem Harz. Die Fichte aus dem Landkreis Goslar ist 63 Jahre alt. © Deutscher Bundestag/Achim Melde

Lesen, Mitraten und eine Berlin-Reise gewinnen

- Eine Reise nach Berlin für zwei Personen inklusive eines Besuchs des Bundestags – das ist der Hauptpreis des diesjährigen Weihnachtsrätsels von „Das Parlament“.
1. Wie heißt die seit März 2018 amtierende Bundeslandwirtschaftsministerin?
 2. Was wird laut Christoph Hoffmann (FDP) bei der Klimaentwicklung oft unterschätzt?
 3. Wie groß ist die gesamte Waldfläche in Deutschland?
 4. Zum wievielten Mal jährte sich in der vergangenen Woche der Terroranschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz?
 5. Wie heißt der Hersteller der bewaffnungsfähigen Drohne Heron TP?
 6. Was sind Städte und Gemeinden nach Ansicht des SPD-Baupolitikers Bernhard Daldrup?
 7. Wo fand die erste UN-Klimakonferenz (COP) statt?
 8. Wie lautete das Urteil der Karlsruher Verfassungsrichter im Jahr 2018 mit Blick auf Patienten in psychiatrischen Einrichtungen?
 9. Womit beauftragte Joschka Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) 2005 eine Historikerkommission?
 10. Mit wie vielen Tarn-Identitäten arbeitete Julia Ebner bei den Recherchen für ihr Buch?
 11. Wie heißt der Geburtsort von Klaus Theweleit heute und in welchem Land liegt er?
 12. In welchem Jahr verabschiedete der Bundestag ein Gesetz gegen Volksverhetzung?
- Ihre Antworten inklusive Ihrer Kontaktdaten senden Sie bitte per Post oder E-Mail bis zum 09. Januar 2020 an: Redaktion „Das Parlament“ Platz der Republik 1 11011 Berlin redaktion.das-parlament@bundestag.de Stichwort: Weihnachtsrätsel 2019 Barauszahlungen sind nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Besuch in den Parlamentsvierteln

AUSSTELLUNGEN Bundestags-Kunst in Berlin und Brüssel entdecken

Noch bis zum 5. Januar 2020 kann die Ausstellung „Was vergeht – was bleibt?“ mit Fotografien aus der Kunstsammlung des Deutschen Bundestages zum 30. Jahrestag des Falls der Mauer besucht werden. Die Arbeiten von Arno Fischer, Robert Häusser, Hildegard Ochse und Friedrike von Rauch sind im Mauer-Mahnmal am Berliner Marie-Elisabeth-Lüders-Haus (Eingang an der Spree) ausgestellt. Sie können von Dienstag bis Sonntag zwischen 11 und 17 Uhr besucht werden. Ebenfalls noch bis zum 5. Januar kann die fotografische Rekonstruktion „Johann Gottfried Schadow im Berliner Schloss“ zum Parolesaal des einstigen Berliner

Stadtschlusses besucht werden. Im Schadow-Haus (Schadowstraße 10, 10119 Berlin) ist die Ausstellung von Dienstag bis Sonntag zwischen 11 und 17 Uhr geöffnet. Der Eintritt in beide Ausstellungen ist frei. Auf Reise nach Brüssel gehen zwei weitere Ausstellungen: Noch bis zum 20. Juni 2020 gastiert im Verbindungsbüro des Bundestages bei der Europäischen Union (Square de Meeüs 40, 1000 Brüssel) die Ausstellung „Das Parlament“. In dieser widmet sich Comic-Künstler Simon Schwarz Comics zum Leben und Wirken von 45 Parlamentariern aus der Zeit von der Paulskirche 1848 bis zur deutschen Wiedervereinigung 1990. Dazu zäh-

len etwa der Mediziner Rudolf Virchow, die Frauenrechtlerin Clara Zetkin oder auch Elisabeth Selbert, eine der Mütter des Grundgesetzes. Ebenfalls wird dort die Ausstellung „100 Jahre Frauenwahlrecht: 19 + 1 Künstlerinnen“ gezeigt. Anlässlich der Wahl zur Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919, bei der Frauen erstmals ein aktives und passives Wahlrecht besaßen, bat der Kunstbeirat des Deutschen Bundestages neunzehn Künstlerinnen um ein Statement zum Thema. Anmeldungen für diese beiden Ausstellungen werden per Mail unter verbindungsbuero-bruessel@bundestag.de entgegen genommen. *Ibr*

LESERPOST

Zur Ausgabe vom 16. Dezember 2019, „Votum für Mahnmal“ auf Seite 13: Die Bundesrepublik errichtet Mahn- beziehungsweise Denkmale überwiegend für Opfergruppen der NS-Zeit und jetzt eins für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft. Daran muss man auch erinnern. Aber aus welchem Grund wird kein zentrales Vertriebenenendenkmal errichtet, das die Opfer, die Flucht und die Zwangsvertriebung der deutschen Bevölkerung aus den damaligen deutschen Ostgebieten zum Thema hat? Es wirkt so, als ob das Thema nicht mehr auf der Tagesordnung steht, da der Bevölkerungsanteil, der das noch erlebt hat, kaum noch unter uns ist. Ist so ein epochales Ereignis mit einem tiefen Einschnitt in die Geschichte keine Erinnerung wert? *Hans-Dieter Seul, Berlin*

PANNENMELDER

Zur Beilage „leicht erklärt“ zur Betriebsrente vom 16. Dezember 2019: Anders als dargestellt, gelten die Neuregelungen für Betriebsrenten auch für bestehende Betriebsrenten-Bezieher.

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament Platz der Republik 1 11011 Berlin redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 06.01.2020.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 15. – 17.01.2020

Organspende (Do) Deutsche EU-Ratspräsidentschaft (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung

PERSONALIA

>Hans Wallow Bundestagsabgeordneter 1981-1983, 1990-1998, SPD

Hans Wallow begeht am 25. Dezember seinen 80. Geburtstag. Der Diplom-Pädagoge und Ministerialrat schloss sich 1966 der SPD an und war von 1987 bis 1998 Vorsitzender des Unterbezirks Ahrweiler. Der Sozialdemokrat arbeitete im Bundestag im Bildungsausschuss sowie im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit.

>Karl-Hans Laermann Bundestagsabgeordneter 1974-1998, FDP

Am 26. Dezember vollendet Karl-Hans Laermann sein 90. Lebensjahr. Der Bauingenieur und Hochschullehrer aus Mönchengladbach trat 1968 der FDP bei und gehörte von 1980 bis 1990 dem Bundesvorstand der Liberalen an. Der langjährige forschungspolitische Sprecher seiner Bundestagsfraktion und stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Forschung und Technologie von 1976 bis 1994 war 1994 Bundesbildungsminister.

>Hildegard Wester Bundestagsabgeordnete 1990-2002, 2004/05, 2009, SPD

Hildegard Wester wird am 28. Dezember 70 Jahre alt. Die Lehrerin aus Mönchengladbach schloss sich 1971 der SPD an und war stellvertretende Vorsitzende des dortigen Unterbezirks. Im Bundestag wirkte Wester im Familien-, im Innen- sowie im Bildungsausschuss mit. 2001/02 war die Sozialdemokratin stellvertretende Vorsitzende ihrer Bundestagsfraktion.

>Albrecht Papenroth Bundestagsabgeordneter 1994-2002, SPD

Am 30. Dezember begeht Albrecht Papenroth seinen 80. Geburtstag. Der Diplom-Ingenieur aus Spremberg trat 1990 der SPD bei und war dort Stadtverordneter. Der Direktkandidat des Wahlkreises Calau-Senftenberg-Spremberg engagierte sich im Städtebau- sowie im Verteidigungsausschuss.

>Dieter Weirich Bundestagsabgeordneter 1980-1989, CDU

Dieter Weirich wird am 31. Dezember 75 Jahre alt. Der Redakteur trat 1961 der CDU bei und amtierte von 1972 bis 1978 als Vorsitzender in Hanau sowie im Main-Kinzig-Kreis. Von 1974 bis 1980 gehörte er dem hessischen Landtag an. Der medienpolitische Sprecher seiner Bundestagsfraktion arbeitete im Forschungs- sowie im Telekommunikationsausschuss mit. Von 1989 bis 2001 war Weirich Intendant der „Deutschen Welle“.

>Azize Tank Bundestagsabgeordnete 2013-2017, parteilos/Die Linke

Am 1. Januar wird Azize Tank 70 Jahre alt. Die Sozialarbeiterin aus Berlin, die sich früh in der dortigen Frauen- und Friedensbewegung engagierte, war Vorsitzende verschiedener Vereine für die Wahrung der Rechte türkischer Frauen. Im Deutschen Bundestag wirkte Tank im Sozialausschuss mit.

>Christel Happach-Kasan Bundestagsabgeordnete 2002-2013, FDP

Christel Happach-Kasan wird am 4. Januar 70 Jahre alt. Die Biologin aus Bäk/Kreis Herzogtum Lauenburg trat 1970 der FDP bei, gehörte von 1989 bis 2009 dem Landesvorstand an und wurde 1999 stellvertretende Vorsitzende in Schleswig-Holstein. Von 1992 bis 2002 war die Liberale Mitglied des Kieler Landtags. Im Bundestag wirkte Happach-Kasan im Landwirtschaftsausschuss mit.

>Karl-August Kamilli Bundestagsabgeordneter 1990, SPD

Am 5. Januar wird Karl-August Kamilli 75 Jahre alt. Der Geophysiker schloss sich 1989 dem Neuen Forum an und war im Oktober Mitbegründer der Leipziger Sozialdemokratie. Von März bis Oktober 1990 gehörte er der ersten frei gewählten Volkskammer und danach dem Bundestag an.

>Dietrich Mahlo Bundestagsabgeordneter 1987-1998, CDU

Dietrich Mahlo vollendet am 8. Januar sein 85. Lebensjahr. Der Jurist aus Berlin war CDU-Vorsitzender in Wilmsdorf und gehörte von 1979 bis 1988 dem Abgeordnetenhaus an. 1987 rückte er für den Abgeordneten Peter Lorenz in den Bundestag nach und engagierte sich vorwiegend im Rechtsausschuss.

>Leyla Onur Bundestagsabgeordnete 1994-2002, SPD

Am 8. Januar begeht Leyla Onur ihren 75. Geburtstag. Die Berufsschullehrerin aus Braunschweig trat 1973 der SPD bei und stand von 1991 bis 2002 an der Spitze des dortigen Unterbezirks. Von 1976 bis 1989 war sie Ratsfrau in Braunschweig. Die Direktkandidatin des gleichnamigen Wahlkreises wirkte im Sozialausschuss mit. Von 1989 bis 1994 war sie Mitglied des Europäischen Parlaments. *bmh*

Julia Klöckner, CDU, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Klimaschutz und Nachhaltigkeit zum Aufbau der Wälder



Julia Klöckner (*1972)
Bundesministerin

Unser Wald lehrt uns Denken und Handeln in Generationen. Ein Baum, der heute gepflanzt wird, kann uns 80 Jahre und mehr zum Wohle dienen. Und der Wald ist ein Multitalent: Tieren und Pflanzen bietet er Lebensraum, Nahrung und Schutz. Er liefert uns Holz, Erholung und frische Luft. Der Waldboden nimmt den Regen auf. Er verhindert so, dass Hochwasser entstehen. Im Waldboden wird das Wasser gefiltert und gespeichert. Wälder sind schlichtweg unsere grüne Lunge. Sie speichern CO₂ langfristig. Ohne unsere Wälder wären die CO₂-Emissionen um 14 Prozent höher. Jeder Baum, liebe Kolleginnen und Kollegen, den wir heute nicht pflanzen, ist deshalb ein Versagen, ein

Versagen, das die kommende Generation ausbaden muss.

Wir brauchen den Wald heute, und wir brauchen ihn morgen. Knapp ein Drittel der Landfläche Deutschlands ist bewaldet. Er gibt mehr als 1 Million Menschen, gerade auf dem Land, Arbeit und Einkommen. Wir brauchen den Wald.

Aber der Wald braucht auch uns. Wir stehen am Ende eines schwierigen Jahres; das wissen wir. Wetterextreme und Klimawandel haben massive Spuren hinterlassen. Die Bäume sind nachhaltig gestresst und anfällig für Schädlinge. Stürme, Trockenheit, Wassermangel, Waldbrände, Befall durch Borkenkäfer oder Eichenprozessionsspinner – 180 000 Hektar Wald sind geschädigt. Das entspricht umgerechnet rund 250 000 Fußballfeldern.

Millionen Festmeter an Schadholz sind angefallen. Dadurch ist der Holzmarkt zusammengebrochen, die Preise sind eingebrochen, es gibt Probleme mit Lagerstätten, die Aufarbeitungskosten sind hoch. Unsere Waldbesitzer durchleben schwierige Zeiten. Ich bin allen, die im

und mit dem Wald arbeiten, dankbar für ihren Einsatz. Danke für Ihren Einsatz für uns alle hier in Deutschland!

Mein Dank gilt ganz explizit allen Waldbesitzern; denn 48 Prozent unseres Waldes sind im Privatbesitz. Unsere Waldbesitzer haben viel Geld investiert, und sie haben auch viel Geld verloren. Deshalb finde ich – das will ich hier an dieser Stelle sagen – das Gerede mancher Grünen wirklich unerträglich, die den Waldbesitzern Ausbeutung der Wälder und Holzplantagenbau vorwerfen. Wer nämlich heute den Waldbesitzern die Unterstützung verweigert, versündigt sich an den Kindern und Kindeskindern. Einfach die Hände in den Schoß zu legen und allein auf Naturverjüngung oder Verurwaldung zu warten, das ist unverantwortlich.

Wer heute den Waldbesitzern die Unterstützung verweigert, versündigt sich an den Kindern.

Denn wer dem Wald jetzt nicht aktiv hilft, liebe Kolleginnen und Kollegen, der schiebt den Klimaschutz auf die lange Bank. Und das sind häufig diejenigen, denen es mit dem Klimaschutz nicht schnell genug gehen kann.

Wir als Bundesregierung und die Große Koalition haben umgehend pragmatisch, unideologisch und vorausschauend gehandelt. Ich will elf Punkte nennen:

Erstens. Wir haben bereits Ende 2018 eine neue Maßnahmengruppe zur Bewältigung von Extremwetterfolgen im Wald im Förderbereich Forsten eingeführt. So konnten schon sehr früh Unterstützungsmittel in den Ländern für Schadensbeseitigung, für Prävention und für Anpassung abgerufen werden.

Zweitens. Wir haben sehr schnell, auch mit den Kollegen anderer Ausschüsse, für steuerliche Erleichterungen gesorgt bei Schadholz und für sehr stark betroffene Forstbetriebe.

Drittens. Wir haben bei der Landwirtschaftlichen Rentenbank Kredite für Waldeigentümer zu günstigen Konditionen in einer

neuen Fördersparte gebündelt und erweitert.

Viertens. Für Erleichterungen bei Abtransport und bei Lagerung von Kalamitätenholz haben wir auch gesorgt.

Fünftens. Ich will ganz klar Danke sagen: Danke an unsere Bundeswehr und an unsere Bundesverteidigungsministerin; denn mithilfe der Bundeswehr konnten an vielen Orten Käferholz abtransportiert und die Ausbreitung verhindert werden.

Sechstens. Wir alle wissen, dass das bis dahin vorgesehene Geld nicht reichen würde. Deshalb danke ich allen, die uns geholfen haben. Ich habe mich massiv dafür eingesetzt, dass wir Gelder aus dem Klimafonds erhalten – mit Erfolg. Wir werden jetzt über eine halbe Milliarde Euro für den Wiederaufbau und den Umbau unserer Wälder haben. Zusammen mit den Ländern werden das über die Kofinanzierung in der GAK etwa 800 Millionen Euro sein. Das ist Arbeit der Großen Koalition. Das ist nicht Reden. Das ist Handeln. Das ist Nachhaltigkeit. Das ist Zukunft.

Mit dem Geld, liebe Kolleginnen und Kollegen, unterstützen wir die Räumung von Schadholz. Im Übrigen will ich auch sagen: Es geht nicht um die Totalräumung von Totholz, wie immer wieder behauptet wird – das wäre auch ökologisch nicht sinnvoll –, sondern es geht darum, das Käferholz rauszuholen. Mit dem Geld unterstützen wir auch Lagerhaltung, den Waldumbau, die Aufforstung, die Wiederbewaldung, aber auch die Prävention.

Siebtens. Unsere Waldforschung geht weiter. Wir sind führend in Europa mit unserer deutschen Waldforschung. Wir wollen die Erhöhung der Kohlenstoffspeicherung.

Achtens. Es war ein guter und ein wichtiger Erfolg: unser Nationaler Waldgipfel. Wir haben alle Beteiligten an einen Tisch geholt und darüber entschieden, was bei der Wiederbewaldung unsere Leitlinien sind – unideologisch.

Neuntens. Es geht darum, unsere heimischen Bäume zu pflanzen, aber standortangepasste Mischwälder weiter so umzubauen, dass wir dort, wo es sinnvoll ist, auch auf andere Hölzer zurückgreifen können – ohne dabei ideologische Debatten gegeneinander zu führen. Sachlichkeit, Fachlichkeit, Wissenschaftlichkeit spielen hier eine Rolle. Das sind wir unserer

kommenden Generation schuldig.

Zehntens. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diesen Prozess begleiten wir engmaschig. Im Übrigen ist der Waldumbau nicht etwas, was jetzt neu erfunden wird. Über Jahrzehnte hinweg sind unsere Forstleute dabei, den Wald standortangepasst umzubauen, naturnah umzubauen. Das ist eine Generationenaufgabe. Aber ich meine, der Wald eignet sich nicht für parteipolitische Querelen und den Vorwurf, man würde den Wald nur ausnutzen.

Deshalb, sage ich, war es gut und richtig – letzter Punkt –, dass wir uns jetzt im PLANAK, in dem Ausschuss, der für die Verteilung der GAK-Mittel zuständig ist, auf wichtige Punkte geeinigt haben. Es wurden die Punkte des Waldgipfels aufgegriffen und umgesetzt. Wir haben uns unter anderem dafür entschieden, dass kleine Waldbesitzer höhere Fördersätze bekommen, dass die Entnahme von befallenen und befallsgefährdeten Bäumen förderfähig ist – genauso wie die Wiederbewaldung aus Naturverjüngung. Es geht auch um die standortangepasste Wiederbepflanzung.

Wir brauchen eines – das will ich abschließend sagen -: eine gemeinsame nationale Kraftanstrengung, um unsere Wälder wieder aufzubauen, um heute den Grundstein dafür zu legen, Klimaschutz nicht nur heute, sondern auch morgen zu machen, um Nachhaltigkeit – dieser Begriff kommt aus der Forstwirtschaft – aufleben zu lassen. Dazu gehört unsere Forschung. Dazu gehört auch das Bauen mit Holz. Dazu gehört eine nachhaltige Waldbewirtschaftung. Dazu gehört Augenmaß. Dazu gehören Planen, Handeln und der kommenden Generation mit Erfolg etwas in die Hände zu legen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)



Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) im September 2019 beim „Nationalen Waldgipfel“

© picture-alliance/dpa

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.

www.bundestag.de/live/tv/index.html

Peter Felser, AfD:

Waldeigentümer zur aktiven Bewirtschaftung motivieren



Peter Felser (*1969)
Landesliste Bayern

Im ländlichen Raum ist unser Mittelstand verankert. Im ländlichen Raum finden wir das, was wir als „Heimat“ definieren, was ein ganz wichtiger Baustein unserer eigenen Identität ist. Wenn wir den ländlichen Raum stärken wollen, dann müssen wir gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Waldschäden zukünftig vor allem die Kleinwaldbesitzer wesentlich stärker als bisher unterstützen. Die Kleinwaldbesitzer brauchen wir auch für den dringend notwendigen Waldumbau.

Knapp ein Viertel der Waldfläche in Deutschland ist Kleinstprivatwald. Da reden wir von 1 bis 2 Hektar Wald, den die Menschen besitzen. Hier müssen wir es jetzt schaffen, diese Waldeigentümer zu einer aktiven Bewirtschaftung ihrer Bestände zu motivieren.

Daher fordern wir in unserem Antrag ganz klar: Für Bund und Länder brauchen wir eine Initiative, eine Offensive. Die Klein- und Kleinstwaldbesitzer brauchen jetzt eine Vereinfachung der Förderrichtlinie nach dem Motto: schnell, gerecht und einfach. Weg

mit bürokratischen Hürden! Schnelle Hilfe im und für den Wald!

Aber, Frau Ministerin, es muss in diesem Zusammenhang auch endlich mal geklärt werden, wann und wie die auf dem Nationalen Waldgipfel, den Sie angesprochen haben, zugesagten Fördergelder auf die Fläche kommen sollen. Das muss man doch jetzt auch endlich mal den Waldbesitzern gegenüber transparent kommunizieren. Ein paar Mittel sind schon abgeflossen. Wann kommen die nächsten Mittel? Wird es März 2020? Oder wird es doch wieder verschoben? Auch die forstlichen Zusammenschlüsse, die forstlichen Gemeinschaften müssen jetzt unterstützt werden. Lassen Sie uns doch die bürokratischen Hemmnisse endlich abbauen! Lassen wir doch die Mittel endlich dorthin fließen, wo sie auch verwendet werden können!

Weg mit bürokratischen Hürden! Schnelle Hilfe im und für den Wald!

Förderung der Kleinwaldbesitzer: In den Anträgen der Linken und der Grünen findet man zu diesem Thema nicht sehr viel. Das war aber absehbar. Es mangelt doch bei Ihnen von der Linken traditionell an einem deutlichen Bekenntnis zu Grundeigentum.

Sie, liebe Kollegen von den Grünen, machen mit Ihrem Antrag Ihrem Image als Verbotspartei wieder einmal alle Ehre. Sie wollen doch am liebsten jedem privaten Waldbesitzer vorschreiben, was er zu denken hat, welche Bäume er zu pflanzen hat und was er zu tun hat. Nicht mit uns!

Mit Ihrer Urwald-Offensive – Sie nennen sie selber so – können Sie vielleicht Greta Thunberg und Rotkäppchen begeistern, aber mit Sicherheit nicht diejenigen Förster und Waldbesitzer, die jahrzehntelange Erfahrung in unserem Wald gesammelt haben und die das jetzt auch richtig umsetzen können.

Den gemeinsamen Antrag von CDU/CSU und SPD haben wir im Ausschuss aus sachlichen Erwägungen unterstützt. In Ihrem Antrag „Unser Wald braucht Hilfe – Waldumbau vorantreiben“ beschreiben Sie aber ein Problem, das Sie in den vergangenen Jahren

selber verursacht haben. Sie fordern jetzt, im Jahre 2019, tatsächlich allen Ernstes, strukturelle Nachteile für Kleinwaldbesitzer auszugleichen, also das, was wir auch fordern, indem eine flächendeckende Beratung durch Forstämter sichergestellt werden soll. Also jetzt doch endlich!

Sie waren doch selbst jahrzehntelang für den Personalabbau und die Überalterung in den Landesforstbetrieben maßgeblich verantwortlich gewesen. Jetzt rufen Sie wieder nach dem Förster, den es so flächendeckend gar nicht mehr gibt. Aber ja: Genau diese Beförderung müssen wir den Privatwaldbesitzern als Dienstleistung wieder zur Verfügung stellen. Ja, in dem Punkt haben Sie recht.

Aber lassen Sie mich zum Abschluss noch einen Appell an die Waldbesitzer richten: Lasst euch bitte die zugesagten Finanzhilfen von der Ministerin nicht als Danaergeschenk überreichen! Es kann nicht sein, dass mit diesen Fördermitteln jetzt auch in das Eigentum, in das Jagdgesetz eingegriffen wird. Sie wollen die Jagdgesetze ändern, Frau Ministerin. Jetzt ist plötzlich wieder das Wild schuld. Aber: Wald mit Wild, damit können wir den Wald umbauen. Dafür steht die AfD.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der AfD)

Dirk Wiese, SPD:

Es ist dringend notwendig, dass gehandelt wird



Dirk Wiese (*1983)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Liebe Kolleginnen und Kollegen! 2018: 32,4 Millionen Kubikmeter Schadholz. Eine Fläche von 3 300 Fußballfeldern – das als Vergleichsgröße – war von Waldbränden betroffen. 2019: ungefähr 105 Millionen Kubikmeter Schadholz. Abstrakte Zahlen! Aber jeder von uns, der momentan die Bilder aus dem Harz, aus Brandenburg und auch aus dem Sauerland bei mir in Nordrhein-

Westfalen sieht, der weiß, dass die klimatischen Veränderungen, die wir haben und die durch die Borkenkäferkatastrophe verstärkt werden, massive Auswirkungen auf den Baum haben.

Alleine die Zahl, dass 11 Millionen Bäume in Nordrhein-Westfalen abgestorben sind oder teilweise vom Borkenkäfer befallen sind, zeigt die dringende Notwendigkeit, dass gehandelt werden muss. Es ist gut – das sage ich ganz zu Beginn –, dass diese Koalitionsfraktionen sich darauf geeinigt haben, fast 1 Milliarde Euro an Hilfgeldern für den Wald zur Verfügung zu stellen. Wir können auch nicht mehr sagen, dass nur das Nadelholz betroffen ist. Wir sehen die massiven Schadauswirkungen auch beim Laubholz. Wir sehen in den Regionen unterschiedliche Katastrophengebiete. Es ist richtig, dass die schnelle Hilfe, die wir auf den Weg bringen, jetzt ankommt.

Es ist gut, dass wir als SPD-Bun-

destagsfraktion bereits im Frühjahr ein Fachgespräch geführt haben mit Experten des Deutschen Forstwirtschaftsrats, der Arbeitsgemeinschaft Naturgemäße Waldwirtschaft, des Bundes Deutscher Forstleute und anderen, in dem viele der Punkte, die wir in unserem Antrag aufgelistet haben – aber auch welche darüber hinaus –, zur Sprache kamen: Initiative zum Waldumbau, aber auch zur Stärkung des Holzbaus. Das wird jetzt auf den Weg gebracht. Das ist richtig.

Die Forderungen, die wir in unserem Antrag stellen, gehen in die richtige Richtung und sind teilweise schon jetzt in der Umsetzung. Wir fordern, Waldschäden zu beheben, Käferholz aus dem Wald herauszubringen und den Waldumbau hin zu klimatoleranten

Es ist richtig, dass die schnelle Hilfe, die wir auf den Weg bringen, jetzt ankommt.

Mischwäldern über die GAK finanziell zu unterstützen und auf den Weg zu bringen. Wir fordern ebenfalls, das nationale Waldmonitoring auszubauen, um zukünftig bei Großschadensereignissen schneller handeln zu können, gerade in den Abstimmungsprozessen zwischen Bund und Ländern. Hinzu kommt die Forderung, eine Waldbrandpräventionsstrategie auf den Weg zu bringen und – auch das will ich gerne einräumen – gemeinsam mit den Bundesländern darauf hinzuwirken, dass wir mehr qualifiziertes Forstpersonal in den Landeseinrichtungen vor-

halten. Das Personal muss dann auch vernünftig bezahlt werden. Ich glaube, hier ist einiges zu tun. Genauso müssen wir gemeinsam mit den Bundesländern daran arbeiten, den Holzbau zu stärken. Das ist gut für das Handwerk. Das ist gut für die Wirtschaft im ländlichen Raum. Hier gehen wir voran.

Ich will mich ausdrücklich bei den Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen dafür bedanken, namentlich bei Alois Gerig, bei Hans-Georg von der Marwitz

und bei Rainer Spiering. Ich glaube, uns ist es gelungen – an diesem Punkt möchte ich die Ministerin etwas korrigieren –, das BMEL vor uns herzutreiben. Denn als wir das Thema in den Koalitionsfraktionen erkannt haben, Alois Gerig, da war die Handlungsoption im Ministerium noch nicht so ausgeprägt. Darum ist es gut, dass das Parlament – hier die Koalitionsfraktionen – das Ministerium auf den richtigen Weg gebracht hat.

Was gibt es jetzt noch zu tun? Ich glaube, wir müssen den Blick dahin richten, dass es auch auf europäischer Ebene Gelder gibt, die wir zusätzlich für den Wald akquirieren können. Das bedeutet, dass wir möglicherweise Gelder aus der GAP, aus der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU, für eine europäische Krisenreserve und gleichzeitig für die Förderfähigkeit von Agroforstsystemen bereitstellen können. Hier, glaube ich, müssen wir sehr intensiv schauen, dass wir diese Gelder auch für die heimischen Wälder akquirieren.

Auf nationaler Ebene, glaube ich, gibt es eine wichtige Baustelle, wo wir vorankommen müssen. Wir als SPD wollen das. Bei der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ müssen wir Ver-

besserungen hinbekommen. Es kann nicht sein, dass seit 2015 rund 440 Millionen Euro an Bundes- und Landesmitteln nicht abgerufen wurden. Wenn wir jetzt die Gelder für den Wald, Frau Ministerin, aus der GAK in die Fläche bringen wollen, müssen wir schauen, dass das Geld vor Ort ankommt. Es kann nicht sein, dass zum Beispiel Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren 95 Millionen Euro an Geldern nicht abgerufen hat. Wenn das Geld liegen bleibt, ist keinem geholfen. Das Geld muss in die Fläche kommen. Hier müssen wir gerade bei der GAK sehr intensiv hinschauen. Wir müssen es hinbekommen, dass die Gelder übertragen werden können, dass wir eine Überjährigkeit des Mittelabflusses haben. Ich bin sehr froh, dass einige Landesminister wie Reinhold Jost hier schon die Initiative ergriffen haben, sodass wir hier gemeinsam vorankommen.

Wir sind in diesem Jahr bei den Haushaltsverhandlungen – ich lasse es noch einmal Revue passieren – ursprünglich mit einem Haushaltsansatz von 76 Millionen Euro für den Bereich Wald gestartet; Uli Freese weiß das. Rausgekommen sind wir aber bei fast 1 Milliarde Euro. Da bedarf es einmal des Dankes an das Bundesfinanzministerium, das diese Gelder zur Verfügung gestellt hat, und auch an die Haushalter der Koalitionsfraktionen, die das möglich gemacht haben. Das ist ein Mittelaufwuchs um fast 920 Millionen Euro. Das ist richtig, und das ist gut.

Umso wichtiger ist es natürlich, die Notfallmaßnahmen jetzt einzuleiten und den Waldumbau voranzubringen. Aber es ist auch

wichtig – das will ich noch mal eindeutig erwähnen –, das Bauen mit Holz zu stärken. Es ist gut, dass gerade im Haushaltsansatz fast 55 Millionen Euro für die Förderung der Holzverwendung enthalten sind. Das stärkt die Wertschöpfungskette Holz. Das stärkt die Arbeitsplätze auch im ländlichen Raum, vor allem im Handwerk. Es ist gut, dass wir das geschafft haben und dass gerade auch das Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion zu Bewegung im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft geführt hat.

Nichtsdestotrotz: Die Aufgaben werden nicht kleiner werden. Wir müssen bei der Reform der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küsten-

schutzes“ noch einmal genau hinschauen, damit die Gelder im ländlichen Raum ankommen. Ich glaube, das ist gerade für diejenigen entscheidend, die davon profitieren wollen. Das ist der Klein- und Kleinstprivatwald, aber auch der Kommunalwald, den man nicht unterschätzen darf und nicht unerwähnt lassen sollte; er hat die gleiche Unterstützung verdient. Das sage ich als jemand, der aus der walddreistesten Stadt Deutschlands kommt: Brilon im Sauerland ist der größte kommunale Waldbesitzer. Auch hier sind die Herausforderungen enorm. Darum ist es gut, dass auch der Kommunalwald von diesen Geldern profitieren wird.

Frau Bundesministerin Klöckner, ich will gerne noch einen Punkt ansprechen. Sie haben gerade in Ihrer Rede gesagt, dass es wichtig ist, jetzt unideologisch heranzugehen, und dass man bei der Wiederaufforstung das Nadelholz

nicht vergessen darf. Das betrifft gerade die Douglasie. Ich habe eine Bitte aus nordrhein-westfälischer Perspektive: Reden Sie bitte mit der nordrhein-westfälischen Umwelt- und Landwirtschaftsministerin. Denn die Förderrichtlinien Ihrer CDU-Kollegin in Nordrhein-Westfalen sehen vor, dass das Nadelholz nicht förderfähig ist und nicht unterstützt wird. Das ist genau die Ideologie einer CDU/FDP-Landesregierung, die gegen das Nadelholz ist. Das ist genau das, was Sie gerade kritisiert haben. Rufen Sie bitte bei Ihrer Ministerin in Nordrhein-Westfalen an, und stehen Sie an der Seite derjenigen, die Wald wirtschaftlich nutzen wollen, die Wald nicht stilllegen wollen. Ich bin überrascht, dass CDU und FDP das in Nordrhein-Westfalen machen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Frank Sitta, FDP:

Biotechnologische Innovationen und Entwicklung robuster Sorten



Frank Sitta (*1978)
Landesliste Sachsen-Anhalt

Wir haben die bedeutendsten Forstschäden der letzten 30 Jahre zu verzeichnen. Der anhaltende Befallsdruck mit Schaderregern und Krankheiten lässt befürchten, dass wir das Schlimmste noch nicht mal hinter uns gebracht haben. Der Agrarausschuss im Deutschen Bundestag hat schon vor eineinhalb Jahren vor den Folgen der Trockenheit gewarnt und uns auf das aufmerksam gemacht, was sich hier anbahnt und wie viele Hundert Millionen Euro Schulden inzwischen zum Tragen kommen.

Immerhin – das ist gut gewesen – gab es im Herbst den Waldgipfel. Toll war auch, dass Fachleute

mit eingebunden waren. Aber viel mehr, liebe Ministerin Klöckner, wäre es doch angebracht gewesen, zur Abwechslung mal Ihre SPD-Amtskollegin Frau Schulze zu einer Einigung zu bewegen. Denn sie hat ihre Mission darin gesehen, in dieser Situation Waldstilllegungen zu fordern. Das ist doch, liebe Kolleginnen und Kollegen, völlig abstrus. Wir schaffen so Wellnessoasen für den Borkenkäfer und verhindern eine aktive Waldbewirtschaftung.

In meinem Heimatland Sachsen-Anhalt sind die Schäden zum Beispiel im Harz immens. Die Nationalparkverwaltung des Harzes wirbt gar verniedlichend mit Berti Borkenkäfer, der nun endlich den verhassten Fichtenwäldern den Garaus machen soll. Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine solche Politik ist ein Schlag ins Gesicht für jeden, der in Deutschland weiterhin versucht, nachhaltig Wald zu bewirtschaften.

Waldschutz – das klingt auch hier schon an – ist eben auch effektiver Klimaschutz. Aktiv bewirtschaftete Wälder binden nachweislich mehr CO₂, gerade wenn Holz als Baustoff genutzt wird. Aber auch diese Klimaschutzleistung muss honoriert werden. Mehr als warme Worte

finden die Waldeigentümer im Klimapaket der Bundesregierung aktuell nicht.

Es ist auch bezeichnend, dass die Koalition jetzt mit ihrem Antrag die Landwirtschaftsministerin zum Handeln auffordert; das hat man gerade gut mitbekommen. Aber, ehrlich gesagt, viele Maßnahmen hätten längst umgesetzt

sein können, und viele der zahlreichen Prüfaufträge in Ihrem Antrag passen zur Weihnachtszeit; denn sie erinnern eher an einen Wunschzettel an den Weihnachtsmann.

Die Ministerin inszeniert sich hier heute – so kennen wir sie – als große Spendenverteilerin zu Weihnachten: 800 Millionen Euro für den Wald. Aber keiner weiß so richtig, wie das Geld effizient eingesetzt werden soll. Unsere Wälder zukunftsfit und klimaresistent zu machen, das ist nicht nur eine Frage des Geldes. Die Forstwirtschaft möchte Wälder nachhaltig bewirtschaften. Dazu braucht es biotechnologische Innovationen

und die Entwicklung robuster Sorten durch neue Züchtungsmethoden. Das alles muss endlich als Chance für den Wald erkannt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, „nachhaltig“ ist ein Begriff aus der Forstwirtschaft. Was die Koalition jetzt hier auf den Tisch legt, wird dem nicht wirklich gerecht, auch wenn manches in die richtige Richtung geht. Schon deshalb bin ich mir sicher, dass wir ähnliche Debatten hier recht bald wieder führen werden.

Herzlichen Dank und Ihnen allen frohe Weihnachten!

(Beifall bei der FDP)



Klimaerwärmung, Trockenheit, Windbruch und Borkenkäfer schädigen Bäume.

© picture-alliance/Klaus Rose

Unsere Wälder zukunftsfit und klimaresistent zu machen, das ist nicht nur eine Frage des Geldes.

Dr. Kirsten Tackmann, Die Linke:

Es muss schnell gehandelt werden



Kirsten Tackmann (*1960)
Landesliste Brandenburg

Die Situation im Wald ist in vielen Regionen in der Tat dramatisch. Das dokumentiert auch der gestern vorgestellte Waldzustandsbericht aus meinem Bundesland Brandenburg. 37 Prozent der Waldfläche sind deutlich geschädigt. Das ist gut ein Viertel mehr als im vergangenen Jahr. Nur noch 14 Prozent aller Probenbäume zeigten keine Kronenschäden. Diese Situation übertrifft übrigens noch das Anfang der 90er-Jahre beschriebene Waldsterben wegen Luftverschmutzung. Die Lage ist also wirklich ernst.

Dabei hatten noch 2014 die Ergebnisse der dritten Bundeswaldinventur positive Nachrichten gegenüber dem Berichtszeitraum zehn Jahre zuvor

verkündet: Der Anteil der Laubbäume war gestiegen, die Wälder waren vielfältiger und naturnäher strukturiert. Die Waldfläche war konstant geblieben – davon kann man bei landwirtschaftlichen Flächen nur träumen –, und es war mehr Holz nachgewachsen, als genutzt wurde. Die Ende 2011 verkündete Waldstrategie 2020 schien also auf einem guten Weg. Auch der nun ebenfalls vorgelegte turnusmäßige Waldbericht für die Jahre 2009 bis 2017 liest sich heute wie aus einer anderen Welt. Denn nach mehreren Orkanen, zwei Dürrejahren und Waldbränden mit nicht gekanntem Ausmaß ist nichts mehr, wie es war, zumal die geschwächten Wälder auch noch gefundenes Fressen für diverse Forstschädlinge sind. Im Ergebnis ist also der scheinbar gerade erst gerettete heimische Wald nun wieder in Gefahr, und zwar in beängstigender Geschwindigkeit.

Ich bin mir leider überhaupt

nicht sicher, ob wir dieses Mal die Ursachen wirklich schnell genug behoben bekommen. Denn eine Ursache ist auch der beginnende Klimawandel. Dem Wald droht, dass er jetzt die Zeche zahlt für unseren Lebensstil. Deshalb ist ein einfaches Weiter-so keine Option. Wer den Wald schützen will, muss zwingend das Klima schützen. Es gilt auch umgekehrt: Wer das Klima schützen will, braucht zwingend den Wald, und zwar nicht nur in Brasilien.

Deshalb muss jetzt auch schnell gehandelt werden, und leider auf sehr vielen verschiedenen Baustellen. Denn das gehört auch zur Wahrheit: Der Wald muss jetzt die Probleme ausbaden, die über längere oder kürzere Zeit einfach ausgesessen wurden. Spätestens seit dem Frühjahr ist die dramatische Entwicklung völlig klar. Die Linke hatte deswegen ein Soforthilfeprogramm beantragt. Leider wurde das vor der Sommerpause noch abgelehnt – verschenkte Zeit; denn die Maßnahmen, die unstrittig sind, könnten längst auf dem Weg sein.

Aber gut, nun kommt relativ viel Geld. Ob das ausreichen wird, werden wir sehen. Aber es muss eben auch schnell kommen, und zwar nicht nur im Interesse des Waldes, sondern auch, weil ohne schnelle Hilfe viele

Klein- und Kleinstwaldbesitzer und -besitzerinnen möglicherweise ihren Wald verkaufen müssen. Wer also weiter ein breit gestreutes Waldeigentum möchte und sichern will, der muss jetzt zwingend zügig handeln. Der erhöhte Fördersatz von 90 Prozent für Waldbesitz unter 20 Hektar ist ein richtiges Signal. Aber dass alles vorfinanziert werden muss, konkretisiert dieses richtige Anliegen.

Und ohne einen Paradigmenwechsel in der Personalpolitik wird eben auch der Wald nicht gerettet werden. Denn der Personalabbau bei den Forstleuten über viele Jahre hinweg gehört in das Sündenregister der Vergangenheit. Der Wald braucht mehr und gut ausgebildete Forstleute, und diese müssen anständig bezahlt werden.

Die vielen sterbenden oder toten Bäume sind aber auch ein großes Unfallrisiko. Die Berufsgenossenschaft hat gerade Alarm geschlagen. Auch deshalb brauchen

wir für das viele Totholz Antworten. Es ist natürlich ökologisch wichtig und zwingend für den naturgemäßen Wald. Aber Unfall- und Brandrisiken müssen eben auch vermieden werden. Gleichzeitig muss das zusätzlich anfallende Holz verwertet werden, am besten als Baustoff. Aber auch bei diesem Thema sind wir meilenweit hintenan. Insbesondere bei den Bauordnungen müssen hier dringend die Bremsklötze gelockert werden.

Aber auch die Holzindustrie ist aus meiner Sicht dringend in der Pflicht. Sie kann nicht weiter immer nur Nadelholz verarbeiten wollen, wenn aus ökologischen

Gründen der Umbau zu Mischwäldern notwendig ist.

Aber in jeder Krise steckt ja auch eine Chance, und zwar so lange, wie sie nicht zur Katastrophe wird. Also: Wir müssen trotz des erheblichen Zeitdrucks wichtige Weichenstellungen und Neuausrichtungen vornehmen. Wälder zum Beispiel mit nur einer Baumart und einer Altersklasse sind eigentlich Baumplantagen und erhöhen das Risiko von Großschadenslagen. Aber welche Baumarten werden in welcher Mischung den zukünftigen Herausforderungen eigentlich gerecht und gewachsen sein? Offensichtlich ist selbst die Forstwissenschaft überrascht, welche Baumarten doch nicht so hitze- oder trockenresistent sind wie vermutet. Die Forderung nach standortangepassten Mischwäldern ist und bleibt selbstverständlich richtig. Aber was heißt denn das konkret?

Angesichts der hohen Schalenwildbestände stellt sich jetzt noch

dringender die Frage, wie man den so wichtigen Baumnachwuchs vor dem Verbiss schützt. Ohne andere Jagdregimes – zumindest zeitweise – wird das nicht funktionieren. Und alles zu zäunen, ist ja schon finanziell keine Option. Laut Waldstrategie 2020 sollte in einem breiten Dialog ein neues Leitbild Jagd erarbeitet werden. Ich habe seitdem nie wieder was davon gehört, und die angekündigte Novelle zum Bundesjagdgesetz liegt auch nicht vor. Ja, ich weiß: Das ist ein heftig diskutiertes Thema, und die Wildforschung ist leider auch ein vernachlässigtes Gebiet. Aber es gibt Beispiele, in Brandenburg zum Beispiel, wie das funktionieren kann. Wissens- und Erfahrungstransfer ist also möglich und auch dringend nötig. Nur eins geht auf gar keinen Fall: Einfach so weitermachen und aussetzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Harald Ebner, Bündnis 90/Die Grünen:

Der Geldsegen wird nicht alle Probleme lösen



Harald Ebner (*1964)
Landesliste Baden-Württemberg

Frau Ministerin, ja, 80 Jahre sind viel. Aber mit 80 Jahren hat eine Eiche noch nicht mal ihre Pubertät erreicht. Und ja, wir brauchen den Wald. Wald ist Leben, Wald ist Klimaschutz. Aber dazu muss er intakt sein. Durch die Klimakrise mit Dürrejahren und Stressfaktoren sind unsere Wälder aber massiv bedroht. Viele haben das vorhin bedauert. Aber viel zu viele hier im Haus haben jahrelang den Klimaschutz verschlafen und verschleppt, und das wider besseres Wissen. Und dann rufen Sie jetzt hier: Haltet den Dieb! Das nehmen wir Ihnen nicht ab.

Die beste Hilfe für unseren Wald bleibt wirksamer Klimaschutz. Der Wald braucht aber auch akut Hilfe. Sie, Frau Ministerin, schütten jetzt das Füllhorn aus. Ob das aber dem Wald hilft,

das ist offen. Denn die Bundesgelder gibt es erst, wenn die Länder mitfinanzieren. Der Wald in Ländern mit knapper Kassenlage droht leer auszugehen. Sie haben mir schriftlich bestätigt, dass dann die Gelder in liquidere Länder umgeleitet werden sollen. Das, Frau Ministerin, ist doch ein schlechtes Bekenntnis zum Wald im ganzen Land.

Der Geldsegen wird ohnehin nicht alle Probleme lösen. Ja, die Holzpreise sind im Keller, und viele Betriebe bangen um ihre Existenz. Aber allen Klagen und allen Reden zum Trotz tut die Bundesregierung viel zu wenig, um den Holzmarkt tatsächlich zu

entlasten. Bauen mit Holz ist unbestritten eine Win-win-Situation: für den Holzmarkt, für den Klimaschutz und für die schnelle Schaffung von günstigem Wohnraum. Aber von einer umfassenden Holzbaustategie wie in Baden-Württemberg oder wie in Schweden ist auf Bundesebene noch überhaupt nichts zu sehen, und es ist eine Schande, dass die Bundesregierung hier weiter mit Ressortgerangel Zeit verplempert. Legen Sie endlich los, Frau Ministerin! Setzen Sie sich durch gegen die

Bremser in Ihren Reihen! Sorgen Sie für einen fairen Wettbewerb von Holz und auch für die Abschaffung der Steuervorteile für fossile Baustoffe!

Bauen mit Holz setzt aber auch und unbedingt nachhaltige und naturverträgliche Waldbewirtschaftung voraus. Wir brauchen vielfältige standortangepasste Wälder als möglichst stabile Ökosysteme. Niemand kann mit Sicherheit sagen, welche Baumart in 50 oder 100 Jahren funktionieren wird. Niemand! Wunderbaumarten gibt es nicht. Jetzt panisch alles zu pflanzen, was einem vor den Spalten kommt, ist das Gegenteil von vernünftig.

Wir brauchen vielfältige standortangepasste Wälder als möglichst stabile Ökosysteme.

Also: Neuanpflanzungen sind teuer, und sie sind unsicher. Deshalb: Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass naturverjüngte Wälder widerstandsfähiger sind gegenüber Trockenheit und Schädlingsdruck. Sie sind genetisch vielfältiger. Deshalb müssen wir das Potenzial der Naturverjüngung, wo es irgend geht, nutzen, und wir müssen es maximal ausschöpfen. Unsere Bäume können viel mehr, als sie in der Baumschule gelernt haben. Geben wir ihnen die Chance dazu! Naturverjüngung, Frau Ministerin,

heißt eben nicht, den Wald sich selber zu überlassen. Aber es geht eben darum, dass wir bei der Holzaufbereitung den Boden schonen, dass Jungwuchs auch aufkommen kann und dass das

schnell geht. Denn wenn es schnell geht, Frau Ministerin, haben wir bald wieder schöne Waldbestände.

Machen Sie Ihre Hausaufgaben! Sorgen Sie für eine faire

und gezielte Verteilung der Waldhilfen für ökologisch intakte Wälder! Bringen Sie endlich eine Holzbaustrategie auf den Weg! Machen Sie Naturverjüngung zum Schwerpunkt der Waldpoli-

tik! Verringern Sie den Wildverbiss! Und sorgen Sie für eine bodenschonende Waldwirtschaft! Dann kommen wir auf einen richtigen Weg. Was Sie bisher machen, ist ein Anfang. Die ech-

ten Aufgaben müssen Sie noch angehen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alois Gerig, CDU/CSU:

Ich will, dass unsere Enkel noch Freude am Wald haben



Alois Gerig (*1956)
Wahlkreis Odenwald-Tauber

Tannenbaum, gute Luft, Erholung, heimeliges Holzfeuer – es gibt unzählige Beispiele, die wir positiv mit dem Wald verbinden. Der Wald ist überall, und er ist frei zugänglich. Somit ist der Wald ein Stück Heimat für alle Bürgerinnen und Bürger bei uns in Deutschland.

Ja, schade, dass wir diese heutige Debatte unter einem negativen Aspekt führen müssen. Sie hat einen traurigen Anlass. Der Titel des Antrages der Koalitionsfraktionen lautet: „Unser Wald braucht Hilfe“. Nutzen Sie die Besinnung der Vorweihnachtszeit, liebe Kollegen, insbesondere von der Opposition: Stimmen Sie unserem Antrag zu! Es ist ein richtig guter Antrag. Ich danke meinen Kollegen Wiese und von der Marwitz, dem ich gute Genesungswünsche von hier übersende, für die konstruktive Zusammenarbeit bei der Erarbeitung dieses guten Antrags.

Ich danke unserer Bundesforstministerin Julia Klöckner und unserer Bundeskanzlerin dafür, dass sie sich so vehement dafür eingesetzt haben, dass wir dem Wald jetzt echt helfen können. Gemeinsam mit den Bundesländern geben wir annähernd 1 Milliarde Euro und die Hilfsmaßnahmen sind angelaufen. Es ist falsch, zu behaupten, da tue sich noch nichts. Es passiert ganz viel draußen in der Praxis.

Mehr als 100 Millionen Festme-

ter Schadholz sind in unseren Wäldern. 180 000 Hektar sind allein in Deutschland geschädigt. Es braucht den engen Schulterschluss. Das geht nur, wenn der Bund und die Bundesländer zusammenstehen. Die Hilfgelder müssen schnell und praxisbezogen dorthin kommen, wo sie dringend gebraucht werden: an die Basis.

Erste Priorität: Schadholzbeseitigung. Der Preisverfall ist eklatant. Wir müssen die Waldbesitzer und die Forstleute unterstützen, damit sie das Schadholz möglichst schnell aus den Wäldern bekommen. Es braucht Aufarbeitungshilfen. Nasslager müssen finanziert werden. Neue Absatzmärkte müssen geschaffen werden, zum Beispiel im Export.

Ja, wir brauchen die Holzbaufensive. Das ist Bundesländersache. Baden-Württemberg zeigt, wie es geht. Lieber Kollege Wiese, Baden-Württemberg beispielsweise hat keine GAK-Mittel zurückgegeben. Bei uns wurden alle diese Mittel vom Forstminister ordentlich eingesetzt, wo sie gebraucht werden. Bauholz ist der beste CO₂-Speicher. Wir müssen die energetische Nutzung von Schadrestholz ins Auge fassen. Es ist wichtig, dass auch dieses Holz genutzt werden kann.

Die Union hat dafür gekämpft, dass die Beiträge für die Unfallversicherung wiederum erhöht wurden. Es ist höchst riskant, was unsere Forstleute draußen leisten müssen. Auch ihnen möchte ich ein herzliches Dankeschön sagen. Wir müssen sie unterstützen, wo immer das machbar ist. Die Union ist ganz eng an ihrer Seite.

Die besondere Unterstützung der Kleinwaldbesitzer wurde angesprochen. Das ist in der Tat wichtig. Wir brauchen jetzt mehr Personal auch für das Schadmonitoring, damit die Waldbesitzer überhaupt darauf aufmerksam gemacht werden, dass ihre Wälder krank sind und Bäume gefällt werden müssen.

Es braucht dringend einen Motivationsschub für die Wiederaufforstung. Allein mit Naturverjüngung, lieber Kollege Ebner, geht das eben nicht. Vor einem Jahr hätte sich noch niemand vorstellen können, dass sich gar Buche und Eiche mancherorts wegen Trockenschäden von uns verab-

schieden. Deswegen braucht es mehr Forschung. Es braucht Aufzucht. Es braucht ein enges Zusammenspiel. Populistische Sprüche bringen uns hier überhaupt nicht weiter.

Schützen durch Nützen geht nirgendwo besser als im Wald. Wald ist das Sinnbild für die Nachhaltigkeit. Es wäre ökologischer und ökonomischer Unsinn, wenn wir unsere Wälder verbuschen lassen. Dann helfen sie uns nämlich auch nicht beim Klimaschutz. Auch deswegen bitte ich darum, uns auch in diesem Bemühen zu unterstützen.

Welche Baumarten brauchen

wir? Ich bin gespannt, was uns die Forschung da vorlegen wird.

Wir brauchen eine Förderung der Ökosystemleistung. Stichwort „CO₂-Bepreisung“ – das Wort ist in aller Munde. Wir müssen diese auch in Bezug auf den Wald honorierend umsetzen.

Ich will, dass unsere Enkel noch Freude am Wald haben. Beide, unsere Enkel und der Wald, sind unsere Zukunft. Stimmen Sie unserem Antrag zu!

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wilhelm von Gottberg, AfD:

Klimaschützer, Wirtschaftsfaktor und Erholungsort



Wilhelm von Gottberg (*1940)
Landesliste Niedersachsen

Wir beraten heute fünf Anträge, die alle das gleiche Ziel haben: Hilfe für den Wald. Über die Diagnose besteht also Einigkeit. Der Wald ist notleidend und bedarf einer Therapie. Die in den einzelnen Anträgen genannten Therapievorschläge sind zu einem erheblichen Teil ähnlich. Über das Ziel sind wir uns also auch einig: Wir wollen zukünftig und langfristig gewährleisten, dass der Wald seine positiven Funktionen für die Menschen sowie für die Tier- und Pflanzenwelt weiterhin erfüllen kann.

Da sind zu nennen:

Erstens. Der Wald ist ein unverzichtbarer Klimaschutzfaktor.

Zweitens. Er ist ein unverzichtbarer Wirtschaftsfaktor.

Drittens. Er ist unverzichtbar für eine artenreiche Tier- und Pflanzenwelt.

Viertens. Er ist Erholungsfaktor

für die Menschen.

Fünftens. Er ist Bestandteil einer durch Menschen gestalteten, lebenswerten und abwechslungsreichen Kulturlandschaft.

Bei so viel Gemeinsamkeit muss es möglich sein, die erforderlichen Mittel aufzubringen, um den Wald gesund zu pflegen. Pflege kostet Geld. Wer wüsste das hier im Hause nicht? Die Herren Schirmbeck und von der Marwitz, beides Herren mit hoher Kompetenz für den Wald, sprechen von 2,3 Milliarden Euro, die kurzfristig bereitgestellt werden müssen. 2,3 Milliarden Euro! Wofür? Für zwei vorrangige Maßnahmen: erstens für das zeitnahe Herausschaffen des Käfer- und Sturmholzes aus dem Wald und zweitens für die Wiederaufforstung von 110 000 Hektar Kahlflächen. Ministerin Klöckner hat im September ein Wiederaufforstungsprogramm angekündigt. Wo bleibt es, Frau Ministerin? Nur ein lebender Wald und wachsende Bäume erfüllen die Klimaschutzfunktion des Waldes.

Das Schadholz muss schleunigst aus dem Wald entfernt werden. Ab 12 Grad plus wird der Borkenkäfer wieder aktiv und befällt weitere gesunde Bestände, wenn das befallene Holz nicht

bis zum 1. April entfernt ist. Das meiste Schadholz liegt oder steht noch im Wald. Um diese eminent wichtige Aufgabe rasch zu realisieren, fordert die AfD-Fraktion eine Soforthilfe in Höhe einer kleinen zweistelligen Eurosumme pro Festmeter Schadholz für die Waldbesitzer.

Es muss endlich etwas ankommen bei den Forstbetrieben – analog der Dürrehilfe im vorigen Jahr. Georg Schirmbeck, der Präsident des Deutschen Forstwirtschaftsrates, sprach bereits am 12. April 2019 von einer Soforthilfe für den Wald und die Waldbesitzer von jährlich 100 Millionen Euro. Das war vor dem tro-

ckenen Sommer 2019, der die Schäden am Wald drastisch vergrößerte. Armin Laschet, Ministerpräsident in NRW, hat diesen Appell aufgegriffen. Er hat schon für 2019 10 Millionen Euro als Soforthilfe für die

Waldbesitzer in NRW bereitgestellt. Er hat ausdrücklich vermerkt, dass diese Finanzhilfe in gleicher Höhe in den nächsten Jahren fortgeführt wird. Möge die Bundesregierung sich an diesem Beispiel orientieren.

Danke.

(Beifall bei der AfD)

Wir müssen die energetische Nutzung von Schadrestholz ins Auge fassen.

Nur ein lebender Wald und wachsende Bäume erfüllen die Klimaschutzfunktion.

Rainer Spiering, SPD:

Wir müssen mehr Holzbau möglich machen



Rainer Spiering (*1956)
Landesliste Niedersachsen

Wir beschäftigen uns heute, ja, auch in Teilen mit unserem innenliegenden Bewusstsein, mit dem deutschen Wald. Zumindest die Menschen, die vom Lande kommen, haben einen starken inneren Zugang zum Wald, und er gehört zu unserer Lebenserfahrung dazu. Das ist natürlich gut, dass wir da Betroffenheit haben.

Bei der Vorbereitung der Rede habe ich noch mal darüber nachgedacht, was da eigentlich passiert. Die Fotosynthese ist ja ein unglaubliches Geschenk, das wir bekommen, und ist ja der Hinter-

grund des Ganzen, über das wir sprechen. Was passiert bei der Fotosynthese? Aus Kohlendioxid und Wasser werden Sauerstoff und Kohlenstoff. Das ist ja der Prozess, der überhaupt alles das, worüber wir reden, möglich macht. Ich möchte alle bitten, anzuerkennen, dass wir in diesem Prozesskreislauf denken müssen. Das bedeutet, dass wir Holz wahrnehmen als etwas, das gewachsen ist, das uns geschenkt worden ist. Dieser natürliche Prozess ist ja ein Geschenk. Ich persönlich glaube, dass wir Holz gegenüber anderen natürlichen Bestandteilen nicht wertschätzen. Genau wie wir häufig Wasser, weil hier genügend davon da ist, nicht wertschätzen, schätzen wir auch Holz nicht wert, und wir bepreisen über Märkte etwas, was wir so gar nicht bepreisen können.

Ich glaube, wir haben zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU ein ordentliches Papier geschrieben. Das ist auch der richtige Ansatz. Und genau wie bei der Digitalisierung ist die Idee aus dem Parlament entstanden und nicht aus der Regierung. Was die Finanzmittel an-

geht, haben wir einen Zuwachs von 850 bis 900 Millionen Euro in diesen Haushalt möglich gemacht und konnten das der Ministerin vorlegen. Die Ministerin kann jetzt exekutiv damit umgehen. Ich finde, dieses Parlament darf auch ruhig selbstbewusst und stolz auf sich sein, dass es das als Parlament geleistet hat.

Wenn ich jetzt aber dem Kreislaufgedanken folge und Holz als das wahrnehme, was es im Naturkreislauf leisten kann, dann würde ich Sie alle bitten, dass wir zwei Faktoren im Auge behalten. Den einen Faktor haben wir jetzt beschrieben, nämlich den Versuch, den Waldholzanbau wieder zu regenerieren. Und ich sage Ihnen: Das ist eine extrem schwierige Aufgabe. Harald Ebner, so einfach, wie du das hier darstellst, und mit diesen einfachen Tricks läuft es nicht. Da braucht man einen längeren Atem.

Wir haben ergänzend zu dem gemeinsamen Antrag mit der

CDU/CSU einen weiter gehenden Vorschlag gemacht, und zwar den, Holz in den Kreislauf zu bringen. Das bedeutet, dass wir den CO₂-Speicher Holz möglichst lange im Verkehr halten. Das heißt, es darf nicht verrotten, es darf nicht energetisch verwertet werden, sondern es muss im Holzbau verwendet werden. Ich glaube, da ist die ganz große Chance. Ich kenne zurzeit kein Land auf der Welt, das besser ausgebildete Handwerker hat als dieses Land. Alle Zimmerleute, alle Schreiner, alle Tischler, alle Dachdecker sind dazu in der Lage, Holz im Bau einzusetzen, und es ist unsere Aufgabe, per Gesetzgebung möglich

zu machen, dass Holz einen ganz anderen Stellenwert auf dem Bau bekommt. Holz ist auch von der Statik her extrem belastbar, und wir schaffen uns einen Zeitpuffer von 50 bis 100 Jahren, wenn wir das Holz im Baubereich langfristig einsetzen. Ich habe gelesen, ein Einfamilienhaus ist, wenn Holz eingesetzt wird, dazu in der Lage, 80 Tonnen CO₂ zu speichern. Das wird unsere Aufgabe sein.

Kolleginnen und Kollegen, wir sind dazu in der Lage. Wir haben die handwerkliche Ausbildung, wir haben das duale Berufsausbildungssystem, um das zu machen.

Dafür müssen wir aber aktiv werden. Wir müssen das Baugesetzbuch verändern. Wir müssen mehr Holzbau möglich machen. Harald Ebner, einfach in den Antrag der SPD reingucken, den wir geschrieben haben, lernen, akzeptieren und bei uns mitmachen! Wir werden das umsetzen. Die Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU waren ja auch willens, bei dieser Waldumbauinitiative mitzumachen. Also ganz gemacht!

Ich glaube in der Tat, wenn wir dort deutlich besser werden, wenn wir dem Handwerk die Chance geben und wenn wir das zusammen mit der Waldwirtschaft und der Forstwirtschaft machen, dann haben wir eine reelle Chance, Wald und vor allen Dingen Holz den Stellenwert zu geben, den sie verdienen, und endlich klarzumachen: Holz ist grundsätzlich etwas, was uns von der Natur geschenkt wird und was wir auch entsprechend honorieren und achten müssen, genauso wie alle anderen Produkte der landwirtschaftlichen Erzeugung, denen wir Achtung entgegenbringen müssen, Kolleginnen und Kollegen. Hiermit haben wir die Möglichkeit, dem eine Wertschätzung materieller Art zu geben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Holz ist grundsätzlich etwas, was uns von der Natur geschenkt wird.

Karlheinz Busen, FDP:

Unsere Wälder brauchen klimarobuste Baumarten



Karlheinz Busen (*1951)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Nicht nur der Wald in Deutschland ist in Gefahr. Die Klimaveränderung ist der eine Faktor, der den Wald stresst und schädigt. Aber eine viel größere Gefahr ist was anderes, und zwar die ideologische grüne Politik.

Da wird auf einem Kongress der Grünen-Bundestagsfraktion tat-

sächlich gefordert, Maschinen abzuschaffen und durch Rückepferde zu ersetzen. Statt auf Innovationen zu setzen, statt Investitionen in bodenschonende Maschinen zu fördern, wollen selbsternannte grüne Experten zurück ins letzte Jahrtausend. Dagegen soll der Bau von Windrädern im Wald nahezu grenzenlos hingenommen werden. Da werden Tausende Tonnen Beton als Fundament in den Wald gelassen. Und spätestens hier zeigt sich, was grüne Politik bedeutet – nur eines: Ideologie.

Die Grünen fordern in ihrem Antrag eine Urwaldoffensive und wollen von jetzt auf gleich 600 000 Hektar Wald stilllegen, eine Fläche so groß wie das Saarland, Berlin, Hamburg und Bremen zusammen. Schon die ganzen Umweltverbände von BUND bis NABU nutzen Millionen von Spendengeldern, um Flächen anzukaufen und brachliegen zu lassen.

Viele Privatwaldbesitzer, große und kleine, bewirtschaften ihre Wälder vorbildlich und tragen damit zur Unterstützung der vielfältigen Funktionen des Waldes bei. Aber auf diesen Zug der Stilllegungen ist auch unsere Bundesumweltministerin Svenja Schulze aufgesprungen. Mehr und mehr Waldflächen sollen vor sich hin rotten. Wer unsere Wälder aber kennt, weiß, dass genau die stillgelegten Wälder am schlimmsten aussehen. Ich habe mir persönlich ein Bild davon gemacht. Die Bundesumweltministerin hat wahrscheinlich zu viel im „Dschungelbuch“ gelesen.

Auch für das Klima ist ein stillgelegter Wald schädlich. Viel langsamer werden Treibhausgase der Luft entzogen, und viel schneller werden Treibhausgase beim Verrotten wieder freigesetzt. Am 16. Oktober sagte der Parlamentarischer Staatssekretär, Herr Pronold,

hier – mit Erlaubnis des Präsidenten zitiere ich –:

Es ist richtig, dass ein bewirtschafteter Wald einen höheren CO₂-Speichereffekt haben kann als ein unbewirtschafteter Wald.

Der Mann hat recht. Doch statt dem Urwaldsinn ein Ende zu setzen, belastet die Bundesregierung weiter unsere Wälder.

Belastetes Käferholz soll nach Auffassung der Bundesregierung in stillgelegten Wäldern liegen bleiben. Oder anderes gesagt: Die Bundesregierung unterstützt die weitere Ausbreitung von Schädlingen wie dem Borkenkäfer, indem sie beste Brutstätten für sie schafft. Das rächt sich im kommenden Jahr, wenn die Schädlinge wieder ausschwärmen.

Meine Damen und Herren, die Koalitionsfraktionen schreiben im Titel ihres Antrages: „Unser Wald braucht Hilfe“. Mit ihrer Kassenbonpflicht machen sie ihren eigenen Antrag zur Makulatur. Nach neuesten Berechnungen des EHI sorgt die Belegausgabepflicht dafür, dass Jahr für Jahr zusätzlich 8 500 Fichten gefällt werden müssen. Diese große Menge an Papiermüll kann sofort mit einem Federstrich im Gesetzblatt eingespart werden. Wenn Sie es mit dem

Waldschutz ernst meinen, dann stoppen Sie diese Kassenbonpflicht.

Meine Damen und Herren, unsere Wälder brauchen Innovationen, damit wir sie schützen. Konkret brauchen unsere Wälder eine Wiederaufforstung mit klimarobusten Baumarten, die Zulassung neuer Züchtungsmethoden, eine Reform des Forstschäden-Ausgleichsgesetzes und schnellere Verfahren bei forstlichen Pflanzenschutzmitteln, um im Notfall gerüstet zu sein.

Sehr viele gute Ansätze sind im Antrag von Union und SPD enthalten. Es fehlen noch einige Punkte, die für einen gesunden Wald notwendig sind. Wir haben Ihnen in unserem Antrag ein Angebot gemacht. Nutzen Sie das! Das wäre gute konstruktive Zusammenarbeit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der AfD)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen zudem die Abgeordneten Artur Auernhammer (CDU/CSU) und Steffi Lemke (Bündnis 90/Die Grünen).

Debatte zur föderalen Sicherheitsarchitektur / 137. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 19. Dezember 2019

Armin Schuster, CDU/CSU:

Echte Reformen statt Schaufensteranträge



Armin Schuster (*1961)
Wahlkreis Lörrach-Müllheim

Föderalismuskommission und, ja, auch mit den Inhalten, die die FDP in ihrem Antrag beschrieben hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, das ist Copy-and-paste bei Otto Schily, Wolfgang Schäuble, Thomas de Maizière, aus Handlungsempfehlungen von Untersuchungsausschüssen. Es gibt auch weniger prominente Innenpolitiker der Union, bei denen ihr abgeschrieben habt. Das, meine Damen und Herren, reicht nicht. Eigentlich bin ich mittlerweile sogar sauer; ich will das gar nicht humorvoll machen, liebe Kollegen.

Die deutsche Sicherheitsarchitektur zu reformieren, ist ein ernstes Vorhaben, das mir sehr am Herzen liegt. Ich arbeite wirklich Woche für Woche daran, auch mit denen, auf die es ankommt. Hier eine Mehrheit für eine Reform der Sicherheitsarchitektur zu finden – ich gucke Herrn Grötsch oder Frau Mihalic

oder wen auch immer an -, ist nicht schwer. Unser Problem ist doch in Wirklichkeit ein anderes – machen wir uns doch ehrlich; das dürfte jeder Fraktion so gehen -: Wie sehen das denn Ihre Ministerpräsidenten und Innenminister und Regierungsmitglieder in den Ländern? Das ist doch die Herausforderung.

Machen wir doch mal eine Nagelprobe oder eine Feuerprobe bei den Freien Demokraten: Sie regieren in Rheinland-Pfalz, Sie regieren in Schleswig-Holstein, und Sie regieren in Nordrhein-Westfalen. Ich habe von den Herren Stamp, Pinkwart, Wissing oder – nehmen wir Ihre Granden – Kubicki und Lindner nie gehört, dass sie das Gemeinsame Terrorabwehrzentrum reformieren wollen, die Zentralstellen-

funktion des BKA oder des BFV stärken wollen, das Anker-Zentren-Projekt für ganz Deutschland mit umsetzen wollen. Sie haben sich nie dafür eingesetzt, dass wir endlich eine zentrale Ermittlungsführung in Deutschland bei Fällen wie NSU oder Amri haben. Ich habe von Ihnen nicht gehört, dass Sie anstelle der föderalen Doppelstrukturen das BSI stärken wollen. Herr Höferlin, das habe ich nie gehört von den Freien Demokraten.

Stattdessen hat sich Herr Lindner dafür eingesetzt, dass in Nordrhein-Westfalen keine Schleierfahndung stattfindet. Stattdessen haben Sie es zugelassen, dass Thomas de Maizières Vorschläge aus dem Januar 2017 diskreditiert wurden – von Herrn Kubicki und Herrn Lindner. Vorratsdatenspeicherung, Quellen-TKÜ, Onlinedurchsuchung sind mit Ihnen nicht machbar.

Meine Damen und Herren, Sie klagen gegen das Polizeiaufgabengesetz in Bayern. Sie klagen beim Verfassungsgericht gegen jede Form moderner Sicherheits-

aufgabenwahrnehmung. Wie sollen wir denn mit Ihnen dieses Land im Bereich Sicherheit reformieren?

Deswegen lehne ich Ihren Antrag ab. Während Sie Anträge kopieren, arbeitet dieser Innenminister mit seiner Fraktion und der GroKo daran, dieses Land zu reformieren. Ich werde mir Ihr Abstimmungsverhalten anschauen, wenn wir demnächst eine Novelle zum Bundespolizeigesetz vorlegen, wenn wir demnächst eine Novelle zum Verfassungsschutzgesetz vorlegen, wenn wir eine Novelle zum Telekommunikationsgesetz und zum IT-Sicherheitsgesetz vorlegen. Das sind alles Reformen der Sicherheitsarchitektur. Ich werde mir Ihr Abstimmungsverhalten dazu anschauen. Während Sie sich mit Schaufensteranträgen beschäftigen, reformieren wir dieses Land.

Meine Damen und Herren, solltet ihr echt aus dem Quark kommen: Ich stehe 24/7 bereit. Aber dafür möchte ich wirklich Beweise sehen, und die habt ihr bisher nicht geliefert. Deswegen empfehle ich meiner Fraktion dringend und mit Herzblut, diesen Klamauk abzulehnen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich empfehle meiner Fraktion dringend und mit Herzblut, diesen Klamauk abzulehnen.

Dr. Christian Wirth, AfD:

Es droht ein weiteres Jahr mit Messerattacken und Übergriffen



Christian Wirth (*1963)
Landesliste Saarland

sche Gefährder und damit den Terrorismus präventiv zu bekämpfen; denn hierzu müsste man erst mal Fehler in der Migrations- und Grenzpolitik einräumen.

Ja, die derzeitige Verteilung der Zuständigkeiten in der Terrorabwehr ist reformbedürftig. Terrorabwehr gehört genauso wie die Bekämpfung der Clankriminalität und die Abschiebung in die Hände des Bundes. Gerade die rot-rot-grün regierten Länder – das sehen wir beispielsweise hier in Berlin – haben keine Kompetenz in Sicherheitsfragen. Lieber verhindern sie Abschiebungen völlig und hässeln Drogendealer, statt Maßnahmen zu ergreifen, um die Bürger zu schützen.

Deswegen hatten wir, als der vorliegende Antrag hier im Februar zum ersten Mal besprochen wurde, zum selben Tagesordnungspunkt zwei eigene Anträge vorgelegt. Im ersten Antrag wollte die AfD dem Bund eine Gesetzge-

bungskompetenz zur Abwehr terroristischer Gefahren geben. Im zweiten Antrag forderte die AfD Änderungen des Aufenthaltsgesetzes, die bis zum Abschluss dieser Verhandlungen den Bund unmittelbar handlungsfähig machen könnten. Natürlich haben alle übrigen Fraktionen beide Vorschläge abgelehnt. Die politische Trotzphase gegenüber der AfD ist wichtiger als die Sicherheit der Bürger in unserem Land. Sie alle haben damit verhindert, dass der Bund jetzt schon konkrete Maßnahmen umsetzen kann und zugleich ein stabiles Fundament für unsere zukünftige Sicherheit baut.

Die FDP wiederum hat keine Eile. Sie will sich erst einmal Zeit nehmen, eine Kommission zu bilden, ein ganzes Jahr mindestens. Dann muss natürlich alles umgesetzt und eingerichtet werden. Ob unsere Enkel und Urenkel dann noch sicher in diesem Land leben können, ist mehr als fraglich.

Auch heute noch wandern allein über die deutsch-österreichische Grenze monatlich unkontrolliert circa 15 000 illegale Migranten ein – Jahr für Jahr wieder eine Großstadt voller Sozialmigranten, vom deutschen Steuerzahler in der Regel lebenslang alimentiert. Unter den echten und falschen Flüchtlingen werden auch wieder jene sein, die uns und unserer Freiheit schaden wollen. Denn wohin wollen zum Beispiel die flüchtigen ehemaligen IS-Kämpfer, die derzeit aus den kurdischen Lagern fliehen? Natürlich in das Land, in dem kaum kontrolliert wird und in dem Milch und Honig fließen. Wer kommt, das wissen die Behörden bestenfalls bei den Resettlement-Migranten, mit denen unser schon lang überstrapaziertes Einwanderungssystem zusätzlich belastet wird. Weiterhin ohne jede Kontrolle wird die deutliche Mehrheit der sogenannten Flüchtlinge sein, die durch sichere Transitländer ins deutsche System einwandern.

Es droht ein weiteres Jahr mit Anschlagplänen, bei denen jedes Mal die Wahrscheinlichkeit steigt, dass einer durch das Netz unserer motivierten Sicherheitsbehörden rutscht. Allein der von den Behörden aufgedeckte Anschlagplan

von Köln des islamischen Ehepaars hätte aufgrund von Rizin das Potenzial für mehr als 25 000 Todesopfer gehabt. Es droht ein weiteres Jahr mit Messerattacken und Übergriffen gegen Leib und Leben, ein weiteres Jahr, in dem, um Frau Özoğuz von der SPD zu paraphrasieren, friedliche und unbescholtene Bürger auf einmal das Zusammenleben mit ihren neuen Nachbarn täglich neu aushandeln sollen.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass früher in Deutschland alles möglich war, und dieses Früher liegt noch gar nicht so lange zurück. Aber diese Botschaft ist gerade für die jüngeren Bürger wichtig, die diese Zeit nicht mehr erlebt haben. Vor 20 Jahren, 1999, zog nur wenige Meter von diesem Hohen Haus entfernt die Love-Parade durch die Hauptstadt. In diesem Jahr waren es 1,5 Millionen Teilnehmer – keine Absperrungen, keine Betonklötze; ja, niemand kam auf die Idee, so etwas einzufordern. Die Polizisten, die die größte Party Berlins begleiteten, achteten auf Drogendealer und Taschendiebe, aber nicht auf Terroristen.

Fortsetzung auf nächster Seite

Herr Schuster, Sie haben dankenswerterweise viele Probleme angesprochen, die wir unterstreichen.

Der Anschlag auf dem Breitscheidplatz jährt sich heute das dritte Mal. Wir gedenken der Opfer. Aber bis heute zeigt die Bundesregierung keinen geeigneten Handlungsansatz, die stetig steigenden Gefahren durch islami-

Ja, Deutschland hat sich verändert, und das ist nicht gut so, Frau Göring-Eckardt. Wie sieht es denn heute aus? Selbst die kleinsten Weihnachtsmärkte brauchen ein Sicherheitskonzept. Viele gibt es nicht mehr, da das Geld hierzu fehlt. Jede öffentliche Veranstaltung wird zur Festung; jeder Gast wird durchleuchtet. Und das Ganze wird noch getoppt mit der Einrichtung von Frauenschutzzonen, was ein implizites Eingeständnis ist, dass der Rest unseres öffentlichen Raumes für Frauen nicht mehr sicher ist.

Das wollen Sie natürlich nicht hören. Wir leben ja im „besten Deutschland aller Zeiten“. Es gibt für Sie keine Warnungen mehr, nur noch Hetze. Sie leben in einer Welt der Widersprüche, in der die Bürger angeblich so sicher sind wie nie zuvor, aber zugleich

auf allen Ebenen neue Schutzkonzepte für sie eingeführt werden müssen.

Der erste Schritt aber zur Lösung des offensichtlichen Problems ist es, anzuerkennen: Die Sicherheitslage wurde eindeutig durch die Masseneinwanderung verschlechtert. Die EU-Außengrenzen zu schützen, scheint unmöglich oder politisch nicht gewollt zu sein. Damit ist das zentrale Sicherheitsversprechen von Schengen gebrochen. Trotzdem weigern Sie alle sich, die deutschen Grenzen zu schützen.

Wenn es aber darum geht, Politiker zu schützen, dann gehen

Grenzkontrollen doch, so beim G-7-Gipfel in Bayern und beim G-20-Gipfel in Hamburg. Allein beim G-20-Gipfel sind in etwa einem Monat 4 546 unerlaubte Einreisende abgefangen worden; 782 per Haftbefehl gesuchte Personen wurden festgenommen. Horst Seehofer brüstet sich heutzutage mit der kürzlich verstärkten Schleierfahndung, fast so, als gäbe es dadurch tatsächlich einen Sicherheitsgewinn durch geschützte Grenzen.

Meine Damen und Herren von der FDP, Sie haben sich seit Anfang der Legislaturperiode als Serviceopposition bezeichnet. In der Tat, das sind Sie mit diesem An-

trag. Käme dieser Antrag durch, dann ist er ein Freibrief für die Bundesregierung zum Nichtstun und Verschleppen.

Es wird eine Kommission eingesetzt, dann wird ewig verhandelt und nachverhandelt, und dann, ja dann sind schon wieder Bundestagswahlen. Das ist so wie bei Frau Merkel und ihren Ministern, die seit Jahren jede konkrete Maßnahme unter Hinweis auf diesen und jenen EU-Gipfel oder irgendwelche ineffektiven, bilateralen Abkommen in die ferne Zukunft verschieben. Das ist Serviceopposition für die Regierung, in die man nicht eintreten wollte, und nicht für Bürger. Nein, diesem Antrag können wir nicht zustimmen.

Wir hatten vor zehn Monaten die Chance, eine sinnvolle Lösung für dieses Problem auf den

Weg zu bringen. Sie haben hier alle dagegengestimmt, was Sie immer tun, egal was die AfD vorschlägt. Aber das hat der Bürger längst durchschaut. Das waren zehn verlorene Monate, und es wird Zeit, konkrete Lösungen umzusetzen, statt mal wieder einen Arbeitskreis zu gründen.

Die einfachste und wirksamste Maßnahme wäre, vorab endlich wieder geltendes Recht durchzusetzen, nämlich Artikel 16a Grundgesetz, das Aufenthaltsgesetz und EU-Recht – ja, auch EU-Recht. Denn auch nach EU-Recht darf kein Nicht-EU-Ausländer ohne Ausweispapiere und ohne EU-Visum eine EU-Grenze übertreten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Uli Grötsch, SPD:

Es gibt keine hundertprozentige Sicherheit



Uli Grötsch (*1975)
Landesliste Bayern

Nun wieder zurück zum eigentlichen Thema in dieser Debatte, nämlich zur Frage der Notwendigkeit der Reform der deutschen Sicherheitsbehörden. Lieber Herr Schuster, ich muss mit einer schlechten Nachricht für Sie beginnen: Ich bin der Falsche, wenn Sie auf der Suche nach einer Mehrheit für eine Reform der Sicherheitsarchitektur in Deutschland sind. Ich bin nämlich der Meinung, dass die Sicherheitsarchitektur in Deutschland gut ist, dass wir sie nicht verändern müssen, sondern dass wir sie schlicht und ergreifend fortwährend weiterentwickeln müssen und dass wir sie stärken müssen, was wir in den letzten Jahren ja auch ganz ausführlich getan haben.

Ich fahre fort mit einer auch für Sie schlechten Nachricht so kurz vor Weihnachten, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP; denn niemand außer Ihnen will in diesem Haus eine dritte Föderation

lismuskommision. Das ist die bittere Wahrheit, mit der Sie über Weihnachten und den Jahreswechsel hinaus umzugehen lernen müssen. Vor etwas weniger als einem Jahr – Sie erinnern sich bestimmt –, als Sie das zuletzt beantragt hatten, habe ich Ihnen das schon mal prophezeit. Ich hoffe, dass meine Worte diesmal überzeugender auf Sie wirken. Ich möchte Ihnen aber selbstverständlich auch heute erläutern, wieso wir Ihren Antrag ablehnen.

Erstens dauert so etwas Jahre, bis Ergebnisse vorliegen. Ich weiß nicht, wie Sie darauf kommen, dass eine Föderation innerhalb eines Jahres errichtet werden und am Ende sogar noch Ergebnisse vorlegen kann.

Zweitens – das wissen wir aus Erfahrung – gibt es überhaupt keinen Automatismus, dass Deutschland nach einer Föderation III sicherer wird. Ich zweifle sogar mehr als stark daran. Also, hören Sie nach dieser Debatte damit auf, den Menschen zu suggerieren, Ihr Vorschlag könne Terroranschläge verhindern! Das ist schlichtweg Unsinn. Er löst kein einziges Problem. Er ist genauso wenig eine Lösung wie die regelmäßige Forderung der Linken nach der Abschaffung von Nachrichtendiensten. Für beide Fraktionen gilt, dass der Wunsch nach Sicherheit der Vater ihrer Gedanken ist. Das glaube ich schon, und das können Sie für sich in Anspruch nehmen. Aber ich sage Ihnen: Wenden Sie sich gerne vertrauensvoll an die deutsche Sozialdemo-

kratie, wenn Sie Fragen zur inneren Sicherheit haben.

Zum Thema der Sicherheitsarchitektur möchte ich Ihnen noch Folgendes sagen: Der Terroranschlag vom Breitscheidplatz, der eben auch schon Thema war, hat uns natürlich alle zutiefst getroffen. Es ist etwas schiefgelaufen in der Kommunikation zwischen den Behörden im Bund und in den Ländern, im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum namentlich. Das darf nie wieder passieren; darin sind wir uns einig. Deshalb ist es richtig, dass die Zusammenarbeit im Verfassungsschutzverbund auf dem Prüfstand ist. Das ist ja auch Gegenstand des Untersuchungsausschusses hier im Bundestag.

Aber auch eine komplett veränderte föderale Sicherheitsarchitektur kann nicht verhindern, dass, wo Menschen sind, auch Fehler gemacht werden und Fehleinschätzungen passieren. Es gibt eben keine hundertprozentige Sicherheit, nirgends. Wir haben im BKA-Gesetz aber ganz genau geregelt, wer wann wofür zuständig ist. Auch im Bundesverfassungsschutzgesetz haben wir nach dem NSU-Untersuchungsausschuss die sogenannte Zentralstellenfunktion des Bundesamtes für Verfassungsschutz geregelt. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, den Sie vielleicht meinen. Danach ist nämlich der Bund auch für besonders gelagerte regionale Fälle in den Ländern zuständig, kann sich also aufgrund seiner Zentralstellenfunktion dort mit einbringen, wo das Bundes-

amt es für notwendig hält oder die Länder den Bedarf dafür sehen. Es gibt also in diesem Zusammenhang keine Regelungslücke. Und bei keiner erdenklichen Sicherheitsarchitektur – ich glaube, auch daran besteht kein Zweifel – hätte der rechtsextremistische Mord an Walter Lübcke oder der Terroranschlag von Halle verhindert werden können – leider, aber das gehört zur Wahrheit dazu.

Eine Sache ist mir noch wichtig zu sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich finde, es geht nicht, dass jedes Mal, wenn etwas passiert, nach Zentralisierung oder nach Verschärfung von Gesetzen gerufen wird. Gewöhnen Sie sich diese Reflexe ab! Sie erzielen damit genau das Gegenteil von dem, was Sie letztendlich, wahrscheinlich oder mit Sicherheit wollen: nämlich mitarbeiten, wenn es um die innere Sicherheit in Deutschland geht.

Aber glauben Sie mir: So ein Antrag wie der heute hier gestellte ist der falsche Ansatz. Auch in den Ländern nämlich, in denen Sicherheit zentral organisiert ist – Beispiel Frankreich –, gehen Dinge schief. Es gibt keinerlei Beleg dafür oder auch keinen Grund, anzunehmen, dass – Sie kritisieren, dass wir in Deutschland 40 Behörden haben, die für Sicherheit zuständig sind – 10 oder 15 Behörden mehr Sicherheit produzieren. Ich wiederhole: Dafür gibt es keinen Beleg.

Und noch was: Warum schweigen Sie eigentlich in Ihrem Antrag und auch hier im Plenum, wenn es darum geht, was unsere Sicherheitsbehörden, diese 40 Behörden, alles Gutes getan haben, wenn es um die innere Sicherheit und die Verhütung von Terroranschlägen geht? Ich möchte ganz kurz vier Beispiele aufzählen:

Zuletzt wurde am 19. November diesen Jahres ein 26-jähriger

Syrer, der nach Anleitungen für einen Bombenbau recherchiert und sich in Chatgruppen dazu ausgetauscht hatte, in Berlin festgenommen.

Oder die Festnahme von drei IS-Anhängern in Offenbach, die mutmaßlich einen Anschlag geplant haben.

Im Juni letzten Jahres haben unsere Sicherheitsbehörden mit der Festnahme eines islamistischen Terrorverdächtigen in Köln den ersten Anschlagversuch mit einer Biowaffe verhindert.

Und Anfang dieses Jahres wurden drei Iraker in Schleswig-Holstein festgenommen, die einen Terroranschlag planten.

All das ist Grund genug, um unseren Sicherheitsbehörden und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausdrücklich für ihre Arbeit zu danken.

Zum Ende möchte ich sagen: Am sichersten wird Deutschland natürlich nur, wenn Menschen sich erst gar nicht radikalieren oder erst gar nicht kriminell werden. Deshalb bin ich froh, dass unser Bundesprogramm „Demokratie leben!“ auf hohem Niveau weitergeführt wird und Projekte gegen Extremismus niedrigschwellig und vor Ort fördert. Aber: Demokratiearbeit ist heute mehr denn je eine Daueraufgabe, die sich nicht mit einem Modellprojekt erledigt. Hier will die SPD den eingeschlagenen und erfolgreichen Weg weitergehen und mit einem Demokratiefördergesetz erfolgreiche Projekte auf dauerhafte, feste Füße stellen, weil Prävention der wichtigste Weg ist, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich lade Sie herzlich dazu ein, uns auch im neuen Jahr darin zu unterstützen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Benjamin Strasser, FDP:

Wir brauchen eine Förderalismuskommission III



Benjamin Strasser (*1987)
Landesliste Baden-Württemberg

Heute vor drei Jahren hat ein islamistischer Attentäter auf dem Berliner Breitscheidplatz 12 Menschen das Leben genommen und 67 Menschen so schwer verletzt, dass sie teilweise bis heute Pflegefälle sind. Wir arbeiten seit März 2018 an einer Aufarbeitung im Untersuchungsausschuss – unter erschwerten Bedingungen.

Bei vielen offenen Fragen, die sich stellen, können wir heute, glaube ich, ein Fazit ziehen: Mit einem System von 40 Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern, mit einem System aus

den 50er-Jahren des letzten Jahrhunderts können wir nicht nachhaltig und wirksam Terrorismus in Deutschland bekämpfen. Wir brauchen weniger Behörden, die mehr Sicherheit organisieren.

Das zeigt sich in vielen Bereichen: bei Cyber-, bei Clankriminalität, aber auch und insbesondere beim Terrorismus, bei dem wir es mit hochmobilen kleinen terroristischen Zellen zu tun haben, die sich ganz natürlich über Ländergrenzen hinweg bewegen. Wir erleben, dass dann, wenn etwas schiefläuft, immer viele zuständig sind, aber wenn es darauf ankommt, keiner verantwortlich sein will. Diesen Zustand müssen wir dringend beenden.

Wir haben ein grundlegendes Struktur- und Kommunikationsproblem in den Behörden. Dieser Vorwurf trifft weniger die Beamtinnen und Beamten. Er trifft in allererster Linie uns Parlamentarierinnen und Parlamentarier, weil wir offenkundig in der Vergangenheit nicht willens und nicht in der Lage waren, diese organisierte Verantwortungslosigkeit zu beenden, liebe Kollegin-

nen und Kollegen.

Eins ist doch klar: Der Deutsche Bundestag allein kann hier nicht entscheiden, sondern wir brauchen die Länder an unserer Seite, um ein neues System der Sicherheitsarchitektur zu finden. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass wir eine Förderalismuskommission III einsetzen, die den gordischen Knoten in diesem Bereich durchtrennt.

Denn eins erleben wir doch, Kollege Schuster: dass gute Vorschläge, auch von Ihnen, immer wieder von den Ländern ausgebremst werden, nicht aus fachlichen Gründen, sondern weil man offensichtlich nicht bereit ist, Kompetenzen abzugeben. Diese Kommission entscheidet auch mal und diskutiert nicht nur.

Wo gibt es in diesem Parlament denn Verbündete? Die SPD? Das haben wir erlebt: Herr Grötsch, das ist ja ein Totalausfall. Sie klinken sich komplett

aus dieser Debatte aus.

Was mich ein bisschen traurig macht, Herr Schuster, ist, dass Ihr eigener Bundesinnenminister bereits zum Amtsantritt gesagt hat, mit ihm gebe es keine grundlegende Reform der Sicherheitsarchitektur in Deutschland, das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum arbeite ganz prima. Ich lade ihn gern mal als Besucher in den Untersuchungsausschuss ein, um zu sehen, ob er diese Analyse dann noch teilt.

Aber mich freut es, dass es hier eine Fraktion gibt, die sich auch von guten Argumenten überzeugen lässt, liebe Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen. Sie hatten in der ersten Lesung durchaus noch berechtigte Zweifel. Aber ich glaube, Sie sind auch aufgrund der Debatte im Innenausschuss zu der Ansicht gekommen, dass es hier nicht um die Frage geht: „Wie sehen unsere Ideen aus?“, sondern dass es jetzt eine Kommission braucht, die diese Ideen auf den Tisch legt und vor allem dann auch entscheidet. Deswegen freuen wir uns, dass Sie heute zustimmen.

Herr Schuster, ein bisschen Hoffnung habe ich auch noch bei Ihnen; denn es gibt deutliche Fortschritte. In der ersten Lesung

Wir brauchen weniger Behörden, die mehr Sicherheit organisieren.

war dieser Mann Thema im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum, GTAZ -, nicht rechtzeitig vor seiner Tat gestoppt werden?

Das LKA Berlin stellte Mitte 2016 die Beobachtung des späteren Attentäters mit der fadenscheinigen Begründung ein, dass sich Drogenhandel und Salafismus ausschließen. Mindestens zweimal verzichtete das Bundeskriminalamt auf eine koordinierende Rolle und lehnte Ersuchen aus Nordrhein-Westfalen ab, die Ermittlungen zu Amri an sich zu ziehen, weil es der Person des späteren Attentäters offensichtlich nicht die tatsächliche Relevanz beimaß. Und kurz nach dem Anschlag wird ein Freund Amris, mit dem sich dieser noch am Vorabend der Tat getroffen hatte und bei dem die Frage einer Mittäterschaft

Im Falle des Anschlags vom Breitscheidplatz sind nach wie vor viele Fragen ungeklärt.

im Raum steht, auf Betreiben der Bundesregierung eiligst nach Tunesien abgeschoben, von wo aus er kaum noch zur dringend erforderlichen Aufklärung beitragen kann. Über die Hintergründe herrscht bis heute eisiges Schwei-

gen. Nicht nur für die Opfer und Hinterbliebenen ist das schlichtweg unerträglich.

Meine Damen und Herren, die Untersuchungen zum Anschlag auf dem Breitscheidplatz sind noch nicht abgeschlossen; aber man kommt doch jetzt schon zu einer wichtigen Erkenntnis – womit ich auch den Bogen zum vorliegenden FDP-Antrag schlage -: Wenn Behörden aus vorhandenen Informationen falsche Schlüsse ziehen, womöglich auch aus mangelnder interkultureller Kompetenz, wenn das Bundeskriminalamt den Fall nicht an sich zieht, obwohl dies geboten gewesen wäre, und wenn der BND, der ja offenbar gut informiert war, seine Erkenntnisse möglicherweise aus zweifelhaften Opportunitätsgründen nicht an die Polizei weiterreicht, dann haben wir es doch ganz offensichtlich nicht mit Problemen in der föderalen Struktur zu tun, wie die FDP unterstellt, sondern mit eklatanten Mängeln beim Vollzug geltender Gesetze.

Wir als Linke haben erhebliche Zweifel, ob eine zigste Reformkommission die vorhandenen

haben Sie eine Förderalismuskommission noch abgelehnt; das haben Sie heute nicht mehr gemacht. In der ersten Lesung haben Sie noch darauf verwiesen, dass es eine Ministerpräsidentenrunde und eine IMK gebe; die sollten das für uns entscheiden.

Zwei Fragen an Sie. Erste Frage: Warum wird denn da nicht entschieden? Zweite Frage: Was für ein Selbstverständnis von Parlament ist es, dass wir uns als Bundestag von Ministerpräsidenten eine Grundgesetzänderung aufschreiben lassen und die hier nur noch abnicken? Das ist unser Anliegen, und das müssen wir hier tun.

Abschließend: Wenn Sie mir nicht glauben, dann glauben Sie vielleicht Ihrem Fraktionsvorsitzenden der Union, der CDU/CSU, Ralph Brinkhaus, der in der Vereinbarten Debatte zu „70 Jahre Grundgesetz“ hier meinte – Zitat -:

Wir als Union stehen zum Föderalismus ohne Wenn und Aber, doch wenn wir nicht bereit sind, ihn immer wieder zu überprüfen, zu reformieren und weiterzuentwickeln, wird er keine gute Zukunft haben. Wir brauchen daher ganz dringend eine dritte Förderalismuskommission.

Dem ist nichts mehr hinzuzufügen. Springen Sie über Ihren Schatten! Stimmen Sie dem zu!

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Dr. André Hahn, Die Linke:

Probleme liegen im Vollzug geltender Gesetze



André Hahn (*1963)
Landesliste Sachsen

Heute vor genau drei Jahren geschah der schreckliche Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz. Der Bundestagspräsident hat vorhin an die 12 getöteten Menschen und die mehr als 70 Verletzten erinnert. Deshalb und auch wegen der jüngsten rechtsextremistischen Anschläge ist die Frage nach einer

gut funktionierenden Sicherheitsarchitektur in Deutschland aktueller denn je.

Doch bevor ich auf den dazu vorliegenden Antrag der FDP eingehe, komme ich nicht umhin, festzustellen, dass der Staat, dass staatliche Behörden im Vorfeld dieser und anderer schwerer Gewalttaten leider immer wieder in unverantwortlicher Weise versagt haben. Im Umfeld der rechten Mörder des NSU waren Dutzende V-Leute im Einsatz. Nicht eine der Taten wurde dadurch verhindert. Der Aufenthalt der Gesuchten wurde über Jahre hinweg nicht ermittelt, und auch die Aufklärung der Verbrechen wurde massiv erschwert, weil der Verfassungsschutz wichtige Akten rechtswidrig schredderte.

Damals wie auch bei den jüngsten Anschlägen versprach die Bundesregierung, versprach auch die Kanzlerin persönlich vollständige

und rückhaltlose Aufklärung. Dieses Versprechen ist bislang nicht eingelöst worden, und den daraus resultierenden Unmut, ja, auch die Wut der Hinterbliebenen können wir als Linke gut nachvollziehen. Hier muss die Regierung endlich handeln.

Auch im Falle des Anschlags vom Berliner Breitscheidplatz sind nach wie vor viele Fragen ungeklärt. Warum konnte vor drei Jahren ein Attentäter, den Landeskriminalämter aus Berlin und Nordrhein-Westfalen, den das Bundeskriminalamt, das Bundesamt für Verfassungsschutz und, wie wir erst vor wenigen Tagen erfahren haben, auch der Bundesnachrichtendienst auf dem Schirm hatten – mindestens ein Dutzend mal

Probleme lösen kann. Uns würde es fürs Erste schon reichen – und damit wären wir schon sehr, sehr weit –, wenn die Bundesregierung und die Landesregierungen die Schlussfolgerungen und Empfehlungen der NSU-Untersuchungsausschüsse endlich vollständig umsetzen würden.

Meine Damen und Herren, seitdem wir im Januar das erste Mal über diesen Antrag beraten haben,

haben sich zwei weitere erschütternde Anschläge ereignet. Mit dem Attentat in Halle und der Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke wurde die Bedrohung durch den rechtsextremen Terror, dem seit der Wiedervereinigung fast 200 Menschen zum Opfer fielen, für weite Teile der Gesellschaft sichtbar, und sie wurde endlich, muss man sagen, auch durch den Bundesinnenmi-

nister als Problem erkannt.

Meine Damen und Herren, rechter Terror kommt nicht aus dem Nichts. Rechter Terror entsteht durch ein gesellschaftliches Klima, in dem ethische, ethnische oder religiöse Minderheiten zu Sündenböcken gemacht werden und die Grenze des Sagbaren Stück für Stück nach rechts verschoben wird. Dieses üble Geschäft betreibt hier im Land der-

zeit vor allem die AfD. Daher sind alle Demokratinnen und Demokraten gefordert, rechter Hetze entschieden zu widersprechen: ob im Netz, auf der Straße oder eben auch hier im Deutschen Bundestag. Wir brauchen eine kontinuierliche Unterstützung all jener Initiativen, die sich Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus entgegenstellen. Diese Initiativen benötigen dringend eine

langfristige finanzielle Planungssicherheit. Auch das, meine Damen und Herren, war eine Forderung des NSU-Untersuchungsausschusses. Das, nämlich diese Planungssicherheit für die Initiativen, ist aus Sicht der Linken definitiv wichtiger als eine neue Föderalismuskommission.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Irene Mihalic, Bündnis 90/Die Grünen:

Ländergrenzen dürfen nicht im Weg stehen



© Stefan Kaminski

Irene Mihalic (*1976)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Heute vor drei Jahren ereignete sich der bisher schlimmste islamistische Terroranschlag in Deutschland, und wir gedenken der Opfer und der vielen Verletzten heute in einem Gottesdienst in der Gedächtniskirche. Gemeinsam sprechen wir auch hier in dieser Debatte den Hinterbliebenen unser tief empfundenen Mitgefühl aus.

Dieser Anschlag lässt sich nicht rückgängig machen. Das Einzige, was wir tun können, ist, entschlossen aufzuklären und vor allem die richtigen Konsequenzen daraus zu ziehen. Das wollen wir tun. Und ich verspreche Ihnen: Wir werden nicht lockerlassen, den vielen offenen Fragen nachzugehen und die Aufklärung nach Kräften voranzutreiben. Dabei stellt sich schon heute die Frage, ob bereits notwendige Veränderungen vorgenommen wurden. Da sagen wir Grüne klipp und klar: Nein. Die entscheidenden Lehren für die bundesrepublikanische Sicherheitsarchitektur sind eben noch nicht gezogen worden. Da müssen wir jetzt ran.

Sitzung für Sitzung arbeiten wir im Untersuchungsausschuss den massiven Reformbedarf in der föderalen Sicherheitszusammenarbeit heraus. Ein Beispiel dafür ist die fatale Fehleinschätzung Anis Amris im GTAZ, maßgeblich vorgenommen vom Bundeskriminalamt im Februar 2016, also zehn

Monate vor dem Anschlag. Eine Quelle des LKA NRW hatte sehr detailliert über seine konkreten Anschlagplanungen berichtet, das BKA hat der Quelle aber nicht geglaubt und auch den Bewertungen aus NRW nicht vertraut, ohne das allerdings fachlich zu begründen. Durch diese Einschätzung des BKA wurden die Weichen im Fall Amri falsch gestellt. Das BKA hat den Fall damals nicht übernommen, obwohl es die gesetzliche Kompetenz dazu gehabt hätte. Der entsprechende § 4a ist ja vor einigen Jahren extra ins BKA-Gesetz geschrieben worden, damit die Bundesebene in länderübergreifenden Fällen die Koordination übernehmen kann. Wenn die Voraussetzungen dafür im Fall Amri nicht vorlagen, dann fragt man sich doch: Wann denn dann? Anstatt ihn zu übernehmen, hat man den Fall Amri einfach laufen lassen, und jede betroffene Landespolizei hat weiter vor sich hin gearbeitet. Wie das ausging, ist bekannt. Wenn die Rahmenbedingungen so etwas zulassen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann müssen wir die Rahmenbedingungen ändern.

Auch die Rolle der zweiten Säule unserer Sicherheitsarchitektur, des Verfassungsschutzes, war im Fall Amri alles andere als rühmlich. Das BfV hat mit einigen V-Leuten die beiden Moscheen, die Amri am häufigsten besuchte und in denen er wichtige Kontakte knüpfte, praktisch umstellt; der Output war gleich null. Keine der Quellen will Amri wirklich gekannt haben. Details, Berichte, Informationen – alles Fehlanzeige. Das alles erinnert in erschreckender Weise an das NSU-Desaster.

Auch die Bund-Länder-Zusammenarbeit des Verfassungsschutzes hat nicht funktioniert, obwohl der damals verantwortliche Verfassungsschutzpräsident Maaßen im September 2015 die neuen Kompetenzen für seine Behörde in den höchsten Tönen gelobt hat. Da-

mals hat nämlich das BfV eine Zentralstellenfunktion bekommen – der Kollege Grötsch hat gerade darauf hingewiesen –, um die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern zu koordinieren. Aber, Herr Grötsch, auch sie ist nicht angewandt worden. Nur fünf Monate später, als Amri auf die Bühne trat, hätte sich diese neue Kompetenz bewähren müssen. Sie hätte sich bewähren können; aber das ist leider nicht passiert.

Nicht nur am Beispiel des verheerenden Anschlags vom Breitscheidplatz oder am Beispiel der schrecklichen NSU-Verbrechen, sondern auch an vielen, vielen weiteren Fällen sieht man: Der Schlüssel zu einer guten Sicherheitsarchitektur liegt eben nicht im wilden Ändern von Gesetzen oder in der Ausweitung von Befugnissen. Das alles ist Stellschraubenpolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen. Der Schlüssel liegt da-

rin, die föderale Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden von Grund auf neu aufeinander abzustimmen und aus den Organisationszusammenhängen der Nachkriegszeit endlich ins 21. Jahrhundert zu führen. Wir müssen die ineffektive Kleinstaaterei überwinden und Zuständigkeiten und Kompetenzen insgesamt neu regeln. Wir leisten uns immer noch 17 Inlandsnachrichtendienste – eine überflüssige Fragmentierung der Aufklärung verfassungsfeindlicher Bestrebungen, die wir dringend überwinden müssen. Dabei geht es eben nicht um Zentralisierung, sondern um eine Verbesserung des Föderalismus.

Auch bei der Kriminalitätsbekämpfung braucht es Bund-Länder-übergreifende Standards für die Qualifizierung von Personal, für die Ausstattung sowie für die Aufgabenwahrnehmung. Über Verwaltungsvereinbarungen können sich Bund und Länder wechselseitig verpflichten, bestimmte Ressourcen bereitzustellen, und sich gegenseitig über Ländergrenzen hinweg unterstützen. Das gilt auch für die Arbeit im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum oder in den anderen gemeinsamen Zentren; denn das sogenannte GTAZ ist doch schon lange viel

mehr als eine schlichte Informationsbörse. Hier müssen wir aus einem Provisorium eine effektive Struktur machen, mit klaren rechtsstaatlichen Leitplanken zur Informationsweitergabe und für die Übernahme von Verantwortung in der Fallbearbeitung. Ob bei der Gefahrenabwehr oder bei der Kriminalitätsbekämpfung: Ländergrenzen dürfen der Sicherheitszusammenarbeit nicht im Wege stehen.

Ich möchte der FDP für ihre Initiative danken, auch wenn Sie nicht das Copyright auf diese Idee haben. Wir stimmen Ihrem Antrag heute zu; denn wir teilen das Grundanliegen, dass wir eine solide Reform unserer Sicherheitsarchitektur brauchen.

Noch ein Wort an Sie gerichtet, Herr Schuster: So etwas abzulehnen mit der Begründung, dass das ja sowieso am Widerstand der Länder scheitert, das ist doch nur eine Ausrede; wenn Sie ganz ehrlich sind.

Wie soll denn die Bundesebene den Ländern gegenüber treten, wenn sie es nicht schafft, eine einheitliche Position in dieser Frage zu formulieren? Heute haben Sie die Gelegenheit dazu. Wir werden dem Antrag zustimmen, und ich kann an alle hier im Haus appellieren, das auch zu machen.

Danke.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP)

Es geht nicht um Zentralisierung, sondern um eine Verbesserung des Föderalismus.



Am 19. Dezember jährte sich der Anschlag des islamistischen Terroristen Anis Amri auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz zum dritten Mal. Insgesamt starben zwölf Menschen.

© picture-alliance/dpa

Christoph de Vries, CDU/CSU:

Länder wollen keine Kompetenzen abgeben



Christoph de Vries (*1974)
Landesliste Hamburg

Liebe FDP, in vielen Themenfeldern sind wir ja durchaus ähnlicher Auffassung; aber bei der inneren Sicherheit muss ich leider wiederholt feststellen, dass wir da auf keinen gemeinsamen Nenner kommen.

Ich frage mich schon, was Sie mit dem vorliegenden Antrag inhaltlich eigentlich bewirken wollen. Wenn wir die Prosa außen vor lassen, stelle ich fest: Ihr Antrag ist in der Sache reichlich dünn. Von den neun Punkten, die Sie vorgelegt haben, sind acht ausschließlich organisatorischer und verfahrens-

renstechnischer Art. Bei dem einzigen Punkt, in dem Sie konkrete inhaltliche Forderungen erheben, nehmen Sie selbst als Antragsteller, als Partei, als FDP überhaupt keine eigene Positionierung vor. Sie sagen uns nicht, was Sie eigentlich wollen.

Ich will es Ihnen gerne erklären. Sie thematisieren beispielsweise die Zuständigkeiten für die Abschiebung ausreisepflichtige Gefährder. Sie lassen uns aber nicht wissen, ob Sie wollen, dass die Zuständigkeit beim Bund liegt oder ob Sie eine andere Lösung wollen. Sie fordern etwas nebulös Regeln für das Trennungsgebot zwischen Polizei und Nachrichtendiensten. Sie lassen uns aber nicht wissen, ob Sie das aufweichen wollen, ob Sie es abschaffen wollen oder was auch immer. Dieses Vorgehen zieht sich munter durch Ihren gesamten Antrag.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen auch: Wer Änderungen in unserer föderalen Sicherheitsarchitektur in Deutschland will, muss auch politisch mal ansatzweise Farbe bekennen, wohin die Reise eigentlich gehen soll. In

Hamburg würden wir sagen: Da muss man endlich mal Butter bei die Fische geben.

Solche inhaltlichen Tiefflüge sind wir von Ihrer Fraktion eigentlich nicht gewohnt; das kennen wir in der Regel von der benachbarten Fraktion. Dass Sie hierfür jetzt auch noch eine namentliche Abstimmung beantragen, setzt dem Ganzen die Krone auf.

In Ihrem Antrag stehen ja ein paar substanzielle Forderungen, zum Beispiel die Schaffung einer digitalen Infrastruktur. Aber da ist doch schon viel passiert: Sie kennen das Projekt PIAV und andere. Die Werthebach-Kommission, eingerichtet von Thomas de Maiziere, hat viele Vorschläge vorgelegt. Ich will Ihnen gerne sagen, was Ihr stellvertretender Bundesvorsitzender Wolfgang Kubicki am 5. Januar 2017 dazu gesagt hat: Das ist kompletter Nonsense. Wir haben doch schon ein FBI, es heißt nur Bundeskrimi-

nalant. Noch mehr Konzentration führt zu noch mehr Fehlern. – Also, bei dieser Vielstimmigkeit innerhalb der FDP frage ich mich erst recht, was Sie denn nun eigentlich in der Sache wollen. Vielleicht fehlt da auch etwas Expertise; vielleicht bräuchte man auch mal wieder einen Innenminister in einem Bundesland. Das ist nur Spekulation.

Aber nun zum Vorschlag selbst. Es ist doch völlig klar: Wir haben kein Erkenntnisdefizit, wir haben ein Handlungsdefizit. Und zur Wahrheit gehört: Die Länder wollen schlichtweg keine Abgabe von Kompetenzen; das wissen wir alle. Nun können Sie doch nicht ernsthaft glauben, dass eine Kommission, die ähnlich heterogen zusammengesetzt ist wie die Innenministerkonferenz, auf einmal zu substanzielleren Ergebnissen kommen würde; das ist doch naiv. Ich will Ihnen das mit den Worten

von Albert Einstein sagen: Genau das machen Sie mit Ihrem Antrag.

Ich will Ihnen aber auch sagen, was wir machen. Wir machen das Notwendige und das Machbare. Mit dem Pakt für den Rechtsstaat haben wir 2 000 neue Stellen für Richter und Staatsanwälte geschaffen, 7 500 neue Stellen für die Sicherheitsbehörden des Bundes, 7

500 Stellen bei den Länderpolizeien, die gemeinsamen Terrorabwehrzentren GTAZ und GETZ, das Nationale Cyber-Abwehrzentrum und vieles mehr. Und wir bleiben aktiv. Bundesminister Seehofer hat gestern wieder konkrete Vorschläge geliefert, wie unsere obersten Sicherheitsbehörden besser zusammenarbeiten können und sollen, um den Rechtsterrorismus in unserem Land zu bekämpfen. Also, kurz gesagt, um es mit Ihren Worten zu sagen: Die Union ist die Servicekraft für die Sicherheit der Menschen in Deutschland. Ich glaube, das können wir guten Gewissens sagen.

Ein gut gemeinter Rat am Ende: Statt solche wenig zielführenden Forderungen immer wieder zu erheben, wäre es vielleicht doch besser, wenn Sie Ihre Position zum Verhältnis zwischen Sicherheit, Freiheit und Datenschutz etwas neu justieren würden; der Kollege Schuster hat es angesprochen. Denn wer ist bei allen wichtigen staatlichen Befugnissen, über die wir hier reden – Onlineuntersuchung, Quellen-TKÜ, Videoidentifizierung an Bahnhöfen – regelmäßig nicht dabei? Das ist Ihre Partei. Sie sollten das mal überdenken während der Feiertage. Denn eins ist auch klar: Freiheit ohne Sicherheit gibt es nicht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Union ist die Servicekraft für die Sicherheit der Menschen in Deutschland.

Susanne Mittag, SPD:

Schwächung der Bund-Länder-Beziehungen



Susanne Mittag (*1958)
Landesliste Niedersachsen

Sicherheit an Leib und Leben ist ein Grundrecht. Dass der Staat dafür sorgt, dass alle Bürgerinnen und Bürger sich sicher fühlen und sich frei entfalten können, ist seine grundlegendste Aufgabe. Und wir als Abgeordnete sorgen für das gesetzliche Rüstzeug, damit das auch so bleibt. Gerade heute am dritten Jahrestag des Anschlags auf dem Breit-

scheidplatz in Berlin – es ist schon mehrfach erwähnt worden – werden wir schmerzlich an diese Aufgabe erinnert. Unser Mitgefühl gehört allen Angehörigen, die dort Verluste erlitten haben.

Doch anders, als die FDP es darstellen möchte, ist die nationale Sicherheitsarchitektur keinesfalls in Gefahr. Seit den 50er-Jahren hat sich schon einiges verändert. Ich hoffe, dass das auch irgendwann die FDP mitkriegt.

Ja, es gibt Bedrohungen durch Terror, sei es von Rechtsradikalen oder von Islamisten. Wir alle haben die NSU-Mordreihe ebenso wenig vergessen wie den Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz. Und ja, es wurden offensichtlich Fehler gemacht bei der Aufklärung dieses Verbrechens. Diese wurden zum großen Teil benannt und werden noch benannt, und es wird Abhilfe geschaffen. Aber: Zum einen haben wir bereits rechtliche Konsequenzen daraus

gezogen, und zum anderen ist die von Ihnen vorgeschlagene Kommission ganz sicher nicht der Weg, auf vielfältige und komplexe und sich immer wieder ändernde Bedrohungslagen zu reagieren.

Sie stellen in Ihrem Antrag „grundlegende Struktur- und Kommunikationsmängel“ bei den Sicherheitsbehörden fest. Die Tatsache, dass die NSU-Morde trotz vieler Ähnlichkeiten nicht in einen Zusammenhang gebracht wurden, beruht allerdings zum Teil auf einem Ermittlungsmangel, im Rahmen der Bandbreite der Möglichkeiten nicht ausermittelt zu haben. Daher haben wir bereits 2015 erste und deutliche Konsequenzen gezogen. So kann der Generalstaatsanwalt früher und schneller Er-

mittlungen übernehmen. Schon bei Anhaltspunkten auf eine staatsfeindliche Tat, die dafür sprechen, dass der Staatsanwalt zuständig sein könnte, sind die Länder zur Vorlage des Falles verpflichtet. Außerdem haben wir das Strafgesetzbuch geändert: Nun wirken rassistische, fremdenfeindliche und sonstige menschenverachtende Motive strafverschärfend. Das macht deutlich, dass jetzt auch immer in diese Richtung ermittelt werden muss.

Natürlich haben wir auch auf das Attentat auf dem Breitscheidplatz reagiert. Die dort im Vorfeld und während der Ermittlungen erfolgten Unterlassungen werden derzeit, wie schon erwähnt, in einem Untersuchungsausschuss untersucht. Aber eines war auch schnell klar, ein hochrangiger Beamter aus Berlin fasste es zusammen: Es mangelt uns nicht an Gesetzen; wir haben ein Vollzugsdefizit – sprich: zu wenig Leute – und Abstimmungsprobleme.

Daher haben wir seitdem die Sicherheitsbehörden auch beispiel-

los gestärkt, wenn ich das noch mal kurz erwähnen darf: Polizei, Justiz und Nachrichtendienste haben Tausende zusätzliche Stellen bekommen. Allein für das nächste Jahr sind 600 neue Stellen für das BKA und den Verfassungsschutz und rund 2 150 neue Stellen bei der Bundespolizei geplant. Die Informationsvernetzung wird schon seit Jahren forciert und darin investiert. Außerdem haben wir bundesweit vereinheitlicht, was ein Gefährder überhaupt ist. Bis dahin konnte jedes Bundesland selbst entscheiden, was ein Gefährder ist. Im Übrigen war einige Jahre zuvor diese Art von Gefährdern überhaupt noch nicht bekannt.

Auch das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum, GTAZ, beschäftigt sich mittlerweile mit Gefährdern; das war auch nicht immer so. Bis 2016 wurden dort lediglich Sachstände erhoben, keiner hatte am Ende den Hut auf. Das weitere Vorgehen und auch, wer dafür verantwortlich ist, muss jetzt festgelegt werden. Es wurden also erste Lehren gezogen, und weitere werden noch folgen.

All diese beispielhaft genannten

Fortsetzung auf nächster Seite

Schritte hin zu einer stärker abgestimmten Sicherheitspolitik haben wir längst unternommen, und das ohne jedes politische Showmanöver. Genauso auf europäischer Ebene – die darf man dabei nicht ganz außen vor lassen -: Dort wurde und wird der Tatsache, dass wir neue und sehr bewegliche Bedrohungslagen haben, Rechnung getragen und gehandelt, zum Beispiel durch SIRENE oder die Prümer Beschlüsse. Sie regeln im Kern den besseren und automatisierten Informationsaustausch der EU-Länder, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu verbessern.

Aber – hier kommt wieder ein Aber -: Bis jetzt funktioniert das nur unvollständig, weil viele EU-Länder diese Systeme nicht mit Daten füttern, und dann kann man sich schlecht austauschen.

Als Mitglied der Europol-Kontrollkommission kann ich nur sagen: Wir müssen noch sehr viel mehr Werbung machen, damit alle EU-Länder diese Systeme nutzen.

Das Plädoyer der FDP für mehr Informationsaustausch auf

europäischer Ebene in allen Ehren, aber wenn man immer wieder neue Strukturen erfindet, müssen sie auch belebt werden. Das funktioniert nicht.

Apropos verbesserter Datenaustausch: Dass ausgerechnet Sie von der FDP jetzt eine Lanze dafür brechen, finde ich wirklich ironisch. Ihre Partei war es doch, die es Sicherheitskräften schon vor Jahren vor lauter Datenschutz fast unmöglich gemacht hat, sich ein umfassendes Bild zu verschaffen. Als ehemalige Polizeibeamtin weiß ich sehr wohl, wie frustrierend es ist, keine Informationen über mutmaßliche Täter zusammen-

führen zu können, weil aufgrund übermäßigen Datenschutzes kein Zugang zu den Datenbanken anderer Behörden besteht.

Und erwarten Sie ernsthaft, dass je 16 Mitglieder von Bundesrat und Bundestag sich so weit in die komplexen Abläufe der Sicherheitsbehörden einarbeiten können – oder wollen –, dass die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit optimiert werden kann? Trauen Sie eigent-



Thomas Haldenwang (von links), Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Holger Münch, Präsident des Bundeskriminalamtes, und Horst Seehofer (CSU), Bundesminister des Inneren, auf einer Pressekonferenz zur Neuorganisation der Sicherheitsbehörden

© picture-alliance/dpa

Es ist eine Mär, dass eine zentralistische Organisation besser funktioniert.

lich unseren Sicherheitskräften gar nichts mehr zu?

Damit schwächen Sie nur die Bund-Länder-Beziehungen, was nicht Sinn der Sache sein kann. Schließlich sollten sich Bund und Länder auch gegenseitig

kontrollieren.

Es ist eine Mär, dass eine zentralistische Organisation besser funktioniert. Das Beispiel Frankreich zeigt: Sie war eher schlechter organisiert.

Deswegen meine ich zu Ihrem

Antrag: Gut gemeint ist noch lange nicht gut gekonnt, und deswegen werden wir ihn ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Konstantin Kuhle, FDP:

Es bedarf einer strukturellen Reform der Sicherheitsbehörden



Konstantin Kuhle (*1989)
Landesliste Niedersachsen

Ich glaube, dass manche hier im Haus immer noch zwei Fragen unterschätzen, die sich viele Opfer und viele Hinterbliebene stellen. Das ist die Frage: Wie konnte das passieren? Und es ist die Frage: Wie können wir verhindern, dass so etwas in Zukunft wieder passiert?

Wer die zweite Frage mit einer Stärkung unserer Sicherheitsbehörden beantworten will, der kann das auf drei Arten tun. Er kann die Sicherheitsbehörden mit mehr Personal und finanziellen Mitteln ausstatten. Ich glaube, da gibt es einen breiten Konsens im Haus.

Er kann die Sicherheitsbehörden in ihren Befugnissen stärken. Auch darüber wird hier regelmäßig diskutiert.

Und der dritte Weg: Er kann die Sicherheitsbehörden strukturell stärken. Wer sich immer noch einer strukturellen Reform der Sicherheitsbehörden auch beim Thema Föderalismus verweigert, der nimmt die Sorgen und die offenen Fragen auch der Opfer die-

ser beiden terroristischen Ereignisse nicht ernst. Deswegen legen wir Ihnen heute ein Konzept vor, mit dem wir in eine Reform des Sicherheitsföderalismus in Deutschland einsteigen wollen.

Meine Damen und Herren, es ist spannend, zu beobachten, aus welchen unterschiedlichen Gründen die beiden Koalitionsfraktionen heute gegen unseren Antrag stimmen werden. Auf der einen Seite ist die CDU/CSU, Herr Schuster. Sie werden heute gegen den Antrag für eine Föderalismusreform im Bereich der inneren Sicherheit stimmen. Aber Sie tun das wenigstens mit schlechtem Gewissen, weil Sie eigentlich wissen, dass wir eine Reform der Sicherheitsarchitektur im Bereich des Föderalismus brauchen.

Dagegen wird die SPD – und das ist das eigentlich Schlimme an

der Sache – aus voller innerer Überzeugung gegen diesen Antrag stimmen. Meine Damen und Herren, das versteht draußen kein Mensch.

Dass wir nach dem NSU und nach dem Anschlag auf dem Breitscheidplatz immer noch 16 Landesämter für Verfassungsschutz haben, dass die Daten an verschiedenen Stellen gesammelt, aber nicht miteinander geteilt werden, dass es keine gesetzliche Grundlage für das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum gibt, dass Sie immer noch nicht die Lehren daraus gezogen haben, was da passiert ist, und dass Sie das auch noch im Brustton der Überzeugung als eine Verteidigung der deutschen Sicherheitsarchitektur darstellen, das ist wirklich

schwach. Da hätte ich mir mehr gewünscht.

Ich darf kurz aus den Beschlüssen der aktuellen Innenministerkonferenz vom 4. bis 6. Dezember 2019 zitieren. Die Innenministerkonferenz hat beschlossen: „Stärkung der Zentralstelle ... in den Bereichen Analysekapazitäten“ usw. zur Bekämpfung des Rechtsextremismus, „Aufbau einer Zentralstelle im Bundesamt für Verfas-

Wie können wir verhindern, dass so etwas in Zukunft wieder passiert?

ungsschutz ... zur Erfassung von Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst...„Beim Thema „Mobilisierung über das Internet“: Konzept für eine „Ausdehnung des Aufgabenbereichs der im BKA eingerichteten Service- und Clearingstelle ... auf eine Zentralstellenfunktion...“

Die Innenminister machen das also längst. Fernab von dem, was hier im Deutschen Bundestag beschlossen wird, werden am lauschigen Kaminfeuer der Innenministerkonferenz die Befugnisse und Kompetenzen hin und her geschoben, und der Deutsche Bundestag hat rein gar nichts damit zu tun. Das ist nicht unser Verständnis von Innenpolitik.

Es braucht einen großen Wurf: mehr programmatische Kreativität, mehr politisches Engagement für eine Reform der Sicherheitsarchitektur. Deswegen: Stimmen Sie unserem Antrag heute zu!

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen zudem die Abgeordneten Philipp Amthor (CDU/CSU) und Michael Kuffer (CDU/CSU).

leicht
erklärt!

Wald-Schutz

Was kann man tun?



Thema im Bundestag



Letzte Woche haben die Politiker vom Bundestag über folgendes Thema gesprochen:
Wälder in Deutschland.

Und zwar über folgende Frage:
Wie kann man dafür sorgen, dass es den Wäldern in Zukunft gut geht?

Im folgenden Text steht zum Beispiel:

- Warum sind Wälder wichtig für Deutschland?
- Welche Probleme haben die Wälder?
- Wie kann man ihnen vielleicht helfen?

Wichtig für Deutschland



Deutschland ist ein Land, für das die Wälder sehr wichtig sind.

Ein großer Teil von Deutschland ist von Wäldern bedeckt.

Genauer: Ungefähr ein Drittel.

Im Norden gibt es eher wenig Wald. Weiter im Süden gibt es mehr Wald. Vor allem in den Gebirgen.

In Deutschland gibt es kaum natürliche Wälder.

Damit meint man Wälder, die einfach sich selbst überlassen sind. Also Wälder, auf die der Mensch keinen Einfluss hat.



Die allermeisten Wälder in Deutschland werden von Menschen bearbeitet.

Das bedeutet zum Beispiel:

- Dort werden Bäume gefällt.
- Bäume werden extra gepflanzt.
- Wege werden angelegt.
- Tiere werden gejagt.

Aufgaben der Wälder

Wälder erfüllen für die Menschen verschiedene Aufgaben.

Hier ein paar Beispiele.

1) Geld verdienen

Mit Wäldern kann man Geld verdienen.

Sie sind darum wichtig für Firmen. Und für Arbeits-Plätze.





In Wäldern kann man zum Beispiel Holz ernten.

Daraus kann man Häuser oder Möbel bauen. Oder man kann es als Brenn-Holz verwenden.

In Wäldern kann man auch Tiere jagen. Sie liefern also Fleisch.

Außerdem sind Wälder wichtig für Firmen, die von Urlaubern leben. Denn Wälder ziehen viele Urlauber an.

2) Umwelt-Schutz



Wälder sind wichtig für die Umwelt und für den Schutz von Pflanzen, Menschen und Tieren.

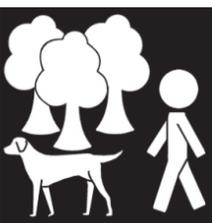
Sie dienen vielen Tieren als Lebens-Raum.

Die Pflanzen in Wäldern sorgen für bessere Luft.

Der Wald-Boden reinigt Regen-Wasser und sorgt so für sauberes Trink-Wasser.

Und Bäume sind auch gut gegen den Klima-Wandel.

3) Freizeit



Wälder sind wichtig für die Freizeit.

Menschen erholen sich dort. Oder sie treiben Sport. Oder sie gehen spazieren.

Das ist gut für die Gesundheit.

Probleme der Wälder

Die Wälder sind also für viele Dinge bei uns wichtig.

Deswegen ist es wichtig, dass sie gesund sind. Und dass es den Pflanzen und Tieren dort gutgeht.

In Deutschland haben die Wälder im Moment verschiedene Probleme.



Trockenheit

Ein großes Problem ist die Trockenheit.

In den letzten beiden Jahren hat es in Deutschland viel zu wenig geregnet.

Vor allem die Sommer waren sehr trocken. Und auch sehr heiß.

Den Wäldern fehlt deswegen Wasser.

Überall sieht man ausgetrocknete Bäume.

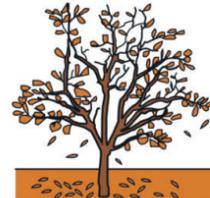
Wenn ein Baum zu trocken ist, dann stirbt er.

Aber auch wenn er nicht stirbt, dann kann er durch die Trockenheit Probleme haben.

Denn ein zu trockener Baum ist geschwächt.

Er verliert seine Blätter zu früh.

Krankheiten können ihn leichter befallen. Oder auch Schädlinge. Zum Beispiel Käfer.



Ungesunde Bäume werden leichter von Stürmen umgerissen.

Und in trockenen Wäldern entstehen schneller Wald-Brände.

Viele Schäden in den Wäldern

All das ist auch in unseren Wäldern in den letzten beiden Jahren passiert.

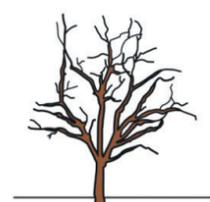
Die Wälder in Deutschland haben deswegen viele Schäden erlitten.

Eigentlich können Wälder sich von so etwas erholen.

Dazu muss es aber nach einem sehr trockenen Jahr auch wieder viel regnen.

Im Moment gibt es aber viele trockene Jahre nacheinander.

Und Experten sagen: Das wird sich auch in den nächsten Jahren nicht ändern. Es wird eher noch schlimmer.



Probleme für Tiere und Menschen



Die vielen Schäden haben Folgen für Tiere und Menschen.

Für Tiere kann es bedeuten, dass ihr Lebens-Raum zerstört wird.

Und für die Menschen können die Wälder ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen.

Vor allem Menschen, die mit dem Wald Geld verdienen, haben Probleme.

Viele Bäume sind umgefallen.

Oder sie waren so kaputt, dass man sie fällen musste.

Dabei waren sie eigentlich noch nicht groß genug dafür.

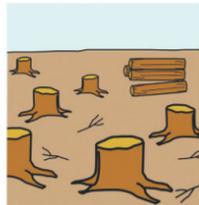
Das ganze Holz muss man zum Kauf anbieten.

Dadurch gibt es viel mehr Holz zu kaufen, als die Kunden haben wollen.

Das bedeutet, die Kunden zahlen weniger Geld für das Holz.

Und die Wald-Besitzer verdienen weniger.

Für die Wald-Besitzer sind die niedrigen Preise für Holz in den letzten Jahren zu einem großen Problem geworden.



Was kann man machen?



Die meisten Experten und Politiker sind sich einig:

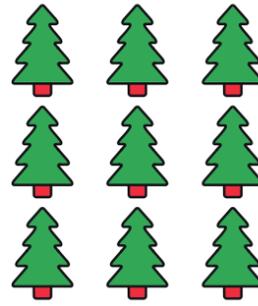
Man muss Dinge tun, um die Wälder zu schützen.

Damit sie gegen Probleme durch das Wetter geschützt sind.

Nur dann können sie auch in Zukunft ihre Aufgaben erfüllen.

Hier ein paar Beispiele für Dinge, die man tun kann:

1) Misch-Wälder



In deutschen Wäldern stehen vor allem Fichten und Kiefern.

Wald-Besitzer bauen diese Bäume besonders gern an.

Denn: Man kann sie einfach pflegen. Und sie wachsen sehr schnell. Dadurch kann man sie schnell ernten.

Das Problem ist:

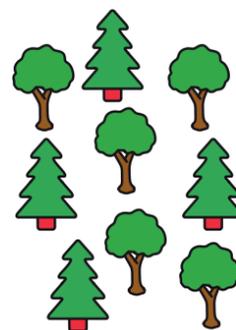
Besonders Fichten kommen schlecht mit Trockenheit zurecht.

Ihre Wurzeln reichen nicht tief in den Boden.

Damit kommen sie nicht an das Wasser, das tief im Boden liegt.

Und es gibt ein zweites Problem.

Wälder, in denen vor allem eine einzige Baumart steht, sind anfälliger für Schäden.



Gesünder sind Misch-Wälder.

Das sind Wälder, in denen es viele verschiedene Baumarten und Pflanzen-Arten gibt.

Denn diese Pflanzen ergänzen sich gegenseitig.

Dadurch haben sie mehr Licht, mehr Wasser und der Wald-Boden ist fruchtbarer.

Und sie bieten unterschiedlicheren Tieren ein Zuhause.

Misch-Wälder sind gesünder.

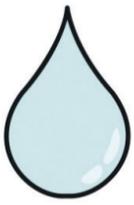
Darum kommen die Bäume dort auch besser mit Trocken-Zeiten zurecht.

Ein wichtiges Ziel für den Wald-Schutz ist deswegen: Mehr Wälder in Deutschland sollen zu Misch-Wäldern werden.

Das geht aber nicht so schnell.

Denn die Bäume brauchen viel Zeit, um zu wachsen.





Eine weitere Idee ist auch, mehr Bäume zu pflanzen, die nicht so viel Wasser benötigen.

Dann könnten die Wälder auch etwas besser mit Trockenheit umgehen.

2) Bei Schäden mit Geld helfen

Die Wälder sollen also so gesund sein, dass sie möglichst wenig Schaden nehmen.

Aber zu Schäden wird es immer mal wieder kommen.

Deswegen ist Folgendes wichtig:

Es muss Möglichkeiten geben, Schäden zu beheben.

Wald-Besitzer können dafür Geld vom Staat bekommen.

Zu Beispiel, wenn sie kaputte Bäume wegräumen müssen.

Oder sie können Geld bekommen, wenn sie Bäume pflanzen wollen. Von dem Geld können Wald-Besitzer zum Beispiel Samen kaufen.

Oder sie können zum Beispiel Zäune kaufen, damit junge Bäume geschützt sind.



3) Geld verdienen mit dem Wald erleichtern



Wald-Besitzer, die mit dem Wald Geld verdienen, müssen sich an verschiedene Gesetze halten.

Der Staat kann die Gesetze so machen, dass es für die Wald-Besitzer leichter wird, ihren Wald zu bearbeiten.

Zum Beispiel kann man den Wald-Besitzern erlauben, mehr Holz im Wald zu lagern.

Dann müssen sie es nicht sofort verkaufen.



Gespräche im Bundestag

Der Bundestag hat letzte Woche über verschiedene Vorschläge gesprochen.

In den Vorschlägen ging es darum, wie der Wald in Zukunft besser geschützt werden kann.

Die Politiker haben eine ganze Liste von Vorschlägen gemacht.

Bei diesen Vorschlägen ging es darum, Misch-Wälder anzulegen, mehr Geld für die Beseitigung von Wald-Schäden zu geben und Gesetze anzupassen.

Der Bundestag hat dann einen Antrag angenommen.

In diesem Antrag wünscht er, dass die Bundes-Regierung mehr von diesen Vorschlägen umsetzt.

Nun muss man also schauen, was die Bundes-Regierung davon umsetzen wird.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance / dpa, Fotograf: Patrick Pleul. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 52/2019-1/2020
Die nächste Ausgabe erscheint am 6. Januar 2020.